universität wien

Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit:

Demokratisierung in Post-Konfliktregionen am Beispiel von Aceh / Indonesien

Verfasserin:

Sarah Pirker

angestrebter akademischer Grad:

Magistra der Philosophie (Mag. Phil)

Wien, Oktober 2010

Studienkennzahl lt. Studienblatt:	A 307
Studienrichtung lt. Studienblatt:	Kultur- und Sozialanthropologie
Betreuer:	ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Hermann Mückler

Persönliche Erklärung

Hiermit erkläre ich, dass die vorliegende schriftliche Arbeit von mir selbstständig verfasst wurde und dass die verwendeten Quellen sowohl korrekt als auch in nachprüfbarer Weise zitiert worden sind. Mir ist bewusst, dass ich bei einem Verstoß gegen diese Regeln mit Konsequenzen zu rechnen habe.

_____

Datum, Unterschrift

Danksagung

An dieser Stelle möchte ich mich bei all jenen bedanken, ohne deren Hilfe diese Arbeit nicht zustande gekommen wäre.
Besonders möchte ich mich bei meinen InterviewpartnerInnen bedanken, die mir nicht nur Einblicke ins Leben in Aceh gewährt haben sondern mir auch viele persönliche Hilfeleistungen zukommen ließen. Dabei möchte ich mich vor allem bei Mira Fitria Viennita Zakaria bedanken ohne deren Hilfe viele meiner Kontakte gar nicht Zustande gekommen wären.
Auch meiner Familie und meinen FreundInnen möchte ich an dieser Stelle herzlich danken. Euer Feedback und eure motivierenden Worte haben mir während der gesamten Schreibphase viel geholfen. Im Besonderen möchte ich mich hier bei Cornelia Korn und Teresa Peintinger bedanken die meine Arbeit immer wieder durchgelesen haben und die mehr wertvolles Feedback gegeben haben.
Ein ganz besonderes Dankeschön möchte ich meinen Eltern aussprechen, die mich auf meinem gesamten bisherigen Lebensweg unterstützt haben und immer zu mir gestanden haben.

Inhaltsverzeichnis

LISTE DER ABKÜRZUNGEN UND BEGRIFFE **VII**

1 EINLEITUNG **1**

1.1 FORSCHUNGSFRAGE UND INHALT **2**

1.2 METHODIK **3**

2 DEMOKRATISIERUNG – THEORETISCHE ÜBERLEGUNGEN **5**

2.1 BEGRIFFLICHKEITEN UND DISKURSE **5**

2.1.1 Systemtransformationen und Systemtypen *8*

2.1.1.1 Hybride Systeme 14

2.2 DEMOKRATIE UND ENTWICKLUNG **15**

2.3 DEMOKRATISIERUNG UND KONFLIKT **20**

2.4 DIE DEMOKRATIEFORSCHUNG IN DER KULTUR- UND SOZIALANTHROPOLOGIE **25**

2.4.1 Historische, anthropologische Studien zu Demokratie *27*

2.4.2 Die anthropologische Sicht auf Demokratisierung in den 1990er Jahren *29*

2.4.3 Die Diskursdebatte in der Anthropologie – Definitionen und Verwendungen des Begriffs „Demokratie“ *30*

2.4.3.1 Demokratie und Militär – Demokratie als umkämpfter Begriff 31

2.4.3.2 Rechtsqualitäten innerhalb von Demokratien 34

2.4.4 Der Begriff der Zivilgesellschaft, seine Bedeutungen und anthropologische Herangehensweisen *36*

2.4.5 Normative Demokratiekonzepte in der Kultur- und Sozialanthropologie *37*

2.4.6 Alternative Demokratiebegriffe *39*

3 DER BÜRGERKRIEG IN ACEH **41**

3.1 DARSTELLUNG DES KONFLIKTVERLAUFES UND HISTORISCHE ANALYSE **41**

3.1.1 Nationalismus versus Islamismus *44*

3.1.2 Die „Neue Ordnung“ *45*

3.1.2.1 Das erste Auftreten von GAM 1976 – 1979 45

3.1.2.2 GAM II – Das Jahr 1989 50

3.1.3 Das Ende der „Neuen Ordnung“ und die Zeit der „Reformarsi“ *54*

3.1.3.1 Die Konflikteskalation 1999 54

3.1.3.2 Die Humanitäre Pause 61

3.1.3.3 The Cessation of Hostilities Agreement (COHA) 63

3.1.3.4 Die Militärkampagne 2003 65

3.2 DER HELSINKIPROZESS **69**

3.2.1 Die Ersten Schritte hin zu Friedensgesprächen *75*

3.2.2 Die Verhandlungen: Neue Herangehensweisen *77*

3.2.2.1 Das Angebot der GAM: Selbstverwaltung 80

3.2.2.2 Die größten Stolpersteine: lokale Parteien und Wahlen 84

3.2.3 Das „Memorandum of Understanding“ *90*

4 DEMOKRATISIERUNGSPROZESSE IN ACEH NACH 2005 94

4.1 DAS NEUE VERWALTUNGSGESETZ FÜR ACEH 97

4.2 DIE WAHLEN 2006 102
4.2.1 Die Kandidaten 103
4.2.2 Wahlergebnisse 107
4.2.3 Gemeisterte Herausforderungen oder gebrochene Versprechen? 109

4.3 DIE ROLLE DER ZIVILGESELLSCHAFT 113
4.3.1 Gerechtigkeit und Wiedergutmachung 115
4.3.2 Post-Tsunami Wiederaufbau und Konflikttransformation 120

4.4 DIE REGIONALEN PARLAMENTSWAHLEN 2009 123
4.4.1 Die lokalen Parteien 124
4.4.2 Exkurs: Neue Provinzen 128
4.4.3 Wahlergebnisse 130

5 FAZIT 132

6 LITERATURVERZEICHNIS 135

7 ANHANG 144

7.1 KARTE VON INDONESIEN 144

7.2 KARTE VON ACEH 145

ABSTRACT (deutsch) **146**

ABSTRACT (englisch) **147**

LEBENSLAUF 148

Liste der Abkürzungen und Begriffe

ABAS	Aceh Barat Selatan (Südwest Aceh; geforderte Provinzneugründung in Aceh ab 2006)
ABRI	Angkatan Bersenjata Republik Indonesia (Die bewaffneten Streitkräfte der Republik Indonesien (vor 1998))
AGAM	Angkatan GAM (GAMs bewaffneter Arm)
ALA	Aceh Leuser Antara (geforderte Provinzneugründung in Aceh ab 2006)
AMM	Aceh Monitoring Mission
ASNLF	Aceh-Sumatra National Liberation Front (GAMs international gebrauchter Name)
CMI	Crisis Management Initiative
COHA	Cessation of Hostilities Agreement
DOM	Daerah Operasi Militer (Military Operations Zone)
DPR	Dewan Perwakilan Rakyat (Nationales Parlament)
GAM	Gerakan Aceh Merdeka (Bewegung Freies Aceh)
GBPK	Gerakan Berenjata Pengacau Keamanan (Armed Gangs of Peace Disturbers)
GoI	Government of Indonesia
Golkar	Partai Golongan Karya (Party of the Functional Groups)
GPK	Gerombolan Pengacau Keamanan (Peace Disturbing Gang)
HDC	Centre for Humanitarian Dialogue (früher, Henry Dunant Centre)
IOM	International Organization for Migration
JDA	Jaringan Demokrasi Aceh (Aceh Democracy Network)
Kodam	Komando Daerah Militer (Regional Military Command)
KPA	Komitee Peralihan Aceh (Aceh Transition Comittee)
LoGA	Law on the Governing of Aceh
MoU	Memorandum of Understanding
MP-GAM	Mayjelis Pemerintahan-GAM (GAM Regierungsrat)
Ordre Baru	„Neue Ordnung“ (das Regime unter Präsident Suharto)
PAAS	Partai Aceh Aman Seujahtera (Safe and Prosperous Aceh Party)
PAN	Partai Amanat Nasional (National Mandate Party)

Partai SIRA Acehnese	Partai Suara Independen Rakyat Aceh (Independent Voice of the People)
PBA	Partai Bersatu Aceh (United Aceh Party)
PD	Partai Demokrat (Democrat Party)
PDA	Partai Daulat Aceh (Aceh Souvereignty Party)
PDI-P	Partai Demokrasi Indonesia-Perjuangan (Indonesian Democratic Party-Struggle)
PKS	Partai Keadilan Sejahtera (Justice and Prosperity Party)
PPP	Partai Persatuan Pembangunan (United Development Party)
PRA	Partai Rakyat Aceh (Aceh People's Party)
SIRA	Sentral Informasi Referendum Aceh (Aceh Referendum Information Center)
TNI	Tentara Nasional Indonesia (Indonesisches Nationales Militär)
UNDP	United Nations Development Programme

1 Einleitung

In der Neuzeit wurde Demokratie zu einem politischen Idealbild und obwohl Demokratie bei weitem keine idealen Gesellschaften hervorbringt ist es wohl doch jene Gesellschaftsform, die am ehesten Mitsprache in staatlichen Gebilden garantiert. Frieden durch Demokratie oder Demokratie durch Frieden sind gängige Strategien der Weltpolitik.

Die indonesische Provinz Aceh an der nördlichsten Spitze der Insel Sumatra gelegen wird häufig als eine der großen Erfolge von Friedens- und Demokratisierungsprozessen genannt. Nach dem Jahrzehnte andauernden Konflikt zwischen der indonesischen Regierung und der Bewegung freies Aceh (*Gerakan Aceh Merdeka*, GAM) gelang es im Juli 2005 einen Kompromiss zu schließen. Der darauf folgende Friedensprozess war eng an Demokratisierungsstrategien geknüpft. Doch obwohl der Friedensprozess in Aceh häufig als uneingeschränkter Erfolg dargestellt wird, waren weder der Friedens- noch der Demokratisierungsprozess geradlinig und einfach.

Viele, teilweise stark voneinander abweichende Vorstellungen prallten aufeinander. Die verschiedenen Stakeholder hatten sehr unterschiedliche Vorstellungen von einem erfolgreichen Friedens- und Demokratisierungsprozess. Die Strategien der Demokratisierungen, ihre Herausforderungen und Unterschiede sollen in dieser Arbeit dargestellt werden.

Eingebettet war der Friedensprozess in Aceh in die Demokratisierungsprozesse Indonesiens, welche nach dem Rücktritt des Diktators Suharto am 21. Mai 1998 nach rund 32 Jahren an der Macht in Gang kamen. Im politischen System Indonesiens fand nach 1998 eine Öffnung statt, die demokratische Reformen ermöglichte. Knapp zwölf Jahre nach dem Umbruch gilt Indonesien als eines der demokratischsten Länder in der Region. Allerdings bleiben viele Probleme. Trotz der beginnenden Dezentralisierung fühlen sich manche Provinzen in der Peripherie noch immer benachteiligt. Ungerechte Verteilung der Ressourcen, Korruption und ein noch immer politisch nicht vollkommen kontrollierbares Militär sind symptomatisch für die junge indonesische Demokratie. In vielen Bereichen sind auch noch immer dieselben, schon unter

Suhartos Regime tätigen, Politiker und Militärs an der Macht. Die Rhetorik der Parteien und Politiker hat sich zwar im letzten Jahrzehnt stark gewandelt, personell hat sich in der politischen Elite aber kaum etwas verändert. Robert Dahls Befund zum Erfolg von Systemtransformationen trifft daher auch auf Indonesien zu:

> *„The safest bet about a country's regime a generation from now is that it will be somewhat different, but not radically different, from what it is today."*[1]

Schaut man sich die Demokratisierungsprozesse in Aceh genauer an so kann man auch hier feststellen das obiger Satz durchaus zutrifft.

1.1 Forschungsfrage und Inhalt

Das Hauptaugenmerk dieser Arbeit liegt auf der Provinz Aceh und die dort stattfindenden Demokratisierungsprozesse ab 2005, d.h. nach Beginn des Friedensprozesses und Abschluss des Helsinkiabkommens. Es soll vor allem betrachtet werden, von wem die Demokratisierungsprozesse geformt werden und wie.

Dabei werde ich die teilweise sehr gegensätzlichen Vorstellungen der Hauptakteure näher behandeln. Die unterschiedlichen Ansichten und Vorgehensweisen der GAM und der indonesischen Regierung sind besonders deutlich zu erkennen, aber auch die acehnesische Zivilgesellschaft, allen voran lokale NGOs, spielt eine nicht geringe Rolle. Da Demokratisierungs- und Friedensprozess Hand in Hand gehen sind auch die Ansichten hinsichtlich Erfolg bzw. Misserfolg diesbezüglich von Interesse. Die Meinungen und Vorstellungen zu den beiden Themenkomplexen sind sehr unterschiedlich und es gibt wohl beinahe so viele verschiedene Ansichten wie es Acehnesen gibt. In dieser Arbeit werde ich anhand wichtiger politischer Ereignisse einerseits die politischen Prozesse und andererseits die Reaktionen und Vorstellungen der Akteure genauer darstellen.

[1] Dahl 1971, S. 209

Im theoretischen Teil der Arbeit werden zunächst die Begriffe Demokratie und Demokratisierung diskutiert. Hierbei gehe ich besonders auf Kultur- und Sozialanthropologische Herangehensweisen ein. Es wird gezeigt, wie der Themenbereich der vorwiegend von der Politikwissenschaft untersucht wird durch anthropologische Sichtweisen bereichert werden kann.
Der Zweite Teil der Arbeit stellt den historischen Hintergrund des bewaffneten Konflikts in Aceh näher dar und die Vorstellungen der Konfliktparteien hinsichtlich der Demokratisierung Acehs werden anhand des Helsinkiprozesses analysiert.
Im letzten Teil der Arbeit werden dann die Zusammenhänge zwischen Konflikttransformation und Demokratisierung näher betrachtet, wobei die regionalen Gouverneurswahlen 2006 und die regionalen Parlamentswahlen 2009 als Beispiele dienen. Auch die Rolle der Zivilgesellschaft wird ausgearbeitet insbesondere hinsichtlich des zentralen Themas der Wiedergutmachung.

1.2 Methodik

In der nachstehenden Arbeit habe ich versucht verschiedene Methoden der Sozialforschung miteinander zu verknüpfen. Ich hatte das Glück, bei einem entscheidenden Ereignis des acehnesischen Demokratisierungsprozess – dem Wahlkampf und den regionalen Parlamentswahlen im April 2009 – vor Ort gewesen zu sein. Dabei will ich betonen, dass diese Form einer teilnehmenden Beobachtung große Chancen und Möglichkeiten eröffnet, jedoch auch Grenzen hat. Um dem entgegen zu wirken habe ich bezüglich der Methodik dieser Arbeit entschieden verschiedene Ansätze miteinander zu verbinden. Neben der Feldforschung habe ich daher auch Methoden der Literaturrecherche und -analyse verwendet. Neben der vorhandenen wissenschaftlichen Literatur habe ich außerdem Zeitungsartikel herangezogen.

Bei meinem dreieinhalb Wochen andauernden Feldforschungsaufenthalt in Aceh hatte ich die Möglichkeit mit einer Reihe von Leuten eingehender zu reden. Neben einer Beobachtung des Wahlkampfes führte ich daher qualitative Interviews und informelle Gespräche. Die Interviewfragen waren teilstrukturiert um sie einerseits an die jeweiligen Gesprächspartner anpassen zu können und um anderseits das Thema

in die gewünschten Bahnen lenken zu können. Sowohl die formellen als auch die informellen Interviews wurden im Anschluss meiner Feldforschung mit Hilfe der qualitativen Inhaltsanalyse ausgewertet. Da zwei meiner Interviewpartner mich darum baten, anonym zu bleiben entschloss ich mich alle verwendeten Gesprächsunterlagen zu anonymisieren. Obwohl politische Diskussionen in Aceh in den letzten Jahren durch die Demokratisierung und den Friedensprozess vermehrt öffentlich geführt werden, und die Leute kaum scheuen ihre eigene Meinung kund zu tun, können Themenfelder wie Korruption und Wahlmanipulation doch heikel sein. Auch war die Situation knapp vor den Wahlen angespannt. In den Wochen vor meinem Aufenthalt kam es zu einigen Gewalttaten bei denen drei Mitglieder der Partai Aceh starben. Zusätzlich gab es Vorwürfe der Einschüchterung und Wählermanipulation.

Hinsichtlich der Literaturrecherche hatte ich wiederum das Glück Zugang zu zwei Universitätsbibliotheken in Jakarta zu erlangen. Da vor allem ältere Literatur zu indonesischen und insbesondere acehnesischen Demokratisierungsprozessen in Wien schwer zu finden ist, nützte ich meinen Aufenthalt in Jakarta zur Literaturrecherche. Um dem komplexen Thema gerecht zu werden, beziehe ich mich in meiner Arbeit auf Literatur unterschiedlicher Fachbereiche. Neben der Kultur- und Sozialanthropologie habe ich vor allem Werke aus der Politikwissenschaft und der Soziologie herangezogen. Ich bin der Meinung, dass es nur durch interdisziplinäre Herangehensweisen möglich ist das Thema in unterschiedlichsten Facetten darzustellen.

Durch die Verknüpfung der verschiedenen Methoden und die Miteinbeziehung von Theorien aus anderen Disziplinen möchte ich in der folgenden Arbeit die Demokratisierungsprozesse in Aceh näher betrachten und die Handlungsstrategien der Akteure beleuchten. Dabei wird besonderes Augenmerk auf den Zusammenhang zwischen Frieden und Demokratie gelegt, da der Friedensprozess eng mit demjenigen der Demokratisierung verknüpft ist.

2 Demokratisierung – Theoretische Überlegungen

Im folgenden Teil soll ein Überblick über die theoretischen Prämissen dieser Arbeit gegeben werden. Da der Begriff der Demokratisierung von zentraler Bedeutung ist, wird zunächst eine kurze Einführung in den aktuellen Diskurs gegeben. Sodann sollen die Begriffe Transformation bzw. Transition und verschiedene Systemtypen erläutert werden, um diese dann in unterschiedliche Diskurse einbetten zu können. Hier werden die Teilbereiche Entwicklung und Konflikt herausgegriffen und anschließend wird der Demokratiebegriff in der Kultur- und Sozialanthropologie thematisiert. Neben einer historischen Einbettung des Diskurses sollen vor allem die verschiedenen Verwendungen des Begriffes Demokratie herausgearbeitet werden.

Das Lexikon der Politik beschreibt „Demokratisierung" als einen „Prozess der Bildung oder Vertiefung der Demokratie. Demokratisierung ist ein zielgerichteter Prozess, in welchem von totalitären oder autoritären Herrschaftsformen zu demokratischer Legitimierung und Ausübung der Macht übergegangen und eine Demokratie errichtet wird."[2] Um sich an den Begriff der Demokratisierung anzunähern erscheint es aber zunächst sinnvoll denjenigen der „Demokratie" eingehender zu betrachten.

2.1 Begrifflichkeiten und Diskurse

Der Begriff „Demokratie" ist einer der am meisten diskutierten Begriffe der wissenschaftlichen Debatte und obwohl eine Diskussion über die historische Entwicklung demokratischer Theorien und Systeme den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde, zeigt sich schon an der Vielzahl unterschiedlicher Ansätze – seien es die republikanisch-partizipatorischen von Rousseau, diejenigen von Schumpeter welche sich an den Funktionsmechanismen der Ökonomie orientieren, die liberal geprägten von Habermas, die pragmatischen Deweys oder Rortys, die kommunaristischen Walzers oder auch die systemtheoretischen von Luhmann oder Willke[3] – dass im Bereich der Demokratieforschung eine breite Palette existiert. Es wird dabei ebenso über norma-

[2] Nohlen 1998, S. 117
[3] Schuck 2003, S. 23

tive Konzepte wie über unterschiedliche Funktionsmechanismen diskutiert. Neben diesen politikwissenschaftlichen Ansätzen haben sich in den letzen Jahren auch einige Kultur- und Sozialanthropologen an das Thema der Demokratieforschung gewagt und obwohl sich diese Arbeiten vor allem mit realen Ausprägungen demokratischer Systeme bzw. Subsysteme beschäftigen gibt es auch einige normative Ansätze.

Angesichts der Bandbreite der Ansatzpunkte sowie der Tatsache, dass sich die unterschiedlichsten Diskurse des Begriffs „Demokratie" bemächtigt haben, ist es besonders schwierig eine passende Definition zu erarbeiten. Der Politologe Robert Dahl meint dazu:

> *„Democracy has been discussed off and on for about twenty-five hundred years, enough time to provide a tidy set of ideas about democracy on which everyone, or nearly everyone, could agree. For better or for worse, this is not the case."*[4]

Sowohl umgangssprachliche, als auch wissenschaftliche Darstellungen unterscheiden oft sehr fließend zwischen den Begriffen „Demokratie", „demokratisch" und „Demokratisierung", was die Frage aufwirft inwiefern sich die Begriffe als analytische Kategorien tatsächlich eignen.[5]

Der Demokratiebegriff kann offensichtlich nicht alleine über seine wörtliche Übersetzung definiert werden, „da Tatsache und Namen schlecht zusammenpassen" [6]. Eine relativ unkomplizierte Definition des Begriffes „Demokratie" bietet der Anthropologe John Borneman, der Demokratie als eine politische Form beschreibt, die sich von anderen politischen Formen, wie Monarchie und Diktatur unterscheiden lässt. Innerhalb der Rubrik „Demokratie" existieren verschiedene Systeme von Demokratie: liberale, parlamentarische, elektorale, sozialistische.[7] Dieser Ansatz hat den Vorteil demokratische Systeme von der Verbreitung demokratischer Werte, d.h. Gleichheit in fundamentalen Rechten, die auch in konsolidierten, liberalen Demokratien nicht alle Menschen genießen, abzugrenzen. Allerdings besteht bei solchen „Minimalstdefinitionen", wie auch bei derjenigen des Philosophen Karl Popper, der Staa-

[4] Dahl 1998, S. 2f
[5] Paley 2002, S. 471
[6] Satori 1992, S. 15
[7] Borneman 1997, S. 3

ten in denen Regierungswandel ohne Blutvergießen stattfinden bereits als demokratisch wertet, auch die Gefahr, dass Demokratie auf rein verfahrenstechnische Aspekte, wie z.B. Wahlen beschränkt wird.[8] Hingegen laufen Anthropologen, die sich größtenteils mit bestimmten Werten wie Anti-Kolonialismus, Freiheit etc. – die mit Demokratie assoziiert werden – beschäftigen, Gefahr praktische Formen wie Wahlsystem und Regierungsformen außer Acht zu lassen. Die Spannungen die sich zwischen unterschiedlichen demokratischen Werten und kulturellen Formen ergeben können und die daraus entstehenden Auseinandersetzungen oder Arrangements können nicht untersucht werden ohne ihre praktischen Ausprägungen, die es erst ermöglichen oder verhindern, dass demokratische Werte (die in unterschiedlichen Kontexten verschieden definiert werden können) verbreitet werden, ebenfalls genauer zu betrachten.[9] Obwohl es wichtig ist institutionelle „Begleiterscheinungen" in den Vordergrund zu rücken, besteht hier auch die Gefahr, dass Grenzen zu deutlich gezogen werden. Politische Formen können nicht akkurat von einander getrennt werden sondern sind eng miteinander verwoben. Die Diskurse, die verschiedene Regime kategorisieren, werden von Gruppen, die interessiert daran sind bestimmte Definitionen anzuwenden, strategisch eingesetzt und von anderen Gruppen aufgegriffen. Besonders die Herausarbeitung der unterschiedlichen Definitionen und der Machtinteressen, die dahinter stecken, ist einer der zentralen Beiträge einer anthropologischen Herangehensweise.

Die Synthese der existierenden, anthropologischen Literatur legt dabei verschiedene kritische Perspektiven offen, die kontemporäre Demokratien als Formen der Macht darstellen, die vielleicht weniger repressiv sind als militärische Diktaturen, aber trotzdem nicht an demokratische Ideale heranreichen.[10] Auch diese Arbeit hat es sich zum Ziel gesetzt, verschiedene Formen von Demokratisierung in Aceh herauszuarbeiten und damit auch verschiedene Zugänge zum Begriff Demokratie. In Indonesien ist dabei vor allem der javanische Ansatz interessant bei dem Macht nur in konzentrierter Form agieren kann. Trotzdem sollen neben der verwendeten „offenen" Definition einige Definitionen aus der Transformationsforschung exemplarisch

[8] Schuck 2003 S. 24
[9] Paley 2002, S. 471
[10] Paley 2002, S. 471

dargestellt werden, die besonders in Hinsicht auf Indonesien interessant sind. Zunächst erscheint es aber notwendig die Begriffe Transformation und Transition zu erläutern und in den historischen Diskurs einzubetten.

2.1.1 Systemtransformationen und Systemtypen

Die Demokratisierungsdiskussion zieht seit dem Ende des Kalten Krieges weite Kreise. In der Entwicklungspolitik gilt Demokratisierung neben „Good Governance" häufig als Allheilmittel gegen Krieg und Armut. Allerdings gilt es dabei zu beachten, dass Konsolidierungen junger Demokratien oft schwierig und gefährlich und vor allem selten vollständig sind.[11] Der Soziologe Ralf Dahrendorf meint dazu, dass lang andauernde Demokratisierungsprozesse eine „Entwurzelung" für viele betroffene Menschen bedeuten und es zu keinem Zeitpunkt sicher sei, ob das angestrebte Ziel eines demokratischen Systems oder einer demokratischen Gesellschaft jemals erreicht werde.[12]

Dabei wird ein politischer Systemwandel in der wissenschaftlichen Debatte als Transformation oder Transition bezeichnet. Eine genaue Abgrenzung der Begriffe zueinander nimmt der Politologe Eberhard Sandschneider vor und erklärt, dass der Begriff Transformation in der Politikwissenschaft einen vollständigen Wechsel des politischen Systems meint, also der Übergang von einem Systemtyp zu einem anderen. Der Begriff Transition hingegen beschreibt den Übergang zur Institutionalisierung der Demokratie.[13] Die Systemtransition beschreibt daher einen Teil der Systemtransformation. Der Politologe Wolfgang Merkel wählt stattdessen den Begriff des Systemwechsels und definiert ihn als „Intervall zwischen einem alten und einem neuen politischen System." Er fügt hinzu: „Systemwechsel sind also zunächst mit erheblicher Entdifferenzierung (Auflösung) der alten Institutionen und anschließender Redifferenzierung (Aufbau) verbunden."[14] In diesem Zusammenhang weist auch der Politologe Friedbert Rüb auf die Bedeutsamkeit der Entstehung von politischen Institutionen hin. Dies, so schreibt er, sei „vielleicht … der wichtigste Moment im Prozess der Demokratisierung"[15]. Der Wiederaufbau bzw. die Neuerschaffung politi-

[11] Schuck 2003, S. 11
[12] Dahrendorf 2001
[13] Sandschneider 1995, S. 341
[14] Merkel 1999, S. 68
[15] Rüb 1996: 111

scher Institutionen ist auch nach gewaltsamen Konflikten eine der größten Hürden. Auch nach dem die Gewalt ein Ende gefunden hat ist es überaus schwierig gemeinsame Identitäten und Zugehörigkeitsgefühle innerhalb und zwischen den Gemeinschaften zu stärken bzw. zu rekreieren. Politische, ökonomische und soziale Gefüge wurden oft vollkommen zerstört und damit auch die Institutionen.

> *„Violently divided societies are cursed by institutional breakdown: weak or non-existent political institutions; weak or non-existent civil society institutions; and limited government legitimacy and authority. "*[16]

Es ist daher notwendig, starke und vor allem legitime Institutionen zu schaffen, die helfen Vertrauen wiederaufzubauen und eine stabilere Zukunft versprechen. Hier ist es wichtig, dass Wiedergutmachung und Vertrauensbildung zentrale Stellen im Aufbau funktionierender Institutionen, die große Teile der Gesellschaft vertreten sollten, einnehmen.[17] Vergangenheitsbewältigung und mit ihr auch Gerechtigkeit sind wichtige Aspekte dieses Prozesses. Die Philosophin Hanna Arendt weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass „Vergeben und Vergessen" ohne Rechenschaftspflicht wenig sinnvoll sind, da dies die sich formende Demokratie unterminiert und das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit, aber vor allem das der Gerechtigkeit ad absurdum führt.[18] Während Arendt der Vergebung einen wichtigen Stellenwert einräumt, argumentiert sie auch dass

> *„the alternative to forgiveness, but by no means its opposite, is punishment, and both have in common that they attempt to put an end to something that without interference could go endlessly."*[19]

Obgleich in den 1980er Jahren, während des ersten „Boom" der Demokratisierungswelle noch von absoluten Systemtransformationen die Rede war und man entweder von einem vollständigen Gelingen oder einem vollständigen Scheitern ausging[20], sind inzwischen eine Vielzahl von Systemtypen in der Literatur zu finden. Besonders

[16] Newman, Schnabel 2002, S. 1
[17] Newman, Schnabel 2002, S. 1
[18] Arendt 1973
[19] Arendt 1958, S. 241
[20] O'Donell, Schmitter, Whitehead 1986

mit der Desillusion nach der dritten Welle der Demokratisierung[21] wurden verschiedene Konzepte entwickelt, die Systeme zwischen autokratischen Regimen und Demokratien beschreiben. Der Anthropologe Richard Wilson spricht z.B. von „low intensity democracies“[22], Wolfgang Merkel von „Defekten Demokratien“[23], Larry Diamond von „semi democracies“[24] oder Friedbert Rüb von „Hybriden Regimen“[25]. Die genannten Begriffe unterscheiden sich zwar in ihren genauen Definitionen, beschreiben aber alle politische Systeme, die von normativen Demokratiekonzepten ausgehend, Systeme zwischen Autokratie und Demokratie beschreiben.

Der Erfolg von Systemtransformationen hängt mit einem Zusammenspiel komplexer Faktoren zusammen. Im indonesischen Kontext sollte daher auch den warnenden Worten der Politologen Alfred Stepan und Juan Linz Gehör geschenkt werden, die feststellten:

> *„… the more the population of the territory of the state is composed of plurinational, lingual, religious or cultural societies, the more complex politics becomes, because an agreement on the fundamentals of a democracy will be more difficult.”*[26]

Der Ausgang einer Systemtransformation hin zu einer Demokratie hängt auch stark vom Erfolg der Konsolidierung ab. Vielfach wird argumentiert, dass sich ein demokratisches System dann erfolgreich konsolidiert, wenn es „the only game in town“[27] geworden ist und niemand, im Falle einer politischen Niederlage, daran denkt außerhalb demokratischer Regeln zu agieren. Linz und Stepan ergänzen:

> *„Behaviourally, democracy becomes the only game in town when no significant political groups seriously attempt to overthrow the democratic regime or secede from the state. “*[28]

Letzteres ist gerade auch hinsichtlich des acehnesischen Fallbeispiels von Bedeutung. Der Politologe Christoph Schuck erarbeitete in seiner Analyse des indonesischen Demokratisierungsprozesses einen Demokratiebegriff, der unterschiedliche Definiti-

[21] Huntington 1991
[22] Gils, Rocamora, Wilson 1993
[23] Merkel 1999
[24] Diamond 1999
[25] Rüb 2002
[26] Linz & Stepan 1996, S. 29
[27] Przeworski 1991, S. 26
[28] Linz & Stepan 1995, S. 5

onsansätze vereint. Er unterstreicht hinsichtlich der Transformationsforschung vor allem die Operationalisierbarkeit von Demokratiebegriffen, wobei er einräumt, dass dabei auch normative Gesichtspunkte eine Rolle spielen sollten.[29] Neben der normativ wünschenswerten Form der Demokratie, d.h. dem erhofften Zielpunkt des Systemwandels, verweist er im Hinblick auf die Systemtransformation auf die Definition von Wolfgang Merkel. Auch merkt er an, dass es weder im indonesischen Fall, noch in den meisten anderen Fällen sicher ist, ob die Transformation erfolgreich ist[30].

Viele Transformationsforscher arbeiten auch mit der Demokratiedefinition von Robert Dahl, der auf bestimmte Erscheinungsmerkmale verweist, an deren Vorhandensein der Typ eines politischen Systems festgestellt werden kann. Dahl bestimmt verschiedene Charakteristika, die vom Staat garantiert sein müssen, um ein politisches System als demokratisch einstufen zu können.[31]

Dahl unterstreicht zunächst drei wichtige Rahmenbedingungen, die innerhalb eines demokratischen Systems gegeben sein müssen. Alle Bürger müssen die uneingeschränkte Möglichkeit haben (1) ihre Meinungen zu formulieren und diese (2) anderen Bürgern und der Regierung durch individuelle oder gemeinschaftliche Aktionen mitzuteilen. Auch hat (3) die Regierung dafür Sorge zu tragen, dass Meinungen unabhängig ihres Inhalts und dem Ort ihres Entstehens gleichwertig und ohne Diskriminierung behandelt werden.[32] Diese drei Kernelemente müssen jedoch durch die Institutionen der Gesellschaft garantiert werden („instiutional guarantees“). Er verweist dabei auf acht Punkte[33]:

1) Organisationsfreiheit;
2) Meinungsfreiheit;
3) Aktives Wahlrecht;
4) Passives Wahlrecht;
5) Recht auf einen öffentlichen Wahlkampf;

[29] Schuck 2003 S. 23
[30] Schuck 2003, S. 24
[31] Robert Dahls Demokratiedefinition ist einerseits normativ andererseits aber auch funktionalistisch. Durch die Einfachheit der Definition wird Demokratie „messbar“ gemacht. „I should like to reserve the term ‘Democracy’ for a political system one of the characteristics of which is the quality of being completely or almost completely responsive to all its citizens. Whether such a system actually exists, has existed or can exist need not concern us for the moment. (Dahl 1971, S. 2)
[32] Dahl 1971, S. 2
[33] Dahl 1971, S. 3

6) Pressefreiheit;
7) Freie und faire Wahlen;
8) Institutionen die sicherstellen, dass die Regierungspolitik auf Wahlen und anderen Arten der Meinungsäußerung basiert.

Bei dieser Einteilung Dahls fällt zunächst auf, dass die Gewaltenteilung eine geringere Bedeutung erfährt als bei anderen Demokratiekonzepten. Sie lässt sich hier nur im achten Punkt erahnen. Hingegen sieht Wolfgang Merkel die horizontale Gewaltenteilung als wichtiges Unterscheidungsmerkmal zwischen autokratisch-monistischen und demokratisch-pluralistischen Systemen.[34] Auch Christoph Schuck sieht die Gewaltenteilung als unerlässlichen Bestandteil einer positiv konsolidierten Demokratie. Mindestens jedoch ist eine unabhängige und in ihren Urteilen verbindliche Judikative notwendig, welche bei verschiedenen Ansichten zwischen konkurrierenden Verwaltungsteilen oder bei Unklarheiten der Interpretation der Verfassungen richtungweisend entscheidet.[35]

In Indonesien ist eine ausgeprägte institutionelle Gewaltenteilung nicht zu erkennen. Die weitläufigen Machtbefugnisse des Präsidenten verhinderten seit der Unabhängigkeit eine funktionierende Form gegenseitiger Kontrolle.

Schuck erweitert die Liste der „institutional guarantees" von Dahl noch um drei weitere Punkte. Für Indonesien spielen vor allem die Streitkräfte eine große Rolle und müssen daher einerseits als integrierter Bestandteil des politischen Systems betrachtet werden andererseits ergibt sich aber auch die Notwendigkeit einer zivilen Kontrolle. Besteht diese Kontrolle nicht, oder ist sie ineffektiv, ist mit der Gefahr zu rechnen, dass das Militär unliebsame, aber demokratisch herbeigeführte Entscheidungen durch Drohungen oder gar bewaffnete Intervention revidiert.[36] Gerade für Indonesien ist dieser Punkt von Bedeutung. Die indonesischen Streitkräfte sehen ihre Aufgabe gerade auch darin, die territoriale Einheit des Landes zu sichern und politische Instabilität zu verhindern. Ohne die Einbettung der Streitkräfte in ein demokratisches System besteht die ernstzunehmende Gefahr eines Militärputsches. Auch während des Friedensprozesses in Aceh waren die Spannungen zwischen Militär und demokratisch gewählter Regierung immer wieder erkennbar. Zu einigen Zeitpunkten

[34] Merkel 1999, S. 32
[35] Schuck 2003, S. 25
[36] Schuck 2003, S. 27

fürchtete man, dass sich gewisse konservative Kräfte innerhalb des Militärs gegen den Friedensprozess und vor allem gegen die versprochene Autonomie Acehs wenden könnten.

Der Schutz von Minderheiten ist ein weiterer wichtiger Punkt innerhalb demokratischer Systeme. Der Politologe Ludger Kühnhart spricht in Zusammenhang mit diesem potenziellen Spannungsverhältnis sogar von dem „zentrale[n] Dilemma der Demokratietheorie“[37]. Politische Systeme sollten nur dann als demokratisch eingestuft werden, wenn die Einhaltung von Menschenrechten im Allgemeinen und im Hinblick auf Minderheiten im Besonderen gewährleistet werden kann.[38] Im Hinblick auf Indonesien hat auch dieser Punkt besonderen Stellenwert, da die historische Entwicklung Indonesiens nach der Unabhängigkeit verdeutlichte, dass spezielle gesellschaftliche Gruppen von staatlicher Seite systematisch diskriminiert wurden. Während Suhartos Regime der „Neuen Ordnung“ beispielsweise wurden islamische Strömungen ebenso unterdrückt wie Anhänger sozialistischer Ideen.[39] Nach dem Niedergang der Ordre Baru[40] wurden vor allem Bevölkerungsteile in Regionen diskriminiert, die eine größere Eigenständigkeit für ihre Gebiete forderten, so auch Aceh.

Auch Formen der sozialen Gerechtigkeit finden in viele Demokratiedefinitionen Eingang. Konsolidierte demokratische Systeme unterscheiden sich – bis auf einige wenige Ausnahmen – von hybriden Systemen und Autokratien, zumindest durch ein gewisses Maß an sozialer Gerechtigkeit. Christoph Schuck definiert diese „als eine Kombination von Rechtstaatlichkeit und sozialer Absicherung der Menschen“.[41] Für einige asiatische Länder hat dieser Themenkomplex besonderen Stellenwert.[42] In Indonesien findet die soziale Gerechtigkeit nicht nur in der Präambel der Verfassung – der aus historischen Gründen ein ungewöhnlich hoher Stellenwert zukommt – Erwähnung, sondern ist auch ein Teil der „unantastbaren“ Pancasila-Philosophie.

[37] Künhardt 1991, S. 282
[38] Schuck 2003, S. 26
[39] Schuck 2003, S. 25
[40] indonesisch für „Neue Ordnung“; unter diesem Namen wurde das Regime unter Präsident Suharto bekannt
[41] Schuck 2003, S. 27
[42] näheres dazu siehe Kapitel „Die Diskurs Debatte in der Anthropologie“

2.1.1.1 Hybride Systeme

Es liegt im Charakter einer Systemtransformation, dass der Übergang von einem System in ein anderes vollzogen wird. Beim Wandel von einer Autokratie[43] hin zu einem demokratischen System schlägt Wolfgang Merkel eine Analyse von sechs Kriterien vor, um die politischen Systeme von einander abzugrenzen:[44] Herrschaftslegitimation, Herrschaftszwang, Herrschaftsmonopol, Herrschaftsstruktur, Herrschaftsanspruch, Herrschaftsweise.[45] Christoph Schuck hat, basierend auf Friedbert Rübs Konzept von „Hybriden Regimen"[46], eine Zwischenkategorie entwickelt, die er „Hybrides System" nennt und welche das Autoritäre System nach Merkel als Ausgangspunkt nimmt.[47]

Ein Hybrides System beschreibt, ähnlich wie die zuvor genannten Begriffe wie „Democracy Lite" oder „Semi Democracy", ein System das im Wandel begriffen ist bzw. nicht (mehr) als autokratisches System beschrieben werden kann und demokratische Werte nicht oder nur zu geringen Teilen umgesetzt werden. Christoph Schuck wendet für das indonesische Fallbeispiel das von ihm modifizierte Konzept des „Hybriden Systems" an. Ein solches System impliziert eine gewisse Dynamik und spielt auf mögliche Veränderungen an, da das politische System weder rein autoritär, noch vollständig demokratisch ist. Es wird damit aber auch der Tatsache Rechnung getragen, dass sich langfristig ein stabiles System manifestiert. Ein Hybrides System kann so zwar auch eine „blockierte Demokratisierung"[48] darstellen, jedoch darüber hinaus auch für ein stabiles, aber dabei immer dynamisches politisches System stehen, das zwischen Diktatur und Demokratie angesiedelt werden kann.

---

[43] Der Begriff „Autokratie" wird als Überbegriff verwendet und umfasst sowohl totalitäre als auch autoritäre Systeme. Die Unterschiede zwischen diesen beiden Formen werden in dieser Arbeit nicht diskutiert werden. Detaillierte Ausführungen zu diesem Thema finden sich u.a. bei Merkel 1999, S. 23ff bzw. auch Linz 1998. Indonesien kann unter Suhartos Neuer Ordnung als autoritäres System beschrieben werden.

[44] Merkel weist darauf hin, dass es sich bei diesen Kriterien um „Idealtypen … im Sinne einer logisch gedanklichen Perfektion" (Merkel 1999, S. 27) handelt. Merkel meint, dass diese Eingrenzung mit Blick auf die „chaotische Vielfalt unterschiedlicher realer Systeme" notwendig ist. (Merkel 1999, S. 25)

[45] Merkel 1999, S. 25f

[46] Wie eine Demokratie wird ein hybrides Regime durch Wahlen und Rechtsherrschaft gekennzeichnet. Allerdings ist die horizontale Gewaltentrennung nur schwach ausgeprägt und der Herrschaftsumfang ist im Gegensatz zu einer Demokratie „ entgrenzt", da rechtstaatliche Schranken nur gering ausgeprägt sind. Das System enthält also auch autoritäre Elemente. (Rüb 2002, S. 106)

[47] Schuck 2003, S. 27f

[48] Schuck 2003, S. 29

2.2 Demokratie und Entwicklung

Wie bereits erwähnt, hielten die Begriffe „Demokratie“ und „Good Governance“ nach dem Ende des Kalten Krieges auch in den entwicklungspolitischen Diskurs Einzug. Mit dem Konzept der nachhaltigen Entwicklung, das in den 1990er Jahren zunehmend an Bedeutung gewann, wurde auch Demokratisierungsprozessen ein höherer Stellenwert eingeräumt. Bereits Ende der 1980er Jahre bemerkt der deutsche Politiker Volker Hauff, das Ziel nachhaltiger Entwicklung sei, „[…] den Bedürfnissen der heutigen Generation [zu dienen], ohne Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen“.[49]

Neben diesem Grundsatz der modernen Entwicklungspolitik spielt auch die Tatsache eine Rolle, dass vielfach angezweifelt wird, dass autokratische Regierungen von Entwicklungsländern in der Lage oder Willens sind, EZA-Gelder effizient zu verwenden. Staatliche Kotrolle ist daher eine Notwendigkeit.[50] An dieser Stelle soll auch auf die, in vielen Kreisen umstrittene, Frage hingewiesen werden, inwieweit es eine Verbindung zwischen ökonomischer Armut bzw. Prosperität und interner Demokratisierungswahrscheinlichkeit gibt. [51] Eine empirische Untersuchung der UNDP[52] ergab, dass bei einem Minimum an materiellem Wohlstand die Wahrscheinlichkeit für das Entstehen eines Demokratisierungsprozesses steigt. Andererseits scheinen die Bürger eines autokratischen Regimes bei steigendem Einkommen eher gewillt auf demokratische Reformen zu verzichten. Ähnliches könnte auch für das Beispiel Indonesien argumentiert werden, wenn der Wirtschaftsboom der 1980er Jahre herangezogen wird, während dessen das Regime Suhartos kaum Schwierigkeiten hatte sich zu legitimieren. Hierbei darf allerdings nicht vergessen werden, dass sich auch Demokratien in einem hohen Maß durch ihren wirtschaftlichen Erfolg und ihrer Fähigkeit soziale Gerechtigkeit zu sichern, legitimieren.[53] Zur Illustration des

[49] Hauff 1987, S. XV
[50] Schuck 2003, S. 19f
[51] Schuck 2003 S. 21
[52] UNDP 2002, S. 58
[53] siehe hierzu auch Kapitel „Die Diksurs Debatte in der Anthropologie“

möglichen Einflusses ökonomischer Entwicklung auf Demokratieprozesse verweist die Politologin Valerie Bunce auf die Beispiele des Post-Sozialismus. Sie legt dar, dass die reicheren post-sozialistischen Länder eher in der Gruppe konsolidierter Demokratien vertreten sind, als die ärmsten post-sozialistischen Länder (gemessen am BIP), die ihrerseits in der Gruppe der schwachen Demokratien bzw. der Autokratien überrepräsentiert sind. Allerdings, so Bunce, gäbe es auch etliche Ausnahmen und andere Faktoren, neben ökonomischen, würden oft eine ebenso große Rolle spielen.[54] Bunce schließt,

> *„The level of economic development seems to have considerable impact not so much on whether democracy exists [...] as on its sustainability over time. [...] Its prospect for enduring increases substantially at high levels of economic development."*[55]

Es herrscht allerdings keine Einigung darüber, warum ein hohes Bruttosozialprodukt die Stabilität einer Demokratie steigern kann. Ein Ansatz ist, dass nachhaltiges Wachstum die Machtbasis autoritärer Gewalt untergräbt, während es gleichzeitig die Zivilgesellschaft und ihre Kapazitäten stärkt.[56] Der Soziologe und Politologe Seymour Lipset meint, dass das Erstarken der Mittelschicht das Demokratieprojekt unterstützt.[57] Wieder andere gehen davon aus, dass wirtschaftliche Entwicklung eine Gesellschaft hervorbringt die gut ausgebildet ist und Inklusion und Rechenschaft verlangt.[58]

Demokratisierung als Patentlösung für Entwicklung und Konfliktresolution ist gang und gebe. Während über die Art und Weise der Demokratisierung oft hitzig diskutiert wird, steht die Universalität demokratischer Grundsätze weit seltener zur Debatte. Karl Dietrich Bracher sieht, so schreibt Ludger Kühnhardt, in der Demokratie die „werterfüllte Realisierung menschlicher Freiheitsrechte"[59] und meint, die historischen Erfahrungen im 20. Jahrhundert hätten deutlich gemacht, dass nur in einem System parlamentarischer Demokratie fundamentale Menschen- und Grundrechte

[54] Bunce 2000, S. 705f
[55] Bunce 2000, S. 706
[56] Rüschmeyer et al 1992
[57] Lipset 1963
[58] Lewin 1988
[59] Kühnhardt 1991, S. 280

geschützt werden können. Auch der Afrikanist und Politologe Andreas Mehler ist von der Universalität demokratischer Grundsätze und deren universellen Übertragbarkeit überzeugt:

> *„There are a number of universal standards which can be transferred locally and institutionalised: Free political competition [and] participation by the people".*[60]

Allerdings wird derzeit wenig darüber diskutiert, dass der Export westlicher Demokratievorstellungen, fallweise, sogar ein unangemessener Eingriff in gewachsene kulturelle Gemeinschaften, die eigene politische Systeme entwickelt haben, darstellen könnte. Der britische Anthropologe Stephan Feuchtwang untersucht in diesem Zusammenhang die demokratischen Praktiken chinesischer, bäuerlicher Tempelorganisation. Er beschreibt diese Praktiken, obwohl sie auch innerhalb Chinas häufig als traditionalistisch verschrien sind, als demokratisch organisiert und sieht sie als wichtigen Teil der Zivilgesellschaft.[61] Der Politologe Anders Uhlin schreibt im Zusammenhang mit Indonesien,

> *„Democracy is not only a western idea … and western model of liberal democracy is not the only possible form of democracy." Er bemerkt, „… that many Indonesian pro-democracy activists get their inspiration not only from western liberal thought, but also from Marx and the Koran, as well as from traditional Indonesian values."*[62]

Hinsichtlich der Ausprägung des indonesischen demokratischen Systems und den Vorstellungen zu Demokratie ist es vor allem wichtig die moderne Geschichte Indonesiens zu berücksichtigen, und zwar aus zwei Gründen: Ende 1949 – 1959 gab es bereits ein demokratisches System in Indonesien, das nicht nur hinsichtlich der Erinnerungen, die die Menschen mit ihm verbinden, die aktuellen Prozesse mit beeinflusst. Zweitens müssen auch die autoritären Phasen mitgedacht werden. Unter Sukarno wurden, die noch immer gültigen staatspolitischen Grundlagen geschaffen und

[60] Mehler 2000: S. 123
[61] Feuchtwang 2003, S. 99ff
[62] Uhlin 1995, S. 9

Suhartos 32 Jahre andauernde Ordre Baru war die längstandauernde Phase seit der Unabhängigkeit und wirkt somit im aktuellen System noch immer stark nach.

Mit einem parlamentardemokratischen Staatsystem verbinden viele Indonesier, aufgrund der historischen Erfahrung, Konfusion, Instabilität und Stagnation. Vor allem die autoritäre Phase unter Suharto wird von vielen Indonesiern dagegen mit politischer Stabilität, Kontinuität und ökonomischem Erfolg in Verbindung gebracht. Dies gilt allerdings hauptsächlich für zentrale Regionen und vor allem für Java.[63]

Aus Sicht des indonesischen Staates (der stark javanisch geprägt ist), gelang es während der Phase der „Parlamentarischen Demokratie" der politischen Führung weder, West Irian friedlich und auf eine auf Verhandlungen basierende Art und Weise zu besiedeln (was Suharto später unter Anwendung militärischer Gewalt durchsetzte), noch die regionalen Rebellionen zu kontrollieren. Die indonesische Politikwissenschafterin und ehemalige Außenministerin Dewi Anwar meint, dass diese Faktoren, hinsichtlich des ausgeprägten territorialen Einheitswunsches vieler Indonesier wesentlich dazu beitrugen, moderat-westliche Politiker ebenso zu diskreditieren wie ein liberal orientiertes demokratisches System als Ganzes.[64] Hingegen zeigte das autoritäre Regime Suhartos Stabilität, freilich auf Kosten demokratischer Elemente. Vor allem die Zusammenarbeit zwischen ABRI[65] und der im November 1969 reorganisierten Partei Golkar erwies sich dabei als besonders effizient. In der Institution Golkar organisierte sich nicht nur der Parteiflügel, durch den sich Suharto öffentlich legitimierte, sondern sie kontrollierte auch Gesellschaft und Verwaltung.[66] Sowohl während Sukarnos „Gelenkter Demokratie" als auch während Suhartos „Pancasila Demokratie" wurde demokratiebezogenes Vokabular für autoritäre Regime verwendet, um sich zu legitimieren und auch langfristig eine uneingeschränkte Herrschaft zu sichern. Der Politikwissenschafter Benedict Anderson verdeutlicht dies folgendermaßen:

---

[63] Schuck 2003, S. 54

[64] Anwar 2001, S. 82

[65] ABRI steht für Angkatan Berenjata Republik Indonesia (Die Bewaffneten Streitkräfte der Republik Indonesien); die Bezeichnung stammt aus der Zeit der „Neuen Ordnung" als die Streitkräfte eine „dwi fungsi", eine duale Funktion innehattten. Sie waren sowohl für die äußere und innere militärische Sicherheit als auch für zivile Kontrolle und Aufbauarbeiten zuständig. Die Polizei, und damit die innere Sicherheit und die zivile Kontrolle wurden erst 1998, nach dem Fall Suhartos, ausgegliedert.

[66] Schuck 2003, S. 55

„The state leadership has attempted to persuade its audience that this 'no change' future is legitimated by insisting that a peculiarly Indonesian form of Democracy is actually already in place. … It points to the facts that elections are regularly held, that opposition parties are represented in … legislatures, and that Suharto himself holds office through an (indirect) electoral mechanism."[67]

Anderson betont dabei auch, dass die durchgeführten Wahlen mit ziemlicher Sicherheit manipuliert wurden.

Obwohl Indonesien ein solch riesiger, multiethnischer Staat ist, sind im Staatsdenken und in der nationalen Politik vor allem javanische Ansichten und Werte vorherrschend. Im Rahmen der traditionellen javanischen Philosophie wie sie Anderson beschreibt wird normativen Fragen moralischer Natur nur ein geringer Stellenwert eingeräumt. Hingegen ist entscheidend, ob es den politisch Verantwortlichen gelingt, in ihrer Position möglichst viele Machtfaktoren zu konzentrieren. „Macht" gilt im javanischen Kontext als begrenzt, – das was der eine an ihr gewinnt, verliert ein Anderer. Wenn die Macht in den Händen des Volkes liegt, also in denen vieler Millionen, ist sie dadurch so wenig konzentriert, dass Chaos als unausweichlich gesehen wird.[68] Soeriokoesomeo ergänzt:

„Democracy has invented a system in which equal rights are granted to every one: the wise man and the idiot, … the man of high moral stature and the debauched. … This is the injustice of democracy."[69]

In der traditionellen javanischen Denkweise ist auch der Wunsch erkennbar, Entscheidungen im Konsens und nicht durch Abstimmungen zu treffen. „Das einheitliche gesprochene Wort beinhaltet Stärke, dagegen das nicht von allen mit getragenen eine gefährliche Schwäche."[70] Diese Tendenz lässt sich auch im Parlament bzw. bei der Regierungsbildung erkennen, wo auf ein klar trennbares Regierungs-Oppositions Schema verzichtet wird.

[67] Anderson 2006, S. 114
[68] Anderson 2006
[69] Soeriokesomeo 1920, S. 184, zit. nach Schuck 2003, S. 52
[70] Schuck 2003, S. 54

2.3 Demokratisierung und Konflikt

Es wird häufig diskutiert, ob bzw. inwiefern Demokratisierungsprozesse in heterogenen Staatengebilden zu größerem Konfliktpotenzial beitragen. Die Korrelation zwischen einem gesteigerten Risiko für gewaltsame Konflikte und Demokratisierungsprozessen einerseits und der Versuch gerade in Post-Konfliktgesellschaften Demokratisierungsprozesse einzuleiten anderseits soll in diesem Kapitel diskutiert werden.

Es wird nicht selten behauptet, dass ethnische Heterogenität Demokratisierung schwierig wenn nicht gar unmöglich macht. Konkret, wird häufig davon ausgegangen, dass zwar konsolidierte Demokratien positiv auf inter- und intrastaatliches Konfliktverhalten einwirken, dass der Demokratisierungsprozess selbst aber dazu neigt, die Risiken gewaltsamen Konflikts in heterogenen Gesellschaften zu steigern. Jack Snyder[71] und Doland Horowitz[72] meinen, dass die Einführung einer demokratischen Regierung in Ländern, die große Diversität und ethnische Konflikte aufweisen, sowohl ineffektiv, als auch unangebracht sein kann. Sie gehen davon aus, dass in manchen Fällen, eine Herrschaft der Mehrheit, wetteifernde Parteienpolitik und ein offenes politisches System zu einer Verschlechterung der inter-ethnischen Beziehungen führen kann.[73]

Eine solche Position geht davon aus, dass der demokratische Prozess zu gewalttätigen Konflikten beitragen oder diese intensivieren kann, da die Demokratisierung populistischen Politikern eher erlaubt ethnische oder religiöse Ressentiments zu schüren. Dies steigert die Wahrscheinlichkeit, dass ethnische Gruppen nach Möglichkeit versuchen ihre eigenen Interessen durchzusetzen, als die der politischen Gemeinschaft als Ganzes, d.h. diejenigen des Staates.[74] Edward Mansfield und Jack Snyder argumentieren, dass Staaten die erst kürzlich demokratisiert wurden oft zu nationalistischen Slogans greifen, um die Massen zu mobilisieren, ohne dass sie eine vollständige demokratische Kontrolle zulassen. Sie gehen weiter davon aus, dass die

[71] Snyder 2000
[72] Horowitz 1985; 1993
[73] Horowitz 1985, S. 291
[74] Engström 2009, S. 34

institutionelle Schwäche solcher Staaten im Transitionsprozess die Möglichkeit zulässt, dass solche kriegsfördernden Strategien Erfolg haben.[75] Unter anderem führen sie auch Indonesien als Beispiel für Tendenzen der Konflikteskalation an:

> *"[In Indonesia] transitions from dictatorship to more pluralistic political systems coincided with the rise of national independence movements, spurring separatist warfare that often spilled across international borders"*[76].

Hier muss allerdings darauf hingewiesen werden, dass sich die verstärkte Sichtbarkeit der Konflikte nicht allein mit der Öffnung des politischen Systems erklären lässt. Ein Großteil der Konflikte, so auch jener in Aceh, waren bereits in der autoritären Phase unter Suharto vorhanden, wurden aber weitestgehend militärisch unterdrückt. Das Ende des Regimes ermöglichte die Artikulation der Unzufriedenheit in vielen Teilen Indonesiens, die schwachen, oftmals unzureichenden Reaktionen der Zentralregierung förderten die Eskalation. Allerdings war es erst die Demokratisierung Indonesiens, die es erlaubte manche, bei weitem nicht alle, Konflikte beizulegen und aufzuarbeiten.

Auch Jenny Engström zeigt in ihrer Analyse der Demokratisierungsprozesse in Mazedonien und Bulgarien, dass das Verhältnis zwischen Demokratisierung und interethnischen Beziehungen nicht ausschließlich negativ konstruiert werden kann. Sie veranschaulicht, dass Demokratisierung durchaus auch positive Auswirkungen auf inter-kommunale Beziehungen hat wenn zumindest ein Mindestmaß an „national unity“[77] gegeben ist, welche die Einheit des Staates sichert.[78] Auch ist die primordialistische Konzeption vorgegebener ethnischer, oder nationaler Identitäten unzureichend um komplexe Zugehörigkeitsgefühle adäquat zu analysieren.

Eine zweite Prämisse die im Zusammenhang mit gewalttätigen Konflikten und Demokratisierungsprozessen häufig diskutiert wird, ist jene, dass Demokratie dem Frieden förderlich ist und, dass auch Interventionen in bewaffnete Konflikte dazu benutzt

[75] Mansfield, Snyder Jack 2002, S. 298
[76] Mansfield, Snyder Jack 2002, S. 297
[77] Engström definiert „national unity“ nicht entlang ethnischer Grenzen sondern setzt sie mit der politischen Gemeinschaft gleich. „National unity“ ist dann gegeben, wenn ein Großteil der Bürger keine Zweifel oder Vorbehalte darüber hegen, welcher politischen Gemeinschaft sie angehören. (Engström 2009, S. 17f)
[78] Engström 2009, S. 35

werden können Demokratisierungsprozesse einzuleiten. Merkel weist hier darauf hin, das Demokratisierungsprozesse, die im Zuge von Peace-Building Maßnahmen in Gang gesetzt werden, vor allem dann erfolgreich sind, wenn nicht nur die autokratische Führung gestürzt wird, sondern langfristige Prozesse eingeleitet werden, die auf eine Konsolidierung der Demokratie abzielen.[79]

In den meisten Post-Konfliktgesellschaften in denen der Friedensprozess von einer externen Friedensmission begleitet wird, ist nicht nur die Aufgabe zu bewältigen Frieden zu schaffen bzw. zu konsolidieren, sondern auch Demokratisierungsprozesse einzuleiten. Oft wird im Rahmen von internationalen Friedensmissionen versucht weite Bereiche von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft innerhalb kurzer Zeit radikal zu transformieren. Dabei werden konfliktgebeutelte, fragile Gesellschaften oft enormen Stress ausgesetzt. Staaten bzw. Gesellschaften, die sich in einem Friedensprozess befinden, können selten auf institutionelle Rahmenbedingungen und zivile Kultur zurückreifen, die notwendig wären, um den Druck der mit politischem und wirtschaftlichem Wettbewerb einhergeht standzuhalten.[80] Auch bedeutet eine formelle Einstellung der Kampfhandlungen, die mit einem Friedensabkommen einhergehen, nicht unbedingt ein Ende des Konflikts. Friedensabkommen repräsentieren meist nur ein Rahmenwerk innerhalb dessen der Frieden erst konsolidiert werden muss.[81]

Trotz einer Großen Varianz zeichnen sich Post-Konfliktgesellschaften häufig durch eine duale Krise von Sicherheit und Legitimität aus. Die nächstliegende und kritische Herausforderung in einer Post-Konfliktgesellschaft ist daher, die Nützlichkeit und Notwendigkeit des Staates für die Bevölkerung aufzuzeigen, indem ein Mindestmaß an Sicherheit geboten wird. Diese Staatsfunktion wird in der unmittelbaren Nachkonfliktphase häufig von internationalen Akteuren erfüllt, bis der Staat fähig ist diese Leistungen selbst zu bringen.[82] Im Falle von Aceh, war zwar der indonesische Staat fähig und willens seine Aufgaben wahrzunehmen, allerdings musste auch er sich einer Legitimitätskrise stellen, da das Vertrauen der acehnesischen Bevölkerung in

[79] Merkel 2008, S. 494f
[80] Barnett 2006, S. 89
[81] Bojicic-Dzelilovic 2002, S. 84
[82] Barnett 2006, S. 92f

den indonesischen Zentralstaat stark erschüttert war und teilweise noch immer ist. Die Herausforderung nach den unmittelbaren Konfliktsituationen liegt vor allem darin, öffentliche Unterstützung und ein Minimum an Legitimität für die Post-Konflikt Institutionen zu generieren. Marina Ottaway nennt dies "democratic reconstruction model". Ein Großteil der Geber und internationalen Organisationen halten sich an dieses Standardpaket für Nachkriegssituationen, welches „constiution-building", Wahlen innerhalb von 2 Jahren nach Konfliktende, die Stärkung der Zivilgesellschaft und „instiution-building" vorsieht.[83] Generell wird davon ausgegangen, dass eine rasche Durchführung von Wahlen und eine Förderung liberaler Werte der sicherste und beste Weg ist dem Staat Legitimität zu verleihen.[84] Auch reflektiert nicht nur ein Großteil der Literatur zu Demokratisierung, sondern auch zu Peace-Building ein liberales Weltbild und die Tendenz Erfahrungen des Westens als normativen Maßstab und empirische Erwartung zu sehen. Aber vor allem die Tendenz von „deomcracy promoters" die Unabwendbarkeit und Linerarität von Demokratisierungsprozessen anzunehmen kann großen Schaden anrichten. Viele Rezepte für Demokratisierung in Nachkriegsgesellschaften gehen davon aus, dass der Schutz von Menschenrechten, der Schutz der Interessen der Eliten, Partizipation und rechtstaatliche Prinzipien gefördert werden können, ohne dass sie sich gegenseitig negativ beeinflussen.[85]

Ein solches Vorgehen aber, so meint Michael Barnett, hat das Potenzial sowohl substantielle als auch prozedurale Dimensionen von Legitimität zu gefährden. Was externe, häufig westliche, Öffentlichkeiten als legitime Werte oder Institutionen betrachten, kann von der lokalen Öffentlichkeit als illegitim angesehen werden. Die Legitimität einer Entscheidung hängt auch von der Verwendung von akzeptierten Entscheidungsprozessen ab. In anderen Worten, Legitimität wird nicht per se durch Liberalismus definiert, sondern durch gesellschaftliches Übereinkommen bezüglich der akzeptierten Entscheidungs- und Durchsetzungsprozesse von kollektiven Zielen.[86] Die angemessenen Mittel müssen selbstverständlich in einem politischen Prozess ermittelt werden, der die diversen Interessen der Bürger inkorporiert; d.h. die

[83] Call, Cook 2003, S. 233
[84] Barnett 2006, S. 92
[85] Call, Cook 2003, S. 236
[86] Barnett 2006, S. 92

einzelnen Interessengruppen sollten das Gefühl erlangen, dass ihre Ansichten repräsentiert werden. Periodische Wahlen gelten im Allgemeinen als das beste Instrument diese Repräsentation zu erreichen, aber sie stellen nicht den einzigen Weg dar.[87] Barnett spricht besonders dem Prinzip der „Deliberation", d.h. der öffentlichen Diskussion und Entscheidungsfindung, große Bedeutung zu. Öffentliche Diskussion ist dabei nie abstrakt sondern beschäftigt sich mit konkreten, öffentlichen Anliegen. Drei Politikbereiche seien besonders zentral, so Barnett, um der Bevölkerung eine größere Verbindung zwischen Staat und Gesellschaft zu vermitteln. Erstens Öffentliche Sicherheit, Zweitens öffentliche Finanzen und Wirtschaftspolitik und Drittens, Justiz.[88]

Das Konzept der „Deliberation" beschäftigt sich mit der Frage, wie Individuen die Ansichten anderer in Betracht ziehen können, bevor eine Entscheidung getroffen wird; d.h. wie Individuen und Gruppen öffentliche Erklärungen für ihre Positionen und Entscheidungen geben müssen. Dieser relativ simple Akt, das Miteinbeziehen von anderen Standpunkten, kann weit reichende Konsequenzen haben. Zunächst bestärkt die öffentliche Diskussion Individuen darin „to escape their private interests and engage in pursuit of the public good." Gerade die Öffentlichkeit der politischen Diskussion regt dazu an, auch die Ansichten anderer zu inkorporieren. Zweitens erhöht die Diskussion die Perspektive, dass die kollektive Entscheidung an Legitimität gewinnt. Es wird daher davon ausgegangen, dass Diskussion und Legitimität untrennbar miteinander verbunden sind. Drittens erhöht die öffentliche Diskussion auch die Wahrscheinlichkeit, dass die Entscheidung akzeptiert wird bzw. nicht auf aktiven oder passiven Widerstand stößt. Viertens ermöglicht eine Diskussion den Beteiligten ihre Meinung zu ändern und sich mit der Gemeinschaft zu identifizieren.[89]

Aber gerade in einer Übergangsgesellschaft kann es auch notwendig sein, gewisse Bereiche aus der öffentlichen Diskussion zu verbannen um die Gemüter nicht noch mehr anzuheizen. Madison drückt dies folgendermaßen aus:

[87] Barnett 2006, S. 96
[88] Barnett 2006, S. 95
[89] Barnett 2006, S. 99f

„[it would increase] the danger of disturbing the public tranquillity by interesting too strongly the public passions. .... It is reason, alone, of the public that ought to be controlled and regulated by government."[90]

2.4 Die Demokratieforschung in der Kultur- und Sozialanthropologie

Die Demokratieforschung ist traditionell vor allem ein politikwissenschaftlicher Themenbereich, der besonders nach der „Welle" der weltweiten Systemtransitionen hin zu Demokratien in den 1970er und 1980er Jahren viel Zulauf fand. Diese Transitionen wurden zunächst mit viel Überschwänglichkeit begrüßt, doch schon kurz darauf begannen zynische Phrasen wie „low intensity democracy"[91] und „democracy lite" zu zirkulieren, welche die zunehmende Skepsis über die positive Natur der politischen Veränderungen verdeutlichte. In der wissenschaftlichen Literatur wurde diese „third wave of democracy"[92] bald einer kritischen Prüfung unterzogen als Wissenschaftler die verschiedenen Typen und Intensitäten der Transitionen, ihre Dauerhaftigkeit (Konsolidierung) und ihre „Qualität" zu verstehen suchten.

Diese Studien zu Demokratisierung wurden größtenteils von Politologen durchgeführt, deren Augenmerk vor allem auf politischen Institutionen, formalen Regimewechseln und komparativen Länderstudien lag.[93]
Doch als Anthropologen bei ihren Feldforschungen in Osteuropa, Asien, Afrika und Lateinamerika zunehmend Zeugen von Regimetransitionen wurden, rückten auch in der Kultur- und Sozialanthropologie Demokratiethemen in den Vordergrund. Die ethnographischen Methoden, welche menschliche Beziehungen außerhalb formaler und elitärer politischer Institutionen in den Vordergrund rücken und das Augenmerk auf alternative Weltsichten richten, ermöglichen es Anthropologen lokale Bedeutungen, unterschiedliche Diskurse, unkonventionelle Protestformen und wechselhafte

[90] Barnett 2006, S. 101
[91] Gills et al 1993
[92] Huntington 1991
[93] sie dazu z.B. O'Donnel & Schmitter 1986, Linz & Stepan 1996 oder Diamond et al 1997

Machtformen (welche die Einführung neuer politischer Regime begleiten) über die offiziellen politischen Transitionen hinaus zu untersuchen.[94] In den meisten Fällen, sind anthropologische Beobachtungen zu Demokratie in andere Rahmen und Diskussionen eingebettet wie z.B. soziale Bewegungen, Menschenrechte, Staatsangehörigkeit, Bürokratie, Gewalt, Militär, Postkolonialismus usw.[95]

Kritische und ethnographische Perspektiven und ihr Repertoire an analytischen Instrumenten, die in der Untersuchung von Regimetransitionen zunehmend an Bedeutung gewinnen, bieten aber auch die Möglichkeit konsolidierte Demokratien wie z.B. die USA, wo politische Demokratie durch niedrige Wahlbeteiligung, Einkommens-, Gender- und Rassenungleichheiten gekennzeichnet wird, zu betrachten; aber auch transnationale Gebilde wie die Europäische Union und ihr „Demokratiedefizit“[96] oder hybride Systeme wie Venezuela, Peru und Kolumbien, die in Jahrzehnten von prima facie Demokratie mit Gewalt, Korruption und Autoritarismus zu kämpfen hatten, werden untersucht.

Es muss allerdings auch angemerkt werden, dass es noch immer vergleichsweise wenige kritische Studien zu Demokratie und Demokratisierung gibt. Feuchtwang spricht in diesem Zusammenhang von „anthropological squeamishness“. Einerseits versetzen sich Anthropologen regelmäßig in die Position des anderen („to put self in the pace of other“) und werden gelegentlich sogar zu Repräsentanten, besonders der Machtlosen. Andererseits führen Anthropologen selten ihre Forschungsergebnisse hinsichtlich der demokratischen Konsequenzen aus, oder fügen ihre eigenen distinktiven Studien über politische Repräsentation zu jenen aus den Bereichen der Politikwissenschaft oder der politischen Soziologie hinzu[97]. Stephan Feuchtwang führt weiter aus:

> *„If I am right and this paradox is an accurate description, then the question is: why the reluctance to enter the fray with political scientists and sociologists? … is it born out of the doctrine of non-interference in the politics of*

[94] Paley 2002, S. 469f
[95] Arbeiten zu diesem Thema stammen u.a. von Adams 1998, Schirmer 1998, Paley 2001, Gutmann 2002
[96] Shore 2000, S. 220
[97] Feuchtwang 2003, S.45f

field study? Or is it a fully despicable unwillingness to think about criteria of judgement of political improvement, and a lack of courage to make a judgement? Whatever the reason, we have not produced what I would call critical political studies."[98]

Auch wenn Feuchtwangs Diagnose von 1994 nicht mehr uneingeschränkt zutrifft, ist es doch so, dass vor allem die theoretische Konzeption von Demokratisierung häufig der Politikwissenschaft überlassen wird.

2.4.1 Historische, anthropologische Studien zu Demokratie

Die politische Anthropologie der Kolonialzeit, die vor allem für ihre strukturalistischen Studien afrikanischer politischer Systeme bekannt ist, beschäftigte sich zunächst kaum mit den Mustern und Auswirkungen kolonialer Herrschaft. Nach der Unabhängigkeit vieler Länder erwiesen sich daher Konzepte wie „synchrony and localism" als wenig brauchbare Startpunkte einer Analyse, vor allem hinsichtlich des weltweiten politischen Wandels.[99] Die Konzentration auf lokale Systeme, die als in sich geschlossen wahrgenommen wurden, war nicht mehr zeitgemäß.

In diesem Kontext wurde das „Committee for the Comparative Study of New Nations"[100], von einigen U.S. Anthropologen geformt, die sodann begannen Länder zu untersuchen, die ihre Unabhängigkeit in der Nachkriegszeit erlangt hatten. Der Politikwissenschaftler David Apter beschrieb im Vorwort, des von der Gruppe herausgegebenen, Sammelwerks das gemeinsame Ziel der Autoren folgendermaßen:

„… [to understand] the problem of democracy in the new states, the forces that erode it, and the factors that might establish or strengthen it. "[101]

Die Beteiligten befassten sich vor allem damit, wie man lokale Identitäten – "primordial sentiments", in den Worten des Herausgebers Clifford Geertz (1963) – in eine einheitliche "zivile Ordnung" und in ein modernes politisches, demokratisches System integrieren könnte. Nach dem Sammelwerk wurden auch einige Ethnographien veröffentlicht, die den Erfolg bzw. das Scheitern von Demokratie in den sozia-

[98] Feuchtwang 2003, S. 45
[99] Hart 1985, S. 250
[100] Das Komitee wurde 1960 gegründet; u.a. von Lloyd A. Fallers, Morris Janowitz, Manning Nash, Max Rheinstein, Edward Shils und Clifford Geertz. (vg. Special Collection Research Center: http://lib.typepad.com/scrc/2008/05/committee-for-t.html, zuletzt geprüfut am 04.11.2009)
[101] Apter 1963, S. vii

len und institutionellen Kontexten von verschiedenen Ländern und innerhalb lokaler Rahmenwerke untersuchten.[102] Demokratie wurde in diesem Zusammenhang als eine universelle politische Form gesehen, die den Fortschritt hin zu einer gemeinsamen Moderne signalisierte.[103]
Eine zweite Welle von anthropologischen Texten zu Demokratie sollte erst in den 1990er Jahren veröffentlicht werden, als die große Zahl der Regimetransitionen in den Fokus der Weltöffentlichkeit gelangte.

Während des kalten Krieges fungierte „Demokratie" im öffentlichen Diskurs als ideologische Antithese zum sowjetischen Kommunismus und wurde im Rahmen der U.S. Außenpolitik eingesetzt um counterinsurgency Initiativen und Regimewechsel zu rechtfertigen. Nach dem Kalten Krieg führte das Ende des Sozialismus – sowohl in seiner real existierenden Form als auch als utopisches Ideal – zu einer Verknüpfung von Demokratie mit freier Marktwirtschaft. Gleichzeitig kam es aber auch zu einer Desillusionierung mit tatsächlich existierenden sozialen, politischen und ökonomischen Zuständen.[104] Sowohl in den 1980er als auch in den 1990er Jahren lag der Fokus von Demokratieprogrammen der internationalen Gemeinschaft und der Geberländer auf Wahlen, der Stärkung der Zivilgesellschaft und „Good Governance."[105]

Für Anthropologen brachte das späte 20. Jahrhundert nicht nur veränderte politische Begebenheiten, sondern auch neue Gedankenstränge im wissenschaftlichen Diskurs. Schon vor Ende des Kalten Kriegs, aber verstärkt durch den Fall der Berliner Mauer und dem Zusammenbruch der UDSSR, geriet der Glaube an Metanarrative ins Wanken. Man kam zunehmend sowohl von marxistischen Theologien, als auch von Entwicklungsparadigmen ab. Im Geiste des zu diesem Zeitpunkt vorherrschenden Modernismus, der durch den Glauben an linearen Fortschritt, absolute Wahrheiten, rationale Planungen der idealen sozialen Ordnung und der Standardisierung von Wissen und Produktion charakterisiert wurde, sahen Anthropologen Demokratie als universelle politische Form, die in einer Vielzahl von Situationen und Kulissen anwendbar

[102] Owusu 1970; siehe auch Fox 1969
[103] Paley 2002 S. 472
[104] Verdery 1996, S .11
[105] Paley 2002 S. 473

ist. In den 1980er und 1990er Jahren machte diese Ansicht zunehmend einer postmodernen Analyse von Demokratie Platz. Demokratie als Konstrukt und die diskursive Natur von Machtverhältnissen rückten in den Vordergrund.[106] An dieser Stelle sei erwähnt, dass diese Sicht auf Demokratie als ungewisses und fließendes Konstrukt, wie sie zunehmend in anthropologischen Texten zu finden ist, im Kontrast zu den weiterhin größtenteils modernistischen Narrativen der großen Entwicklungsagenturen wie USAID oder der Weltbank steht.[107]

2.4.2 Die anthropologische Sicht auf Demokratisierung in den 1990er Jahren

Im Kontext vom zunehmenden „Export" von Demokratie, Regimewechseln und den Widersprüchen zwischen den Demokratiediskursen und den tatsächlichen Erscheinungsformen in verschiedenen Lokalitäten, begannen Anthropologen, die sich größtenteils mit anderen Themen beschäftigten, zunehmend auf den Themenkomplex Demokratie zu stoßen. Vor allem Ethnographen, die vornämlich in Afrika arbeiteten, wandten die klassische Aufgabe, lokale Bedeutungen und Institutionen zu identifizieren, auf politische Transitionen an und zeigten auf, wie formelle Wahlvorgänge und andere Komponenten westlicher Demokratien mit lokalen Traditionen kontrastiert, anders interpretiert, oder einverleibt wurden. So legen die Arbeiten dar, wie offizielle demokratische Verfahren wie z.B. Wahlen im ländlichen Mozambique durch sprachliche Idiome, die an Zauberei erinnern, umgeformt werden[108], oder wie rituelle Praktiken der Yoruba in Nigeria demokratische Praktiken einverleiben und neu interpretieren[109]. Die Arbeiten beleuchten auch linguistische Entsprechungen zu „Demokratie" in lokalen Sprachen: Wörter wie „Demokaraasi" der Wolof in Senegal[110], oder „eddembe ery'obuntu" in Uganda[111]. Solche Begriffe vereinigen eine Reihe lokaler Bedeutungen, die sich, trotz einiger Überschneidungen, von Konzepten liberaler Demokratien doch deutlich unterscheiden. Sogar scheinbar undemokratische Überzeugungen stellen sich teilweise nach genauerer Betrachtung als differenzierter her-

[106] Paley 2002 S. 473
[107] siehe dazu USAID (2002): Democracy and Governance. http.//www.usaid.gov/democracy, zuletzt geprüft am 4.11.2009.
[108] West 1998
[109] Apter 1987
[110] Schaffer 1997
[111] Karlström 1996

aus.[112] Die Anthropologen Jean und John Comaroff argumentieren z.B., dass die Unterstützung einer Einheitspartei in Botswana nicht einer Ablehnung von Demokratie per se gleichkommt, sondern eher als Zurückweisung einer einfachen Verfahrens-Demokratie („procedural democracy") zugunsten einer substantiellen Demokratie („substantive democracy"), innerhalb welcher sowohl politische Entscheidungsprozesse, als auch Politiker selbst Rechenschaft schuldig sind, gesehen werden kann.[113]
Im Gegensatz zu Demokratiestudien aus der Nachkriegszeit zeigen diese Ethnographien kulturelle Unterschiede nicht auf um primordiale Identitäten zu problematisieren, sondern um die universalistischen Annahmen westlicher Demokratiepraktiken in Frage zu stellen. Aber obwohl lokale Traditionen durchaus eine wichtige Quelle für demokratische Praktiken bieten können, sehen einige Anthropologen auch Schwierigkeiten wenn „traditionelle Autoritäten" in den Dienst von elektoralen Demokratien gestellt werden. Harry West und Scott Koleck-Jenson beschreiben z.B. wie die Internationale Gemeinschaft und viele NGOs über die angeblich vorbildliche Rolle von traditionellen Autoritäten im demokratisierten Mozambique sprachen.[114] Die Autoren schildern detailliert wie komplex die Implikationen dieser Entscheidung waren. Historisch, jeweils unterschiedlich in präkolonialen, kolonialen und postkolonialen Perioden, wurden „traditional authorities" von dominierenden Mächten dazu benutzt die Bevölkerung, die sie theoretisch vertraten, zu brutalisieren, zu tyrannisieren und auszubeuten. Die traditionellen Autoritäten waren daher nicht ganz so traditionell – im Sinne von präkolonial – noch waren diese Institutionen, obwohl lokal, besonders demokratisch. Auch war die Position des Chiefs vererbbar und um die Worte eines Chiefs zu zitieren:

> *„to submit … to elections is to undermine the power of chieftaincy"*[115]

2.4.3 Die Diskursdebatte in der Anthropologie – Definitionen und Verwendungen des Begriffs „Demokratie"

Unterschiedliche Definitionen und Auffassungen von Demokratie können nicht nur in den verschiedenen lokalen Bedeutungssystemen identifiziert werden, sondern auch in staatlichen und internationalen Diskursen und nationalen Selbstwahrnehmungen.

[112] Paley 2002, S. 473f
[113] Comaroff & Comaroff 1997
[114] West & Koleck-Jenson 1999
[115] West & Koleck-Jenson 1999, S. 71

So zeigt Aihwa Ong[116] auf, dass in Teilen Asiens, Demokratie weniger in Hinblick auf individuelle Rechte definiert wird, als hinsichtlich der Fähigkeit des Staates kollektive Sozialleistungen zur Verfügung zu stellen. In diesem Sinne:

> *„[Singapore] prides itself on being a ‚home-owning democracy' [where the state is expected] to ensure universal home ownership, high-quality education, and unending economic expansion."*[117]

Ähnlich sieht sich auch China als „Sozialistische Demokratie", basierend auf Zugang zu Wohnung, Nahrung, Ausbildung und anderen Sozialleistungen.[118] Paula Sabloff verbindet das moderne mongolische Konzept von Demokratie mit der 800 Jahre alten politischen Kultur dieser Region, die sich auf grundsätzliche Demokratiekonzepte, wie sie von Genghis Khan kodifiziert wurden, berufen.[119]

Die unterschiedlichen Definitionen bzw. Vorstellungen werden nicht angeführt um die eine „asiatische" oder „chinesische" Kultur zu vergegenständlichen, sondern um zu illustrieren, dass Demokratie auch andere Bedeutungen als Wahlen und individuelle Freiheiten – in diesem Fall kollektive Sozialleistungen – haben kann.

Bei näherer Betrachtung wird deutlich, dass es auch notwendig ist sich näher mit der strategischen Verwendung des Begriffs Demokratie, den Machtverhältnissen, dem Kampf um die Bedeutungen von Demokratie, den Erscheinungsformen in Institutionen und der Art und Weise wie die Diskurse innerhalb eines Landes zirkulieren, zu beschäftigen.[120] Matthew Gutmann meint dazu:

> *„Democracy's very multivalence is a key reason for the zeal with which so many people have employed the term to dramatically different ends in recent history."*[121]

2.4.3.1 Demokratie und Militär – Demokratie als umkämpfter Begriff

Die Bedeutungen des Begriffs „Demokratie" sind also hart umkämpft. Gruppen mit unterschiedlichsten Interessen, die in ungleichen Machtverhältnissen zueinander stehen, versuchen sich „Demokratie" zu Eigen zu machen. An dieser Stelle kann auch

[116] Ong 1999
[117] Ong 1999, S. 208
[118] Paley 2002, S. 474
[119] Sabloff 2001
[120] Paley 2002, S. 475
[121] Gutmann 2002, S. 11

Indonesien als Beispiel herangezogen werden, um die verschiedensten Bedeutungen von Demokratie zu veranschaulichen. Sowohl Sukarno („Gelenkte Demokratie“) als auch Suharto („Pancasila-Demokratie“) definierten ihr jeweiliges Staatssystem als Demokratie. Dabei wurde unter Sukarno die gegenseitige Kooperation als demokratiedefinitorisches Element hervorgehoben, wobei es gleichzeitig zu einer Auflösung des gewählten Parlaments kam. Unter Suharto wurde Demokratie als Gleichheit und Einigkeit propagiert.[122] In beiden Fällen proklamierten sich Diktaturen bzw. Militärregime als Demokratien, „invoking idosyncratic meanings of the term to justify its use, and claiming the word democracy to legitimate their rule“[123].

Während Militärregime in vielen Fällen ihre Macht durch das Label „Demokratie“ legitimieren, kommt es auch vor, dass nach einer offiziellen Systemtransition, die bewaffneten Streitkräfte und damit auch Gewalt und Autoritarismus in der neu geformten „Demokratie“ eingebettet bleiben. Dem Militär gelingt es, durch Verfahrens-Demokratie, z.B. durch Wahlen, die Macht weiterhin auszuüben.[124]

Einige Anthropologen wie z.B. Diane Nelson sprachen sich allerdings dagegen aus, Demokratie nur als „mask for military rule“[125] zu sehen, da

> *„[s]uch analysis of manifest (false) versus latent (true) content does little to explain either the power of the state or the many effects of contestatory practices”*[126].

Sie regt an, von der Vorstellung abzugehen, Staat und Zivilgesellschaft seien zwei von einander getrennte Gebilde (ersteres korrupt und repressiv, zweiteres nobel und liberal), und schlägt stattdessen vor, sie als ineinander verwoben zu begreifen.[127]

Jennifer Schirmer zeigt am Beispiel Guatemalas, wie das Militär die Form der Demokratie zentral mitbestimmen kann, aber auch wie Demokratie den bewaffneten Streitkräften dienlich sein kann. Sie schreibt:

> *„After decades of naked military rule, the Guatemalan military have crafted a unique Counterinsurgent Constitutional State in which State violence has been reincarnated as democracy“*[128]

---

[122] siehe dazu auch Schuck 2003
[123] Paley 2002, S. 476
[124] Paley 2002, S. 476 ; siehe dazu auch Warren 2000
[125] Nelson 1999, S. 102
[126] Nelson 1999, S. 102
[127] Nelson 1999, S. 102f

"… Rather than naked military rule based on emergency measures, juntas, and coups instruments of power that have lost their legitimacy internationally – it is the appropriation of the imagery of the rule of law, of the mechanisms and procedures of electoral democracy that is perilous to the human rights of the Guatemalans".[129]

Sie veranschaulicht, wie militärische Macht durch elektorale und konstitutionelle Systeme Legitimität auf internationaler Ebene erlangen kann. Solche Analysen sollten uns daran erinnern, dass sogar scheinbar rein positiv besetzte Begriffe wie Rechtstaatlichkeit und Demokratie mit Vorsicht zu genießen sind und in ihren jeweiligen Kontext gestellt werden müssen. Es zeigt auch, dass obwohl der Begriff „Demokratie" mit verschiedenen Bedeutungen behaftet ist, er kaum als „hyperreal", im Sinne von einer Loslösung von institutionellen Rahmen, bezeichnet werden kann.[130] Stattdessen gestalten sich politische Institutionen, seien es elektorale Systeme oder Militärs oder beides, als zentral für die Art und Weise wie Demokratie ausgeführt wird.[131]

Kontinuität zwischen dem militärischen Regime und dem gewählten System besteht vor allem dann, wenn die neue Demokratie durch Verhandlungen, Reformen und Pakte geformt werden, die militärische Strukturen inkorporieren.[132] Auch in Indonesien und besonders in Aceh war dies nach der Abdankung Suhartos der Fall. Zunächst übernahm der vormalige Vizepräsident Habibie das Amt des Präsidenten und auch die ersten freien Wahlen und die darauf folgende Neugestaltung des Parlaments unterminierten die Macht des Militärs nur minimal. Noch heute spielen die bewaffneten Streitkräfte eine wichtige politische Rolle in Indonesien.

Gewalt, die Demokratien begleitet, ist aber nicht in jedem Fall ein Erbe militärischer Regime, sondern kann auch durch formal-demokratische Vorgänge stimuliert werden. Stanley Tambiah[133] zeigt in seiner Studie „Ethnonationalist conflicts and collective violence in South Asia", dass in politischen Demokratien, aufgrund der Tatsache, dass die Mobilisierung von Massen ein integraler Bestandteil von Wahlkampagnen

---

[128] Schirmer 1998, S. 258
[129] Schirmer 1998, S. 2
[130] McDonald 1992, S. 100f
[131] Paley 2002, S. 477
[132] Paley 2002, S. 477
[133] Tambiah 1996

ist, demokratische Wahlen selbst zu einem Katalysator kollektiver Gewalt werden können.[134] Zahlreiche Beispiele ethnographischer Literatur[135] veranschaulichen, dass vorangegangene Systeme die Transitionsprozesse hin zu einer Demokratie wesentlich beeinflussen – nicht nur aufgrund von Verhandlungen und Pakten zwischen Offizieren und Demokraten – sondern auch weil Emotionen[136], Klüfte zwischen Ethnien, Gewalt, Bürokratien und Institutionen auch nach politischen Transitionen weiter bestehen. Allerdings, können scheinbar kontinuierliche Muster auch Antworten auf neue Situationen seien. Michael Burawoy und Katherine Verdery schreiben z.B.

> „We *challenge those analyses that account for the confusions and shortcomings of the transition processes as 'socialist legacies' or 'culture'. Repeatedly, we find that what may appear as 'restorations' of patterns familiar from socialism are something quite different: direct responses to the new market initiatives, produced by them, rather than remnants of an older mentality."*[137]

2.4.3.2 Rechtsqualitäten innerhalb von Demokratien

Die unterschiedlichen Bedeutungen, die dem Begriff Demokratie zugeschrieben werden und die große Rolle bewaffneter Streitkräfte in machen Posttransitions-Gesellschaften, deuten darauf hin, dass Demokratie nicht ein einheitlicher Zustand ist, den Staaten erreichen oder nicht erreichen. Stattdessen vereint Demokratie verschiedene Prozesse, die ungleichmäßig über Zeiträume hinweg verteilt sind.[138] James Holston und Teresa Cadeira zeigen z.B. für Brasilen, dass auch wenn Elemente einer politischen Demokratie wie Wahlen, Legislaturen und Verfassungen vorhanden sind, die „civil component of citizenship"[139] ineffektiv sein kann, so dass

[134] Tambia 1996, S. 216f
[135] u.a. Aretxage 2000, Tambiah 1996
[136] vor allem Angst; siehe hierzu z.B. Green 1999
[137] Burawoy & Verdery 1999, S. 1f
[138] Paley 2002, S. 479
[139] Holston & Caldeira 1998, S. 280

„the vast majority cannot rely on the institutions of state – particularly on the courts and the police – to respect or guarantee their individual rights, arbitrate their conflicts justly, or stem escalating violence legally".[140]

Die Autoren bezeichnen diese ungleichmäßige und ungerechte Weise „citizenship" auszuüben als „disjunctive democracy", d.h.

„the institutionalization, practice, and meaning of citizenship … are rarely uniform or homogeneous." Im Gegenteil*, „they are usually and normally unbalanced, irregular, heterogeneous, temporally and spatially arrhythmic, and even contradictory."*[141]

Obwohl liberale Demokratie im Allgemeinen auf der Gleichheit ihrer Bürger vor dem Gesetzt beruht, zeigen ethnographische Studien, dass „racialization" und „gendering" von (Staats)Bürgerschaft häufig sind. Gal & Kligman heben in ihrer Arbeit hervor, wie Männer und Frauen in Ost- und Zentraleuropa als Bürger unterschiedlich wahrgenommen und konzipiert werden.[142] Briggs gibt Einblicke in die Produktion von „sanitary citizens" und „unsanitary subjects" in Venezuela während einer Cholera Epidemie. Eine Unterscheidung die mit dazu beitrug zu entscheiden, wer Zugang zu den zivilen und sozialen Rechten bekommt und wer nicht.[143]

Ein mit Staatsbürgerschaft besonders eng verbundenes Recht, ist das Recht zu wählen. Auch hier gibt es große Unterschiede in den Bedeutungen und der Durchführung von Wahlen. Anthropologen haben unter anderem wichtige Werke zu Wahlbeobachtung[144], Referenden[145], politischen Kampagnen[146] und zu Aspekten von Gender bei Wahlen[147] verfasst. Oft wurden diese politischen Themen durch die Linse klassischer anthropologischer Rahmen wie Ritual, Symbol und Mythen betrachtet und analysiert.[148]

---

[140] Holston & Caldeira 1998, S. 281
[141] Holston & Caldeira 1998, S. 280
[142] Gal & Kligman 2000, S. 3
[143] Briggs 2003, S. 28
[144] McDonald 1997
[145] Warren 2002
[146] Hertzfeld 1985, S. 92-122; Lomnitz et al 1993
[147] Gutmann 2002
[148] siehe dazu: McLeod 1991, 1999; Herzog 1987; Bomeman 1992 S. 316-19

2.4.4 Der Begriff der Zivilgesellschaft, seine Bedeutungen und anthropologische Herangehensweisen

In den Jahren vor und nach dem Zusammenbruch der UDSSR und dem Fall der Berliner Mauer, und inmitten des Kampfes gegen Diktaturen, Apartheid und militärische Regime gewann der Begriff und die Idee der „civil society" oder „Zivilgesellschaft" an politischer Bedeutung für Pro-Demokratiebewegungen[149]. Zivilgesellschaft ist zwischenzeitlich zu einem Schlüsselbegriff der internationalen Gemeinschaft und zahlreicher Demokratieprogramme geworden. Steven Sampson zeigt in seiner Ethnographie einer dänischen Entwicklungsagentur, dass Zivilgesellschaft häufig fast Deckungsgleich mit dem Begriff Demokratie verwendet wird.[150] Er merkt an,

> *„The main focus of civil society development has been to increase the number of NGOs. … 'Democracy' was understood quantitatively. Few NGOs meant less democracy, more NGOs meant more democracy."*[151]

Wichtig ist auch anzumerken, dass Zivilgesellschaft und Demokratieförderung eng mit der Verbreitung von Marktwirtschaften und dem globalen Interesse der Geberagenturen verbunden sind[152]. Agenturen sind sich dabei nicht immer der Tatsache bewusst, dass neoliberale Marktreformen, die damit einhergehenden Einkommensunterschiede und die Distanzierung von ökonomischen Entscheidungsprozessen, eine substantielle Version von Demokratie in machen Fällen eher unterminieren als fördern.[153]

Comaroff & Comaroff versuchen zu erklären wieso der Diskurs über Zivilgesellschaft so allgegenwärtig und optimistisch ist und argumentieren, dass es gerade die Inkohärenz des Begriffes ist die ihn zu einem solch begehrten Instrument macht.

> *„The less substance it has, the emptier its referents, the more this is so; which is why its very polyvalence, its ineluctable unfixability, is intrinsic to its power as panacea."*[154]

---

[149] Kligman 1990
[150] Sampson 1996
[151] Sampson 1996, S. 128
[152] Mandel 2002
[153] Paley 2002,S. 483
[154] Comaroff & Comaroff 2000, S. 334; siehe auch Hann & Dunn 1996

Was die Idee der Zivilgesellschaft – und andere Konzepte wie „empowerment", „partnerships" und „participation" in Internationalen Entwicklungskreisen so attraktiv macht, ist dass dieser Diskurs und seine Programme die Möglichkeit bieten „Arme" zu involvieren und ehemals öffentliche Dienstleistungen anzubieten, um dadurch knappe Budgets zu entlasten und Menschen in ihre eigenes „self-management" zu involvieren. Anthropologische Arbeiten zu diesem Thema bauen auf Foucaults (1991) Konzept der „governmentality" auf.[155] Nikolas Rose aber betont im Gegensatz zu Analysen, die eine reduzierte Regierung innerhalb freier Marktwirtschaft sehen,

> *„Neoliberalism does not abandon the ‚will to govern'. [It] create[s] a distance between the decisions of formal political institutions and other social actors and conceive[s] of these new actors in new ways as subjects of responsibility, autonomy and choice, and seek[s] to act upon them through shaping and utilizing their freedom"*[156]

Julia Paley zeigt in ihrer Ethnographie über Chile, wie das chilenische Gesundheitsministerium, bei dem Versuch eine Cholera Epidemie zu verhindern, eine Kampagne führte, welche die Bevölkerung dazu aufrief präventive Hygienemaßnahmen, wie Händewaschen oder den Mist abdecken, zu ergreifen. Hier gestaltete der Staat, der unwillig oder unfähig war in Infrastrukturverbesserungen, wie z.B. verbesserte Abwassersysteme, zu investieren um die Verbreitung der Cholera zu verhindern, die Vorgaben die es den Bürgern ermöglichen sollten, sich um sich selbst zu kümmern.[157]

2.4.5 Normative Demokratiekonzepte in der Kultur- und Sozialanthropologie

Anthropologen beteiligen sich auch aktiv am normativen, theoretischen Demokratiediskurs und arbeiten hier eng mit Politologen zusammen. Besondern jene die - aufbauend auf Habermas – Demokratie als eine aktive öffentliche Sphäre sehen, in wel-

[155] siehe dazu auch Barry et al 1996; Burchell et al 1991; Scott 1999
[156] Rose 1996, S. 54
[157] Paley 2002,S. 483

cher lebhafte öffentliche Diskussionen und eine dynamische Zirkulation von Ideen stattfinden, werden stark von der Politikwissenschaft beeinflusst.[158]

Rosemary Coombe erarbeitete das Konzept der „dialogic democracy" als alternativen normativen Rahmen. Coombe baut dabei auf Ideen der Politologin Iris Marion Young zu „communicative democracy" auf und greift auch auf Nancy Frasers Vorstellung von multiplen subalternen „counterpublics" zurück.[159] Coombe meint, dass dialogische Demokratie durch Einbindung offen gestalteter sozialer Bedeutungssysteme („social systems of signification") es diversen Gruppen ermöglicht ihre Identitäten und soziale Bestrebungen auszudrücken.[160]

Die öffentlichen Debatten und Diskussionen, die politische Theoretiker betrachten, sind nicht notwendigerweise dislozíert. Im Gegenteil, sie brauchen spezifische Lokalitäten um stattzufinden.[161] Jacqueline Urla z.B. wendet die Idee von „counterpublics" in ihrer Untersuchung von freiem Radio von radikalen, nationalistischen baskischen Jugendlichen an. Sie beschreibt das freie Radio als „partial public, a segment of a plural, rather than a singular counterpublic sphere…".[162] Auch Appadurais Konzept einer „deep democracy" ist auf bestimmte Lokalitäten ausgerichtet und in bestimmten Kontexten zu beobachten. Er bringt diese Idee mit einer „democracy without borders" in Verbindung und sieht „deep democracy" vor allem in sozialen Bewegungen, die in ihren jeweiligen Gesellschaften tief verankert sind und dabei transnationale Netzwerke mit ähnlichen Bewegungen aufbauen.

> *„Depth is also to be located in the fact that, where successful, the spread of this model produces poor communities able to engage in partnerships with more powerful agencies - urban, regional, national, and multilateral – that purport to be concerned with poverty and citizenship."*[163]

[158] Calhoun 1993; siehe auch Calhoun 1992
[159] Coombe 1997; siehe auch Coombe 1998
[160] Coombe 1998, S. 296-97;
[161] Paley 2002, S 487
[162] Urla 2001, S. 143
[163] Appadurai 2002, S. 45

2.4.6 Alternative Demokratiebegriffe

Menschenrechte, Rechtstaatlichkeit und Demokratie vereinigen Werte und Bestrebungen. Wie oben beschrieben, sind die Bedeutungen die Demokratie in verschiedenen Kontexten zugeschrieben werden, nicht notwendigerweise deckungsgleich mit den hegemonischen Definitionen in tatsächlich existierenden Systemen, oder mit normativen liberal-demokratischen Ideen.

Stattdessen schafften soziale Bewegungen oft eigene Programme und Praktiken, die sie selbst als Demokratiebewegungen wahrnehmen, obwohl sie oft bewusst Alternativen zu den Standarddefinitionen bieten.[164]

Anthropologen, die solche alternative demokratische Programme und Praktiken untersucht haben[165], kamen zu dem Schluss, dass es sich dabei nicht um rein „indigene Erfindungen" handelt, sondern dass soziale Bewegungen strategisch und selektiv auf Diskurse transnationaler Ebenen zurückgreifen und sich diese einverleiben. Es ist daher wichtig zu fragen: Welche Aspekte anderer Diskurse werden von sozialen Bewegungen verwendet? Was sind die spezifischen Routen und Netzwerke durch welche die Diskurse verbreitet werden? Was sind die Gewinne, Verluste und Transformationen die im Laufe der Aneignung passieren?[166]

> *„Social movements' invoking of democracy discourses may be a tactical move, a carefully selected appropriation of dominant logics, or a less effective reproduction of dominant tropes; in a particular context it may also be a risky choice, one that plays into and legitimates a cold war discourse of democracy and its opponents, or a post-Cold War imaginary linking political freedom to liberated market forces."*[167]

Appadurai spricht von einem Paradoxon der Demokratie. Einerseits ist Demokratie darauf ausgerichtet innerhalb der Grenzen eines Nationalstaates zu funktionieren und in diesem Rahmen in der einen oder anderen Form nach dem Allgemeinwohl und dem Willen der Bevölkerung zu handeln – durch Legislatur, Judikative und gewählte

[164] Paley 2002, S. 482
[165] Nugent 1997, Nash 1997
[166] Paley 2002 S. 483
[167] Paley 2002, S. 486

Regierungen. Andererseits machen demokratische Werte nur Sinn, wenn sie auf universaler Ebene konzipiert werden.[168]

Nicht nur die Präsenz unterschiedlicher Demokratiediskurse in diversen Lokalitäten ist auffällig, auch die Abwesenheit solcher kann signifikant sein. Die Verwendung des Begriffes „Demokratie" findet nie alleine, stetig, oder vollständig statt, daher sollten folgende Fragen gestellt werden: Wessen Begriff ist es? Was bedeutet seine Verwendung zu einem bestimmten Zweck? Wo kommt der Begriff vor, wo nicht?

In diesem Kontext schreiben Anthropologen an den Rändern des Diskurses. Sie loten Grenzen, Instabilitäten und temporäre Fluktuationen aus, die Orte wo der Diskurs auf andere Diskurse trifft und sich wandelt.

Es wurde gezeigt, wie vielfältig die Begriffe Demokratie und Demokratisierung sein können und schwierig ihre genaue Bestimmung ist. In Hinblick auf Indonesien und besonders auf Aceh ist zu erkennen dass Systemtransformationen fließend sind und zu keinem Zeitpunkt klar zwischen Demokratie und Autokratie zu unterscheiden ist. Je nach Blickpunkt und eigenen Zielen wird der Demokratiebegriff unterschiedlich verwendet. Besonders in einer Post-Konfliktgesellschaft, wie Aceh, haben politische Institutionen Schwierigkeiten sich zu legitimieren und verschiedene Interessen sind schwerer vereinbar. Im dritten Teil der Arbeit soll nun die Situation in Aceh dargestellt werden und der Demokratisierungsprozess näher betrachtet werden. Zunächst erscheint es aber notwendig, einen kurzen historischen Einblick in die konfliktgebeutelte Region zu gewähren.

[168] Appadurai 2002, S. 45

3 Der Bürgerkrieg in Aceh

Im folgenden Kapitel soll ein Überblick über den Konflikt in Aceh und den Friedensprozess gegeben werden. Die nähere Befassung mit dem Konfliktverlauf und den Ansichten der beteiligten Parteien erscheint notwendig, da nur so ein Verständnis für die Rahmenbedingungen des Demokratisierungsprozesses vermittelt werden kann. Besonders die Verhandlungen rund um das „Memorandum of Understanding“ und das neue Autonomiegesetz, welches 2006 in Kraft trat sind dabei wichtig. Das Autonomiegesetz, seine verschiedenen Lesarten und die Diskussion darüber erhitzten auch noch während der Regionalwahlen 2009 die Gemüter. Wie sich die neue Regionalregierung zum Autonomiegesetz und damit auch zu Jakarta verhält wird unter anderem auch zeigen ob ein langfristiger Frieden möglich ist.

Der gewaltsame Konflikt in Aceh der über drei Jahrzehnte andauerte hat sich im laufe der Zeit immer wieder verändert. Während der „Neuen Ordnung“ unter Suharto ging es vor allem um die Verteilung von ökonomischen Ressourcen und um mehr Selbstbestimmung. Gegenüber standen sich die militärischen und politischen Kräfte des Regimes auf der einen und die Rebellenbewegung auf der anderen Seite. Nach dem Sturz Suhartos und den ersten Schritten hin zu mehr Demokratie in Indonesien veränderten sich die Dynamiken des Konfliktes. Zwar waren die zwei Hauptakteure des Konfliktes noch immer die zentral Regierung und die Rebellenbewegung. Allerdings war die Kontrolle der Regierung über das Militär in den ersten Übergangsjahren schwach und militärische Führungspersönlichkeiten setzten oft ihre eigenen Überzeugungen durch. Auf der anderen Seite wurde durch die demokratische Öffnung auch die Zivilgesellschaft gestärkt und nicht militärisch orientierte Gruppen wie SIRA (Aceh Referendum Information Centre) begannen für ein eigenständiges Aceh zu werben.

3.1 Darstellung des Konfliktverlaufes und historische Analyse

Die Schwierigkeit jeder historischen Analyse liegt darin einen Anfang und ein Ende zu finden. Im Falle der Provinz Aceh und dem letzten Bürgerkrieg fällt es besonders schwer einen Startpunkt zu finden, der nicht zu weit greift, jedoch die Hintergründe der heutigen Situation ausreichend erfasst. Je nachdem aus welchem Blickwinkel die Situation betrachtet wird, werden die Anfänge des Konfliktes, der bis 2005 andauerte, in den 1990er Jahren[169], in den 1970er Jahren gesehen[170], in den 1950er Jahren als es um die Formung des jungen Staates ging oder aber schon in der langen Geschichte des Widerstandes gegen fremde Mächte[171]. Besonders die Frage, ob zwischen der Inkarnation der Bewegung *Merdeka Aceh* (Freies Aceh) in den 1970er Jahren und dem Wiederauftauchen der GAM (*Gerakan Aceh Merdeka*) 1999 ein so großer Bruch bestand, als dass man diese nicht gleichsetzen könnte, ist umstritten. Es ist wahr, dass es große Diskontinuitäten zwischen der *Dar'ul Islam* Bewegung in den 1950er Jahren, die für einen islamischen, indonesischen Staat kämpfte, der Befreiungsbewegung in den 1970er Jahren die für Selbstbestimmung und die Kontrolle über ökonomische Ressourcen eintrat und der Rebellion nach 1998, die sich gegen die Militärgewalt und die autoritären Verhältnisse in Aceh richteten.

Elizabeth Drexler schlägt vor, die beiden Bewegungen, jene aus den 1970er und jene aus den 1990er Jahren, voneinander zu trennen, da sie nicht nur im Generationenwechsel und den Methoden sondern auch in den Zielen große Unterschiede sieht.[172] Obwohl der bewaffnete Separatismus der 1990er Jahren vom radikalen politischen Aktivismus der 1970er zu unterscheiden ist und die Aktivitäten der bewaffneten GAM-Mitglieder vor Ort auch nicht immer mit den Direktiven der politischen Führung im Exil einhergingen, gibt es doch auch Kontinuitäten. Nicht zuletzt muss der Tatsache Rechnung getragen werden, dass GAM selbst die historischen Begebenheiten für ihre Zwecke nutzte und damit Kontinuitäten schuf. GAM ist aber besonders in ihrer späteren Inkarnation nicht als homogene Gruppe zu sehen, obwohl das Militär und auch die Bewegung selbst sie als solche darstellte.

[169] Drexler 2008
[170] Ross 2005
[171] Schuck 2004, Sukma 2004
[172] Drexler 2008, S. 223

An dieser Stelle wäre es wohl zu weit gegriffen die Anfänge des jüngsten Konfliktes im Krieg gegen die Portugiesen in den 1520er Jahren zu suchen. Ebenso würden die Hintergründe aber zu kurz kommen wenn das Narrativ erst mit dem Wiederauftauchen der GAM nach dem Fall Suhartos Ende der 1990er Jahre beginnen würde. Aus diesem Grunde beginnt die historische Analyse in der Zeit des Unabhängigkeitskrieges.

Ein kurzer Exkurs sollte aber nicht ausgespart werden und an dieser Stelle erwähnt werden, dass die heutige Provinz Aceh eines der letzten Gebiete war, welches der niederländischen Kolonialverwaltung unterstellt wurde. De facto gelang es den Niederländern erst im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts das Sultanat Aceh zu unterwerfen.[173] Zu erwähnen ist auch, dass das Sultanat Aceh bereits im 13. Jahrhundert (vielleicht auch schon früher) als eine der ersten Regionen Indonesiens zum Islam bekehrt wurde. Und auch heute spielt der Islam eine größere Rolle als in anderen Regionen Indonesiens.[174]
Es wird deutlich, dass die Unruhen in der Provinz Aceh nicht nur ein Erscheinungsmerkmal des Demokratisierungsprozesses waren (s.o.) sondern, dass die Provinz ein Problemfeld mit stark historisch geprägter Struktur darstellt.[175] Zum einem stellt Aceh ein Beispiel für die in einzelnen Gebieten seit Jahrzehnten andauernden Konkurrenzkämpfe zwischen indonesischen Nationalisten[176] und Verfechtern eines politischen Islam dar. Darüber hinaus entfachten aber auch die ökonomischen und sozialen Versäumnisse aller bisherigen indonesischen Regierungen das Konfliktpotenzial.[177]

[173] Die Unabhängigkeit des Sultanats Aceh wurde durch das Londoner Abkommen von 1824 unterstützt, bei dem Großbritannien und die Niederlanden die Einflussgebiete in der Region aufteilten. Die Niederlande begann die Kampagne Aceh zu kolonisieren 1873, nachdem die Briten ein neues Abkommen unterschrieben hatten um den zunehmenden Einfluss der USA in der Region zu unterbinden.
[174] Sherlock Juni 2003, S. 1
[175] Schuck 2004, S. 102
[176] „Nationalistisch“ bedeutet im indonesischen Sinn das Streben nach einem Einheitsstaat, der sämtliche Teile der heterogenen Bevölkerungs- und Kulturgruppen gleichermaßen in sich beherbergt. Der ehemalige indonesische Präsident Sukarno, Vordenker der nationalistischen Strömung, bemerkte in diesem Zusammenhang nach der Erlangung der indonesischen Unabhängigkeit im Jahr 1945: „We love our country, we feel ourselves one nation, we have one language. But our country, Indonesia, is only just a small part of the world. Please remember this!” (Sukarno 1945 zit. nach Feith et al. 2007)
[177] Schuck 2004, S. 102

3.1.1 Nationalismus versus Islamismus

Während des Unabhängigkeitskampfes spielten acehnesische Truppen eine wichtige militärische Rolle. Allerdings verfolgte ein Teil der acehnesischen Intellektuellen die Idee einer islamischen Republik Indonesien, im Gegensatz zu Ahmad Sukarno und seinen Unterstützern, die eine „religionsneutrale“ Verfassung anstrebten, welche die kulturell und religiös sehr divers geprägten Gruppen in einem indonesischen Staat unter dem Leitmotiv *Bhinneka Tunggal Ika*[178] zusammenfassen sollte.[179] Nachdem sich die tendenziell säkulare Gruppe um Sukarno und Hatta im letzten Augenblick, entgegen einem bereits vereinbarten Kompromissvorschlag durchsetzen konnte[180] wurde die theokratische Option zunächst ad acta gelegt. Trotz einiger Aufregung über den nicht-islamischen Charakter der neuen Republik und über das gebrochene Versprechen der Autonomiegewährung[181] wurde Aceh 1950, nach der tatsächlichen Unabhängigkeit Indonesiens, ein Teil des neuen Staates Indonesien.

Bereits Ende der 1940er Jahre, während des Unabhängigkeitskampfes gegen die Niederlande, führte der Widerstand islamischer Gruppen[182], der vor allem auch in Südsulawesi und Westjava sehr stark war, unter der Führung von Kartosuwirjo[183], zu einer alternativen Staatsgründung, dem *Negara Islam Indonesia*[184], der 1948 in Westjava ausgerufen wurde und dem ab 1953 auch der „Islamische Staat Aceh“ als ein Teilgebiet angehörte.[185] 1957 schloss sich der acehnesische Rebellenführer Daud Beureueh der Bewegung *Dar'ul Islam* an. Beureueh und der acehnesische Elite ging es – neben der Einführung des Islamstaates – auch um mehr Autonomie und einer

[178] Indonesisch für „Einheit in der Vielfalt“
[179] Schuck 2004, S. 102
[180] Sukarno hatte sich im Vorfeld im Rahmen der „Jakarta-Charta“ zwar noch auf einen Kompromiss eingelassen, bei dem die Scharia als Rechtsgrundlage der indonesischen Muslime festgelegt und verfügt wurde, dass der Präsident der Republik ein Muslim sein müsse, er strich aber bereits einen Tag nach seiner Amtseinführung (auf die Unterstützung der säkularen Kräfte bauend) eigenhändig die Charta aus der Verfassung. (Schröter 2007, S. 151)
[181] Aufgrund der wichtigen Rolle Acehs im Kampf gegen die niederländischen Kolonialherren und der Tatsache, dass Aceh bis Ende des 19. Jahrhundert ein unabhängiges Sultanat war, versprach die Regierung in Jakarta zunächst Aceh als eigenständige Provinz mit autonomen Charakter zu behandeln.
[182] Eine genauere Analyse des islamischen Widerstands findet sich bei Dengel 1986
[183] Kartosuwirjo übernahm nach dem Rückzug der Japaner die Leitung des antikolonialen Kampfes in Westjava. Sein Ziel war jedoch von Anfang an nicht die unabhängige Republik, sondern ein islamischer Staat Indonesien. (Schröter 2007, S. 152)
[184] Indonesisch für „Islamischer Staat Indonesien“
[185] Schuck 2004, S. 103

Abgrenzung zu der von christlichen Batak bewohnten südlich gelegenen Region mit der Aceh zu der Provinz Nordsumatra zusammengefasst worden war.[186] Erst 1962 gelang es den geschwächten Kartosuwirjo festzunehmen und ihm den Prozess zu machen und obwohl auch in späteren Jahren in kleineren Bezirken gelegentlich Versuche unternommen wurden, die Idee Kartosuwirjos zu reaktivieren, kam es nicht mehr zu Aktivitäten die der Regierung der Republik gefährlich werden konnten.[187] In Aceh wurde die *Dar'ul Islam* Bewegung bereits 1959 politisch unterminiert als Aceh den Status einer „special region" (*daerah istimewa*) zugesprochen bekam[188] und damit auch lokale Autonomie über Religion, Bildung und (zu gewissen Teilen) Rechtssprechung.[189]

3.1.2 Die „Neue Ordnung"

3.1.2.1 Das erste Auftreten von GAM 1976 – 1979

In den nächsten Jahrzehnten sollte Aceh relativ frei von Konflikten bleiben. Erst mit Präsident Haji Mohammed Suhartos Regime der „Neuen Ordnung" bzw. *Ordre Baru* (1968-1998) und der starken Zentralisierung die damit einherging, ergaben sich Probleme.

Nach der Machtübernahme Suhartos im Jahre 1966 stabilisierte sich zunächst die territoriale Fragilität der vergangenen Jahre[190], d.h. abtrünnige Regionen wurden durch massiven Militäreinsatz zum Verbleib im indonesischen Staat gezwungen und islamisch-fundamentalistische Gruppen zunehmend unterdrückt.[191] Schon kurz nach Suhartos Ergreifung der Macht wurde Acehs Status als „special region" aufgehoben. Neben politischer Repression religiöser Vereine verstärkte sich auch die Einflussnahme Jakartas auf die lokale Ökonomie, vor allem nach der Entdeckung der Erdgasvorkommen. [192]

---

[186] Ricklefs 2001, S. 300
[187] Schröter 2007, S. 153
[188] Sherlock Juni 2003, S. 2
[189] für eine ausführliche Darstellung der Dar'ul Islam Rebellion in Aceh siehe Sjamsuddin 1985
[190] Schuck 2004, S. 103
[191] In den ersten Jahren seiner Herrschaft griff Suharto zwar noch auf die Unterstützung radikal-islamischer Gruppen zurück um Indonesien von Kommunisten zu „befreien", später sah er stark islamisch fokussierte Gruppierungen jedoch als Bedrohung seiner Macht und ließ sie durch das Militär und die Sicherheitskräfte unterdrücken. Erst Mitte der 1980er Jahre lockerte Suharto diese Repression, da er neue Unterstützer für seine Herrschaft suchte.
[192] Ross 2005, S. 37

Acehs lange Geschichte als unabhängiges Sultanat, die Aufhebung der Autonomie und die zunehmende Einflussnahme von Jakarta trugen zunehmend zu einem Gefühl des politischen Misstandes bei, das auch in den Wahlen von 1971 und 1977 erkennbar wurde. Aceh war eine von nur zwei Provinzen, in der Golkar[193] 1971 nur knapp und 1979 gar keine Mehrheit bekam[194]. Stattdessen gewann PPP[195] 1977 57,5% der acehnesischen Stimmen.[196]

Diese Faktoren führten zu Gründung der „Aceh-Sumatra National Liberation Front" (ASNLF)[197] bzw. der „Bewegung Freies Aceh" *(Gerakan Aceh Merdeka*; kurz GAM) Mitte der 1970er Jahre. In diesen ersten Jahren (1976-1979) war die GAM klein und unterfinanziert. Die Regierung hatte daher wenig Probleme die Bewegung einzudämmen. [198]
Die Bewegung war und ist eng mit ihrem Gründer Hasan Muhammad di Tiro verknüpft. Di Tiro stammte aus einer angesehenen acehnesischen Familie, sein Großvater, Teungku Chik di Tiro war ein Held im acehnesischen Kampf gegen die Holländer gewesen. Die frühen 1950er Jahre verbrachte Di Tiro in New York, wo er für die Indonesische Delegation der UNO arbeitete. 1953 verließ er New York um sich der Rebellion Daud Beureuehs anzuschließen.[199] Di Tiro kehrte 1976 nach Aceh zurück um eine neue Guerilla-Bewegung aufzubauen, die sich die Unabhängigkeit Acehs zum Ziel setzen sollte.

Die „Deklaration der Unabhängigkeit von Aceh-Sumatra", welche Di Tiro 1976 veröffentlichte, ermöglicht einen Einblick in seine Argumentation: Hier präsentiert er eine romantische Version der Geschichte Acehs als unabhängiger Staat und schreibt sowohl den Holländern als auch den Javanern die Rolle als Kolonialherren zu, indem

[193] *Partai Golongan Karya* (Partei funktioneller Gruppen). Die Partei Suhartos.
[194] Ross 2005, S. 39
[195] *Partai Persatuan Pembangunan* (United Development Party oder auch Development Unity Party); zu Zeit Suhartos war sie ein Zusammenschluss mehrerer muslimischer Parteien unterschiedlicher Prägung.
[196] King, Rasjid 1988, S. 924
[197] ASNLF wird zumeist im Englischen für die Bewegung Freies Aceh gebraucht. Auch in offiziellen Texten der GAM, die für internationales Publikum gedacht sind, taucht häufig der Name ASNLF auf.
[198] Ross 2005, S. 39
[199] Ross 2005, S. 40

er den Verlust der Autonomie als „illegal transfer of sovereignty over our fatherland by the old, Dutch, colonialists to the new Javanese colonialists“[200] denunziert. Di Tiro beschreibt die Herrschaft Javas als neo-kolonialistisches Reich, welches maßgeblich zur Verarmung Acehs beiträgt.

> *„They [the Javanese] have put our people in chains of tyranny, poverty, and neglect: the life-expectancy of our people is 34 years and is decreasing.“*[201]

Jedoch ist es weniger interessant was Di Tiro in der Deklaration schreibt, als was er nicht schreibt: Die Deklaration erwähnt den Islam nicht, ein Thema welches für die Daud Beureueh Rebellion zentral war und auch im damaligen politischen Klima in Aceh von nicht geringer Bedeutung war. Die Deklaration spricht sich auch nicht dezidiert gegen die autoritären Verhältnisse unter Suharto aus und auch nicht für mehr Autonomie für Aceh in einem föderalen indonesischen Staat.

Eine Erklärung für Di Tiros Entscheidung sich für die Unabhängigkeit und nicht den Föderalismus einzusetzen, ist in der Notwendigkeit zu sehen nicht nur die acehnesische Bevölkerung zu mobilisieren sondern auch internationale Unterstützung zu finden. [202]

> *„Di Tiro believed that foreign governments would not support a movement that called for Aceh's autonomy within an Indonesian federation, since this would be regarded as a purely domestic affair. If the movement called for Acehnese independence, he reasoned, foreign governments would be more likely to lend their support.“*[203]

Di Tiro hatte vielleicht noch einen weiteren Grund sich die Unabhängigkeit Acehs als Ziel zu setzen: die Daud Beureueh Rebellion – die der junge Di Tiro stark unterstützte – endete zwar mit der Gewährung der Autonomie, jedoch wurde diese nie vollständig umgesetzt. Zukünftige Versprechen Jakartas auf Autonomie hatten daher, in Di Tiros Augen wenig Glaubwürdigkeit.[204] Auch die Entscheidung die Bewegung nicht vordergründig als islamisch darzustellen, lässt sich auf den Versuch zurückführen internationale Unterstützung zu mobilisieren. Abgesehen von kurzfristiger liby-

[200] Di Tiro 1976
[201] Di Tiro 1976
[202] Ross 2005, S. 40
[203] Ross 2005, S. 40
[204] Ross 2005, S. 40

scher Unterstützung in den 1980er Jahren war die GAM immer darauf bedacht sich von islamistischen Organisationen zu distanzieren.[205] Diese Abgrenzung kostete Di Tiro aber die Hilfe von Daud Beureueh und seinen erfahrenen Mitkämpfern.[206]

Statt den Fokus auf Demokratisierung oder Islam zu legen, lenkte GAM die Aufmerksamkeit auf Acehs neuen Status als Gaslieferant und wichtige Einnahmequelle der Regierung[207]. Dazu ist zu sagen, dass der neue Gasförderungskomplex durchaus Zuspruch in der Bevölkerung fand, da dieser mit einem wirtschaftlichen Aufschwung einherging.[208] Allerdings gab es auch etliche Gegner und zunehmend entstand Unmut da die lokale Bevölkerung das Gefühl hatte, das Projekt stellte zuwenig Acehnesen an.[209]

In diesen ersten Jahren (1976-1979) war GAM klein[210] und ließ sich nur auf wenige militärische Aktivitäten ein. Sie kontrollierten keine Territorien und waren gezwungen weiter zuziehen sobald sie vom indonesischen Militär entdeckt wurden. Ein Großteil der Aktivitäten bestand darin, Pamphlete zu verteilen und die acehnesische Flagge zu hissen. Nazaruddin Sjamsuddin schreibt über diese Jahre:

> *„They possessed only a few old guns and remnants from World War II, and extorted money from townspeople to support their efforts."*[211]

---

[205] Sherlock Juni 2003, S. 8

[206] Laut Sjamsuddin (Sjamsuddin 1984, S. 128), war die Zentralregierung der Meinung, dass, sollte GAM die Unterstützung Daud Beureuehs gewinnen, so würden sie auch breite Unterstützung von der acehnesischen Bevölkerung bekommen. „[This would] transform the movement into a holy war that would be very difficult to quell."

[207] Mobil Oil entdeckte 1971 riesige Gasfelder in der Nähe der Stadt Lhoseumawe, die in den nächsten 20-30 Jahren $2-$3 Milliarden Ausfuhrerlöse erwirtschaften sollten. Mobil Oil startete ein Joint Venture mit Petramina, dem indonesischen Ölkonzern, und Jilco, ein japanisches Konsortium. Die Förderung begann 1977. (Dawood, Sjafrizal 1991)

[208] Während der Bauphase waren zwischen 8.000 und 12.000 Menschen beschäftigt; nachdem die Förderung im großen Stil begann beschäftigte Mobil Oil weiterhin zwischen 5.000 und 6.000 Menschen; Zusätzlich wurden neue Straßen, Schulen und Unterkünfte gebaut. Neben Mobil Oil siedelten sich auch einige andere Industrien zu dieser Zeit in Aceh an. (Dawood, Sjafrizal 1991)

[209] Mobil Oil hob hervor, dass sie so viele Acehnesen als möglich anstellten, dass sie aber teilweise auf Indonesier aus anderen Teilen des Landes zurückgreifen mussten, da diese mehr Erfahrung und bessere Ausbildungen hatten. Hasan di Tiro selbst verlor einen Auftrag für den Bau einer Pipeline an eine amerikanische Firma. (Ross 2005, S. 41)

[210] Schätzungen aus dieser Zeit sprechen von 24 bis 200 aktiven Mitgliedern. (Sjamsuddin 1984)

[211] Sjamsuddin 1984, S. 143

Die GAM beschränkte sich in diesen Jahren auf einige wenige militärische Aktivitäten und konzentrierte sich vor allem auf Aktionen gegen die Gasförderung die von Mobil Oil betrieben wurde.

Die in der Geschichte Acehs neue Forderung nach Unabhängigkeit statt Autonomie gefährdete die territoriale Einheit Indonesiens[212] und die Regierung reagierte auf die Entstehung der GAM prompt mit einer Kombination aus militärischer Schlagkraft und Programmen zur Förderung der Wirtschaft. Sjamsuddin beschreibt die Reaktion der Suharto Regierung folgendermaßen:

> *„Suspects were arrested and tortured; women and children were held as hostages by the government when their husbands evaded arrest; and between August 1977 and August 1980, 30 men in Aceh were shot dead in public without due process."*[213]

Gleichzeitig begann die Regierung Projekte zur Verbesserung der acehnesischen Infrastruktur zu forcieren. Neue Straßen wurden gebaut, Fernsehempfangstationen für ländliche Gegenden aufgestellt und zivilgesellschaftliche Führungspersönlichkeiten, darunter auch einige die in der Daud Beureueh Rebellion mitgewirkt hatten, wurden dazu angehalten sich gegen die GAM zu stellen. Daud Beureueh selbst wurde nach Jakarta gebracht um sicher zu gehen, dass er sich nicht hinter Di Tiro stellen würde. 1979 sah Di Tiro sich gezwungen nach Schweden zu fliehen und die meisten seiner Gefolgsleute flohen entweder mit ihm oder wurden getötet. Das militärische Vorgehen gegen die GAM wurde bis 1982 fortgesetzt.[214]

Zu diesem Zeitpunkt war die GAM so gut wie verschwunden. Die Aktivitäten hatten kaum zwei Jahre angedauert und Di Tiro hatte nur eine Handvoll Unterstützer um sich geschart. Augrund der relativ guten ökonomischen Situation und der fehlenden Unterstützung durch Daud Beureueh war die Zeit für eine Rebellion schlecht gewählt.[215] Allerdings sollte das verhältnismäßig harte Vorgehen des Militärs gegen die

[212] Sukma 2004, S. 2
[213] Sjamsuddin 1985, S. 145
[214] Ross 2005, S. 42
[215] Ross 2005, S. 42

Bevölkerung der GAM in den späten 1980er Jahren wesentlich mehr Rückhalt sichern.

3.1.2.2 GAM II – Das Jahr 1989

In den 1980er Jahren kam es zwar zu einem großen ökonomischen Aufschwung in der Provinz Aceh aber große Teile der Bevölkerung hatten das Gefühl, dass sie nicht vom neuen Reichtum profitierten. Der Verlust von Land- und Waldressourcen an industrielle Plantagen- und Waldwirtschaft und die vielen Einwanderer aus anderen Regionen Indonesiens, die aufgrund ihrer besseren Qualifikationen die meisten neuen Jobs bekamen, verschärften die Situation.[216] 1989 wurde die GAM wieder aktiv und aufgrund der wachsenden Unzufriedenheit der acehnesischen Bevölkerung bekamen sie auch etwas mehr Zuwachs als in den 1970er Jahren.

Die stärkere Position der GAM 1989 im Vergleich zu ihrer früheren Erscheinung hatte noch weitere Gründe.
Als Hasan di Tiro 1979 aus Indonesien floh, baute er eine acehnesische Exil-Regierung in Schweden auf. Ab 1986 unterstützte die libysche Regierung unter Muammar Qaddafi GAM. Zwischen 250 und 2.000 GAM Rekruten, hauptsächlich acehnesische Malaien, bekamen in den 1980er Jahren eine militärische und ideologische Ausbildung in Libyen. Neben der neugewonnenen, ausländischen Unterstützung gibt es auch Anzeichen, dass die GAM zu dieser Zeit Unterstützung von abtrünnigen Regierungstruppen erhielt.[217] Amnesty International merkt im Report von 1993 an, dass Anfang 1989 mindestens 47 Offiziere, die in Aceh stationiert waren aus dem Militär entlassen wurden, wahrscheinlich im Rahmen der Antidrogen-Kampagne der Regierung. Zur selben Zeit traten „dutzende“ Ex-Militär- und Polizeioffiziere der GAM bei und begannen militärische Ziele anzugreifen.[218]

Die Unzufriedenheit der Bevölkerung Acehs wurde durch Berichte über Korruption, Glücksspiel und Prostitution, die mit den Migranten aus anderen Teilen Indonesiens, die aufgrund des Gasbooms nach Aceh gekommen waren, in Verbindung gebracht

[216] Sherlock Juni 2003, S. 2
[217] Ross 2005, S. 43
[218] Amnesty International 1993, S. 7

wurden, verstärkt. Zwischen 1988 und 1989 führten diese Berichte zu einer Serie lokaler Proteste:

> *„In May 1988, for example villagers of Idì Cut, Aceh Timur, burned down the local police station following reports that a police officer had sexually assaulted a local woman. In August, a hotel in Lhokseumawe, Aceh Utara, was bombed following repeated complaints by the local community that it was being used as a prostitution centre. In March 1989, an estimated 8.000 people rioted in the same town destroying a military-owned building in which a circus, considered offensive by local Islamic leaders, was due to perform."*[219]

Aufgrund der größeren Anzahl der Mitglieder[220] und des besseren Training[221] war die GAM wesentlich aggressiver als 1977. Während sich ihre Angriffe anfänglich auf militärische Ziele beschränkten, begann die GAM Mitte 1990 auch zivile Ziele, wie lokale Autoritäten, Staatseigentum, vermeintliche Regierungsinformanten und nicht acehnesische Siedler in Lhokseumawe anzugreifen. [222] Auch waren die Aktivitäten der GAM geographisch weiter gestreut als in den 1970er Jahren. Sie waren aber weiterhin hauptsächlich entlang der Nordostküste Acehs, in den Bezirken Pidie, Aceh Timur und Aceh Utara tätig.

Obwohl sie keine Territorien kontrollierten, hatten sie eine rudimentäre Kommandostruktur in diesen Bezirken, die es ihnen ermöglichte Guerillas für „hit-and-run" Attacken zu mobilisieren.[223] Im Bezirk Aceh Utara lag auch der Gasförderungskomplex und sowohl in Aceh Utara und Aceh Timur gab es zwischen 1988 und 1989 Proteste. Viele Beobachter sahen eine Verbindung zwischen der GAM Rebellion und der zunehmenden Unzufriedenheit in der Bevölkerung aufgrund des Gasbooms.[224]

---

[219] Amnesty International 1993, S. 8

[220] Schätzungen über die Stärke der GAM zwischen 1989 und 1991 sprechen von 200 bis 750 aktiven Mitgliedern. (Ross 2005, S. 44)

[221] Obwohl Libyen die Ausbildung einiger Einheiten übernommen hatte, boten sie keine zusätzlichen Mittel (finanzielle oder materielle) an. Einige der finanziellen Mittel der GAM wurden von Acehnesen die in Malaisyen lebten zur Verfügung gestellt, zusätzlich stahl oder kaufte GAM c.a. 200 Schnellfeuergewehre und leichte Maschinengewehre (LMG) von indonesischen Sicherheitskräften. Trotzdem waren Waffen knapp, und Guerillas waren angeblich gezwungen ihre Waffen zu teilen. (Ross 2005, S. 44)

[222] Amnesty International 1993, S. 9

[223] Ross 2005, S. 44

[224] siehe hierzu auch Kell 1995 und Robinson 2001

Die Regierung Suhartos reagierte auf die Angriffe der GAM bis Mitte 1990 relativ zurückhaltend, aber im Juli 1990 kommandierte Suharto 6.000 zusätzliche Mann[225] nach Aceh[226] ab und erklärte die Provinz Aceh zu einer *Daerah Operasi Militer* was so viel bedeutet wie „Area of Military Operations" bzw. „Military Operations Zone", kurz DOM. Die Designation hat keine offizielle Definition und entspricht auch keinem legalen Rechtstatus.

> *„ [DOM is] a designation that has no fixed legal status but implies that the military can conduct its operation with impunity. "*[227]

Kurz vor der Entscheidung zusätzliche Truppen in die Provinz zu entsenden erklärte Major General R. Pramono, der leitende Kommandant der Militäroperation zwischen 1990 und 1993 in einer Pressemiteilung:

> *„…the strength of GPK Aceh is small, their equipment is of low quality, and they do not have adequate resources. ABRI manages to control the situation fully."*[228]

Trotz der massiven Truppenbewegungen und dem Beginn einer Militäroffensive[229] weigerte sich die Regierung zuzugeben, dass sie eine Counterinsurgency Offensive gegen eine separatistische Bewegung führte. Sowohl Regierung als auch Militär erkannten die GAM nicht als eine politisch motivierte, bewaffnete Bewegung an sondern stempelten sie als *Gerombolan Pegacau Keamanan*[230] ab. Die Strategie der Kriminalisierung ist eine typische Strategie der „Neuen Ordnung", welche die Regierung anwandte wann immer sie ihre Herrschaft gefährdet sah.[231]

---

[225] Schon vor der Verstärkung der militärischen Präsenz waren c.a. 6.000 Mann in Aceh stationiert. Sukma meint daher, dass es schwer zu glauben ist, dass das Militär in Aceh nicht genügend Kapazitäten hatte eine Counterinsurgency Operation zu starten ohne Verstärkung von anderen Provinzen anzufordern. (Sukma 2004, S. 7)
[226] Sukma 2004, S. 8
[227] Ross 2005, S. 44; für eine genauere Diskussion des Begriffs siehe Kammen und Widjajanto 2000
[228] Kompas, 20. Juni 1990, zit. nach Sukma 2004, S. 8
[229] Im Juli 1990 wurde Operasi Jaring Merah (Operation Red Net) gestartet, eine massive Militäraktion welche die Rebellen innerhalb vom sechs Monaten vernichten sollte. (Sukma 2004, S. 9)
[230] Peace Disturbing Gang, kurz GPK
[231] Sukma 2004, S. 9

In Bezug auf die Niederschlagung der Rebellion hatte die Vorgehensweise der Regierung kurzfristig durchaus Erfolg[232], aber die Jahre zwischen 1990 und 1998 waren von militärischer Gewalt und Menschenrechtsverletzungen auf beiden Seiten gekennzeichnet. Während der Großteil der GAM Aktivisten bis Ende 1991 gefangen genommen werden oder getötet werden konnte setzte sich DOM bis 1998 fort.[233] In diesen Jahren starben, unabhängigen Schätzungen zufolge, zwischen 2000 und 10.000 Menschen, die meisten davon Zivilisten.[234]

Die militärischen Operationen der Suharto-Ära in Aceh waren von einer Politik der Generalisierung und Stigmatisierung gekennzeichnet. Es wurde nicht klar zwischen Rebellen und Zivilisten unterschieden und hochrangige Offiziere machten in ihren Stellungnahmen den Eindruck, dass der Großteil der acehnesischen Bevölkerung an der Rebellion beteiligt war. Diese Generalisierung widerspricht dem Kernprinzip jeder Counterinsurgency Kampagne, dass Rebellen und Zivilisten vom Militär klar getrennt werden müssen, um erstere zu besiegen und letztere auf ihre Seite zu bringen.[235] Auch inkludierte die Strategie ABRIs die Mobilisierung von Zivilisten. Es wurden Dorfmilizen und lokale Bürgerwehren geformt um die Counterinsurgency Operation zu unterstützen. Zehntausende wurden dazu gezwungen GAM Mitglieder zu jagen. Das Militär betrachtete die Strategie als Teil der *Hankamrata Doktrin*[236], dabei wurde jedoch das im Völkerrecht verankerte Verbot, Zivilisten direkt in Kampfhandlungen zu verwickeln missachtet.[237] Der Einsatz einheimischer Zivilisten in Bürgerwehren aber auch im Geheimdienst führte zu bitteren Konflikten innerhalb der Bevölkerung und so ist es auch wenig verwunderlich, dass der Beginn der Konflikteskalation in der Post-Suharto Ära von einer Serie von Anschlägen auf Informanten des Militärs gekennzeichnet wurde.[238]

Die Brutalität der Regierung und des Militärs resultierte in einer sich tief verankernden Abneigung gegen Jakarta und führte schließlich zur dritten Inkarnation von

[232] Ross 2005, S. 44
[233] Ross 2005, S. 44, Sukma 2004, S. 10, Kell 1995, S. 76
[234] Amnesty International 1993 und ICG (International Crisis Group) 2001a, S. 3
[235] Sukma 2004, S. 9
[236] „Total People's War" Doktrin
[237] Sukma 2004, S. 10
[238] Sukma 2004, S. 11

GAM im Jahr 1999. Zusätzlich kam hinzu, dass in den Jahren der DOM die Kernprobleme der Region, wirtschaftliche Ausbeutung, Zentralismus und militärische Repression, nicht adressiert wurden[239] und so diagnostizierte schon Kell 1995:

> *„The root causes of the latest rebellion thus remained unresolved, suggesting that in the future the Acehnese would again have no option but to seek redress of their regionalist grievances by force of arms."*[240]

3.1.3 Das Ende der „Neuen Ordnung" und die Zeit der „Reformarsi"

3.1.3.1 Die Konflikteskalation 1999

Zwischen 1992 und 1998 gab die GAM kaum Lebenszeichen von sich, aber Anfang 1999 trat sie jedoch wieder auf und wuchs schneller als je zuvor.
Michael Ross identifiziert fünf Entwicklungen die zu einem Anstieg des Konfliktrisikos 1999 führten: eine wirtschaftliche Krise, die ganz Indonesien erfasste; der Übergang von der Diktatur Suhartos zu einer partiellen Demokratie; der Demonstrationseffekt des erfolgreichen Referendums über die Unabhängigkeit von Ost Timor; die zeitliche Nähe der Massaker der frühen 90er Jahre und der erneute Rückgang der Glaubwürdigkeit der Zentralregierung.[241]

Im Mai 1998 wurde Präsident Suharto, nach 32 Jahren an der Spitze der Regierung, zum Rücktritt gezwungen. Ihm folgte sein Vizepräsident, B. J. Habibie. Nach den ersten freien Wahlen wurde, im Oktober 1999, Abdurrahman Wahid zum Präsidenten gewählt. Der Übergang von der autoritären Regierung Suhartos zu einer jungen Demokratie schien die Wahrscheinlichkeit eines Konfliktes zu erhöhen.[242] Für Aceh bedeutete das, dass es nun zwar erlaubt war Meinungen zu äußern und sich gegen Jakarta zu stellen, gleichzeitig waren aber die demokratischen Institutionen noch zu schwach um die Wünsche und Beschwerden der Bevölkerung adäquat, d.h. in einer friedlichen Art und Weise, zu adressieren.

---

[239] Sukma 2004, S. 11
[240] Kell 1995, S. 85
[241] Ross 2005, S. 44
[242] siehe hierzu auch Kapitel 1.3 Demokratisierung und Konflikt

Der Fall Suhartos führte zu einer weiteren Entwicklung, die das Konfliktrisiko in Aceh weiter anhob. Das Referendum über die Unabhängigkeit Ost Timors. Im Jänner 1999, gab Präsident Habibie bekannt, dass sich die Indonesische Republik nicht gegen die Abspaltung von Ost Timor stellen würde, wenn die Bevölkerung in einem Referendum dafür stimmte.[243] Innerhalb weniger Wochen organisierten sich Studentengruppen in Aceh und riefen zu einem ähnlichen Referendum auf. Nach der erfolgreichen Abstimmung in Ost Timor im September 1999 versammelten sich im November 1999 hunderttausende Menschen (manche Schätzungen sprechen sogar von einer Million) in der Provinzhauptstadt, Banda Aceh, um für ein Referendum zu demonstrieren.[244] Laut Umfragen von Pro-Referendum NGOs und einigen ausländischen Beobachtern hätte zu dieser Zeit die Mehrheit der Acehnesen für die Unabhängigkeit gestimmt.[245]

Die politische Führung in Jakarta war sich der wachsenden Unterstützung der AcehnesInnen für die Unabhängigkeit bewusst und versuchte diese durch verschiedene Maßnahmen zu entschärfen. Im Juli 1998 räumte das nationale Parlament ein, dass zwischen 1990 und 1998 schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen in Aceh begangen worden waren und im darauf folgenden Monat gab General Wiranto, der Befehlshaber des indonesischen Militärs, den Rückzug der non-organischen[246] Streitkräfte und das Ende von DOM bekannt.[247]
Außerdem verabschiedete DPR im April 1999 zwei Dezentralisierungsgesetze[248] die allen regionalen und lokalen Regierungen größere Rechte einräumten und ihnen ermöglichte größere Teile der Einkommen aus natürlichen Ressourcen in der Region

[243] Im Vergleich Ost Timors mit Aceh darf nicht übersehen werden, dass es sich bei ersterem um eine von Suharto 1975 völkerrechtswidrig zwangsannektierte Region handelte, die von der UN nie als ein Teil Indonesiens anerkannt wurde.
[244] Ross 2005, S. 44f
[245] Ross 2005, S. 45
[246] Zum Unterschied zwischen organischen und non-organischen Truppen kommentiert Kammen: „Troops within the structure are intended to be strongly rooted to their area and are thus referred to as organic troops. If a violent conflict within a region becomes too large for them to handle, the military high command in Jakarta dispatches what are called non-organic troops from other territorial commands or combat troops from the army's Strategic Reserves (Kostrad) and Special Forces (Kopassus)“ (Kammen 2003, S. 1)
[247] Sherlock Juni 2003, S. 8
[248] Gesetz Nr. 22/1999 und Nr. 25/1999

zu behalten.[249] Besonders Aceh hatte unter der exzessiven Ausbeutung natürlicher Ressourcen durch die Zentralregierung während der *Ordre Baru* zu leiden. Aceh trug in diesen Jahren bis zu 11% des nationalen Einkommens durch seine natürlichen Ressourcen bei.[250] Das Parlament erließ ein weiteres Gesetz[251], welches die Kontrolle Acehs über regionale kulturelle, religiöse und Bildungsangelegenheiten festigte.[252] Allerdings konnte auch dieses Gesetz nicht über die Unzufriedenheit der acehnesischen Bevölkerung gegenüber der zentralistischen Politik der „Neuen Ordnung" und ihre Konsequenzen für lokale Identitäten hinwegtäuschen.

> *„Jakarta, obsessed with the notion of national unity (persatuan nasional) has imposed uniformity across the country without any regard to the nature of Indonesia as a pluralistic country. For the New Order the creation of a single Indonesian identity became a sacred mission."*[253]

Es ist wenig verwunderlich, dass diese Entwicklungen, die eigentlich zu einer Steigerung der Attraktivität des Status Acehs als Mitglied einer föderaleren Republik Indonesien hätten führen müssen und damit die Wahrscheinlichkeit eines Bürgerkriegs reduzieren hätten sollen, die Unglaubwürdigkeit der Regierung in Jakarta weiter untermauerten. Wären die Versprechen der Regierung glaubhaft gewesen, hätte die Idee der Unabhängigkeit – eine riskante Option, die vor 1980 wenig Unterstützung hatte[254] – kaum Zulauf gefunden.[255] Das fehlende Vertrauen der Bevölkerung Acehs in die Zentralregierung in dieser Zeit kann neben der Einheitspolitik der 1990er Jahre auch auf mehrere historische Ereignisse zurückgeführt werden.

Die Gründung der Republik, als die Regierung sich weigerte Aceh als eigene Provinz anzuerkennen (s.o.), die Handlungen von 1968 als Suharto das Abkommen von 1963, welches Aceh zu einer „special region" machte aufhob (s.o.), und das Versagen Suhartos die Versprechungen aus dem Wahlkampf 1987 einzulösen[256]. Die Glaubwür-

---

[249] Für Aceh bedeutete das, 15% der öffentlichen Einkommen aus der Ölförderung, 20% aus der Gasförderung und 80% aus Rohdung und Holzwirtschaft. (Ross 2005, S. 46)

[250] zur Ausbeutung natürlicher Ressourcen sowie der folgenschweren Umweltdegradation siehe Kell 1995, S. 13-28

[251] Gesetz Nr. 44/1999

[252] Ross 2005, S. 46

[253] Sukma 2004, S. 4

[254] siehe dazu auch Robinson 2001

[255] Ross 2005, S. 46f

[256] „…the ruling Golkar party began a strategy to increase the party's popularity in Aceh by appointing a popular figure as governor, launching new development projects and obtaining the endorsement

digkeit der Regierung litt aufgrund etlicher Vorkommnisse 1998 und 1999 weiter: Präsident Habibies und Präsident Wahids Unfähigkeit ihre Versprechen zu halten, die Verantwortlichen für die Menschenrechtsverletzungen in Aceh zur Rechenschaft zu ziehen; und die Unfähigkeit der Regierung Übergriffe des Militärs auf die Zivilbevölkerung zu verhindern.[257] [258] Harold Crouch folgert im Juni 2001:

> *„The credibility of the central government in Aceh is close to zero, amongst all sections of the population. Given a history of promises broken since the 1950s, even the minority of Acehnese who see autonomy as the best solution have little trust in Jakarta's good faith."*[259]

Die Übergriffe des Militärs auf die Zivilbevölkerung und die vielen Verletzungen der Menschenrechte während der DOM Zeit, sowie die Nähe des Bürgerkriegs von 1989-92 sicherte GAM viele Rekruten, die Rache gegen das Militär üben wollten.[260]

Obwohl Acehs Status als DOM im August 1998 aufgehoben wurde, sollte sich die Hoffnung auf baldigen Frieden nicht bewahrheiten. Kurz nach General Wirantos Ankündigung die Truppen abzuziehen, wurde Ende August ein Konvoi abziehender Truppen in Lhosaeumawe mit Steinen beworfen, was zu einem zweitägigen Aufruhr führte, bei dem einige Geschäfte, Häuser und das regionale Parlamentsgebäude niederbrannten. Kurz darauf wurden Zivilsten, die man als *cuak*[261] verdächtigte, getötet. Obwohl lokale Militäroffiziere GAM für diese Morde verantwortlich machten, war die öffentliche Wahrnehmung eine andere. Viele hatten den Verdacht, dass das Militär selbst hinter den Morden stand, um zu verhindern, dass die militärischen Operationen in der Provinz beendet würden.[262] Wer auch immer tatsächlich dahinter stand:

---

of religious leaders (including Daud Beureueh himself) who had formerly supported the opposition PPP." (Ross 2005, S. 42f)

[257] Die namhaftesten Übergriffe waren das Massaker im Mai 1999, als das Militär um die 40 friedlichen Demonstranten nahe Lhoseumawe angriff und das Massaker im Juli 1999 in einem islamischen Internat in Beutong Ateuh, bei dem zwischen 57 und 70 Menschen starben. (Ross 2005, S. 46)

[258] Auch hier ist eine nicht unerhebliche Kontinuität zwischen dem autoritären Regime Suhartos und dem ihm folgenden mehr oder weniger demokratischen System zu erkennen. Siehe hierzu auch Kapitel 1.

[259] ICG (International Crisis Group) 2001b, S. 19

[260] In der Tat handelte es sich bei den meisten Rekruten und neueren GAM Mitgliedern um Nachkommen der während der DOM Zeit getöteten Acehnesen. (Sukma 2004, S. 10)

[261] ABRI Informanten während DOM

[262] Sukma 2004, S. 12

„[The incidents] did serve to justify the redeployment of combat troops in the province, leading many Acehnese to the pessimistic conclusion that a second counterinsurgency campaign was set to begin." [263]

Nachdem GAM zwischen 1991 und 1998 kaum Lebenszeichen von sich gegeben hatte, begannen sie im November 1998 erneut Attacken gegen militärische und polizeiliche Ziele durchzuführen. Aufgrund der verstärkten Unterstützung der acehnesischen Bevölkerung wuchs GAM schneller als je zuvor. Bis Juli 1999 hatte GAM mehr als 800 Männer unter Waffen. Bis Mitte 2001 hatte sie 2.000 bis 3.000 reguläre Kämpfer und 13.000 bis 24.000 Mitglieder der Miliz. Angeblich kontrollierte GAM zu diesem Zeitpunkt 80% der Dörfer in Aceh.[264]

Das rasche Erstarken von GAM kann kaum durch eine Veränderung in der Finanzierung erklärt werden. Zwischen 1991 und 1999 scheint GAM wenig Geld gesammelt zu haben, und sie verloren in dieser Zeit auch die Unterstützung Libyens. GAM finanzierte die verstärkten Aktivitäten durch eine Kombination aus freiwilligen Spenden, Steuern, Erpressung und Kidnapping sowie durch den Verkauf von Holz und Cannabis. Laut Quellen des Indonesischen Militärs[265], sammelte die GAM 2002 ca. 1,1 Milliarden Rupiah (ca. $ 130.000) pro Monat. Das Geld wurde vor allem durch ein weitläufiges Steuersystem aufgebracht. Zusätzliche Gelder stammten von AcehnesInnen die in Malaisyen, Thailand oder anderen Teilen Sumatras lebten. Diese Einnahmequellen wurden allerdings erst nach dem Wiederauftauchen der GAM 1999 erschlossen. Im Gegensatz zu den späten 1980er Jahren, gibt es auch keine Hinweise darauf, dass GAM Gelder von Libyen oder anderen ausländischen Regierungen bekam.[266] Wie schon bei den vorangegangen Offensiven der 1970er und 1980er Jahren litt GAM unter chronischem Waffenmangel.[267]

---

[263] Robinson 2001, S. 230
[264] ICG (International Crisis Group) 2001a, S. 5f
[265] Ross 2005, S. 47
[266] Ross 2005, S. 48
[267] Obwohl GAM zwischen 2001 und 2002 15.000 – 24.000 reguläre und irreguläre Soldaten hatte, standen nur zwischen 1.000 und 2.500 moderne Waffen, 1 oder 2 6mm Mörser, eine handvoll Granatwerfer, und einige Landminen zur Verfügung. Die meisten GAM Kämpfer waren mit selbst gebastelten oder veralteten Gewehren und Sprengstoff ausgestattet. (ICG (International Crisis Group) 2001a, S. 7f und Ross 2005, S. 48f)

Die GAM scheint dezentral organisiert gewesen zu sein. Die militärischen Kommandanten[268] wurden von der GAM Führung in Schweden eingesetzt und scheinen dieser auch treu geblieben zu sein. Es gab aber immer wieder Berichte, dass die Disziplin innerhalb der bewaffneten GAM Einheiten lax war, und dass die militärische Struktur stark dezentralisiert war.[269] Obwohl sich die GAM Aktivitäten auch weiterhin auf die drei Bezirke konzentrierten in denen sie traditionell am stärksten war – Pidie, Aceh Utara und Aceh Timur – dehnte sich GAM bis 2000 über ganz Aceh aus und war in jeder Provinz, mit Ausnahme der Insel Sabang / Pulau Weh, präsent.[270]

In der Zeit nach dem Fall Suharto kam aber auch der Verdacht auf, GAM sei eine „Erfindung" von TNI[271] um ihre Macht, die zu diesem Zeitpunkt stark bedroht zu sein schien, nicht zu verlieren. Die ersten Angriffe seien angeblich von Verbündeten des TNI verübt worden und erst danach hätte GAM eine Eigendynamik entwickelt.[272] Ob dies tatsächlich stimmt kann nur schwer nachvollzogen werden. Tatsächlich lebten 1999 fast alle noch lebenden GAM Mitglieder im Exil. Es wurde auch nie ein Geheimnis darum gemacht, dass GAM von TNI Waffen und Munition bekam.[273] Das Gerücht GAM und besonders AGAM seien nicht von TNI zu trennen, hielt sich auch noch nach der Implementierung des Friedensabkommens 2006. Obwohl es weit her geholt scheint, verkomplizierten diese Gerüchte die Situation vor Ort auch nach dem offiziellen Friedensschluss, da viele AcehnesInnen GAM auch nach der Niederlegung der Waffen nicht trauten, während sie die politischen Ansichten, die die Organisation vertrat durchaus unterstützten.[274] Elizabeth Drexler analysiert die Situation folgendermaßen:

> *„ …, in 1999, every suspicion of an imitation or false GAM called into being the hoped-for or imagined existence of a real GAM that had the people's best interest in mind: a pure GAM."* [275]

[268] Abdullah Syafi'ie bis zu seinem Tod 2002, danach Mazukkir Manaf
[269] Ross 2005, S. 49
[270] Ross 2005, S. 49
[271] Tengara Nasional Indonesia (TNI), das nationale Militär nach 1998
[272] Drexler 2008, S. 213ff
[273] Drexler 2008, S. 216; siehe auch Sukma 2004
[274] Drexler 2008, S. 217
[275] Drexler 2008, S. 219

GAM entwickelte verschiedene politische Strategien um die Unterstützung der Bevölkerung zu gewinnen und die Öffentlichkeit auf ihre Sache aufmerksam zu machen. 1999 begannen sie eine Propagandakampagne, die Acehs glorreiche Geschichte hervorhob und den „Diebstahl" der wertvollen Rohstoffe durch die Javaner denunzierte.[276] Hierbei machten die Pamphlete immer wieder auf mögliche finanzielle Gewinne durch die Unabhängigkeit aufmerksam, und versprachen gar einen ähnlichen Reichtum wie Brunei.[277] GAM versuchte auch sich die Menschenrechtsverletzungen des indonesischen Militärs zu Nutze zu machen um Unterstützung in der Bevölkerung zu gewinnen. In einem Interview mit einem britischen Journalisten gab Ilias Pase, ein Kommandant der GAM, zu verstehen, dass die GAM in machen Fällen das Militär bewusst provozierte um Unterstützung zu generieren:

> *„We know from experience how the security apparatus will respond [to our activities]. They will kill civilians and burn their homes. This makes people more loyal to GAM. And the people in Jakarta and outside can see that we are serious about our strategy. This is part of the guerrilla strategy."*[278]

Die Angriffe auf TNI Personal beginnend im November 1998 wurden als Rechtfertigung genommen erneut Truppen nach Aceh zu senden. Im Jänner 1999, wurde eine neue Sicherheitskampagne unter dem Namen „Operasi Wibawa"[279] gestartet. Angriffe auf die zivile Bevölkerung und Vorfälle von Folter verschlechterten das, ohnehin schon angeschlagene, Image des Militärs weiter. Jakarta war gezwungen Operasi Wibawa abzubrechen. Die Kampagne wurde durch Operasi Sadar Rencong[280] I, II, und III ersetzt, die bis Ende 2000 andauerten[281].

Im Gegensatz zu den frühen 1990er Jahren, lag die Verantwortung für die Kampagnen nun bei der Polizei und das Militär hatte nur eine beratende und unterstützende Rolle. Die Übergabe der Kontrolle an die Polizei sollte der Öffentlichkeit signalisie-

[276] Ross 2005, S. 50
[277] Obwohl Aceh, wäre es 1998 finanziell und steuerrechtlich unabhängig gewesen, ein BIP/ Kopf vons $ 1.257 gehabt hätte, ein Drittel mehr als der indonesische Durchschnitt, hätte dies nicht annähernd an das BIP / Kopf von Brunei herangereicht, das 1998 $ 17.600 betrug. (Ross 2005, S. 50)
[278] The Scotsman Online, 17. Mai 2001
[279] Operation Autorität
[280] Operation Rencong Awareness
[281] Sukma 2004, S. 13

ren, dass die Regierung und Präsident Wahid die exzessive militärische Unterdrückung des letzten Jahrzehnts korrigieren wollten und einen anderen Weg einschlagen würden.[282] Tatsächlich brachte der Transfer des Kommandos keine signifikanten Veränderungen bezüglich des Stils der Kampagnen mit sich. Die Operation war immer noch eine Counterinsurgency Kampagne die durch das Militär dominiert wurde. Der Wechsel in der Leitung hatte aber zu Folge, dass die Operation auch noch an einem Mangel der Kooperation zwischen den Sicherheitskräften litt. Die ICG beschreibt den Zustand folgendermaßen:

> *„In the absence of coherent government policy and leadership, the TNI and police were left to put together military strategies unanchored to any declared policy except a determination to prevent independence.“*[283]

3.1.3.2 Die Humanitäre Pause

Im Oktober 1999 trat Adurrahman Wahid das Amt des Präsidenten an. Trotz der Eskalation des Konfliktes Anfang 1999 und des anhaltenden feindlichen Klimas, begannen nach seinem Amtsantritt Bemühungen den Konflikt durch politischen Dialog zu lösen. Der Erstkontakt zwischen der indonesischen Regierung und GAM wurde durch eine humanitäre, schweizer NGO ermöglicht, dem Henry Dunant Center (HDC), und resultierte in einer ersten Gesprächsrunde zwischen beiden Seiten am 27. Jänner 2000. Diese ersten Gespräche führten zunächst zu einer Einigung zwischen den Parteien, jegliche Gewalt in der Provinz Aceh zu stoppen.[284]

Obwohl der Dialog von einer Verschlechterung der Sicherheitssituation begleitet wurde, erreichten die Parteien im April 2000 eine Einigung. Am 12. Mai 2000 wurde dann das „Joint Understanding on Humanitarian Pause for Aceh“ von beiden Seiten unterschrieben. Das Abkommen, das zwischen 2. Juni und 2. September 2000 aktiv sein sollte, hatte die Aufgabe humanitäre Hilfe in Aceh zu ermöglichen und gleichzeitig das Vertrauen der Bevölkerung in eine friedliche Lösung zu stärken.

[282] Sukma 2004, S. 13f
[283] ICG (International Crisis Group) 2001a, S. 4
[284] Sukma 2004, S. 18

„Rather than calling it a cease-fire agreement, both sides maintained that the primary objective of the pact was to create a pause in the violence enabling them to start finding a peaceful political solution to the conflict."[285]

Obwohl das Abkommen die erste Möglichkeit für den Beginn des Friedensprozesses war, waren die Reaktionen in Militärkreisen in Jakarta ambivalent. Einerseits bekundeten Mitglieder der militärischen Führung ihre Unterstützung und versprachen, dass TNI das Abkommen konsequent befolgen würde. Andererseits repräsentierte diese Ansicht nicht das gesamte TNI. Viele Offiziere waren gegen die Verhandlungen der Regierung mit der GAM, und sahen es als Schritt in die falsche Richtung mit Unabhängigkeitsbewegungen zu verhandeln. In jedem Fall beendete das Abkommen nicht die Gewalt in Aceh. Laut der Menschenrechtsorganisation Kontras, waren die Ausmaße der Gewalt einen Monat nach Implementierung des Abkommens noch immer alarmierend: 60 Menschen tot, 18 schwer verletzt, 2 verschwunden, 7 willkürlich verhaftet, 10 Exekutionen, 40 Fälle von Folter.[286]

Eine Debatte über die Schuldfrage war unausweichlich. Die von der Regierung eingesetzte „Independent Commission for the Investigation of Violence in Aceh" behauptete, dass die GAM die humanitäre Pause dazu nutzen würde ihren Widerstand gegen die indonesische Regierung zu festigen. Dies wurde von einigen Menschenrechtsgruppen in Frage gestellt, die der Meinung waren, dass das Militär und die Polizei genauso großen Anteil am Scheitern des Friedensprozesses hatten. Auch als das Abkommen bis zum 15. Jänner 2001 verlängert wurde, scheiterte es an der Aufgabe die Gewalt zu mindern oder ihr gar ganz Einhalt zu gebieten. Wieder schoben sich die Parteien die Schuld gegenseitig in die Schuhe. Obwohl es selbstverständlich schwierig ist, die Wahrheit hinter dem Scheitern der Humanitären Pause zu finden, schien das Militär erpicht darauf zu sein, die militärische Kampagne wieder aufzunehmen und drängte die Regierung dazu einen militärischen oder zivilen Ausnahmenzustand zu verhängen.[287]

[285] Sukma 2004, S. 19
[286] Sukma 2004, S. 19
[287] Sukma 2004, S. 20f

Dazu ist zu erwähnen, dass TNI sich seit der Unabhängigkeit Indonesiens als Garant für die Einheit der Republik sieht und militärische Gewalt für die einzig mögliche Antwort auf separatistische Bewegungen hält.[288] Durch die politische Schwächung in der Post-Suharto Ära fühlt sich das Militär zunehmend bedroht. Auch der materielle Faktor darf nicht außer Acht gelassen werden. Nur c.a. 1/3 der Ausgaben von TNI werden durch das offizielle Budget gedeckt. Der Rest des Budgets ergibt sich aus offiziellen und inoffiziellen Beteiligungen der Offiziere an privaten und staatlichen Betrieben. Die Aktivitäten von TNI schließen auch illegalen Handel und Erpressung ein. Konfliktregionen wie Aceh bieten eine gute Möglichkeit für lukrative (oft illegale) Geschäfte.[289]

Sowohl unter Präsident Wahid als auch unter seiner Nachfolgerin Megawati Sukarnoputri versuchte die Regierung das massive Vorgehen im Sicherheitsbereich durch Verhandlungen zu unterstützen, aber unter Megawati gewann der militärische Arm der Operation wieder an Stärke.

3.1.3.3 The Cessation of Hostilities Agreement (COHA)

Nach dem Scheitern der Übereinkunft von 2000 begann die Regierung im Februar 2002 erneut mit der GAM Führung in Schweden zu verhandeln und im Dezember einigte man sich schließlich auf eine Einstellung der Feindlichkeiten (Cessation of Hostilities Agreement (COHA)). Diesmal war man optimistischer, dass das Übereinkommen eingehalten werden würde. Erstens sorgte COHA im Gegensatz zu der Humanitären Pause von 2000 für bessere Mechanismen zur Überwachung, durch die Einrichtung eines „Joint Security Commitee“, welches auch, neben Vertretern des TNI und GAM, Monitoring Teams aus Thailand und den Philippinen einband. Zweitens sah COHA die Einrichtung von „Friedenszonen“ in der Provinz vor, in welchen GAM ihre Entwaffnung beginnen sollte. Drittens gab es für COHA eine verstärkte internationale Rückendeckung. Japan, die USA, die EU und die Weltbank versprachen finanzielle Unterstützung für den Wiederaufbau in Aceh, sollte der Friedens-

[288] Sherlock Juni 2003, S. 6
[289] Sukma 2004, S. 22

prozess gelingen.[290] Und viertens sollte Aceh die Möglichkeit bekommen das Autonomiegesetz von 2001 zu überprüfen und Änderungen vorzuschlagen. [291]

COHA brachte zunächst tatsächlich eine drastische Minderung der Gewalt, aber einzelne Zusammenstöße zwischen GAM und TNI setzten sich fort. Auch die gegenseitigen Anschuldigungen, wann immer das Übereinkommen gebrochen wurde, hielten an. Die Indonesische Regierung wurde zunehmend ungeduldiger und hatte wenig Verständnis für die Verstöße gegen COHA für die sie GAM verantwortlich machte. Jakarta nahm vor allem an der sehr langsam voranschreitenden Entwaffnung Anstoß und warf GAM vor fortlaufend neue Mitglieder zu rekrutieren, ihr Waffenarsenal weiter aufzustocken, Erpressungen durchzuführen und weiterhin an der acehnesischen Unabhängigkeit festzuhalten. GAM warf ihrerseits dem Militär vor, COHA und die Friedensgespräche nicht ernst zu nehmen, besonders hinsichtlich der Stipulation im Abkommen, Truppen aus Aceh abzuziehen. Als im März 2003 hunderte Menschen in Zentral und Ost Aceh die Büros des „Joint Security Commitee“ angriffen, wurde dem Friedensprozess ein schwerer Schlag versetzt.[292] Forderungen der Öffentlichkeit, resoluter gegen GAM vorzugehen wurden immer stärker und als schließlich im April 2003 50 Menschen getötet wurden zogen sich auch die meisten internationalen Beobachter aufgrund der schlechten Sicherheitslage zurück.[293] Die Indonesische Regierung entschied dem Friedensprozess eine letzte Chance zu geben, auch um zu zeigen, dass die militärische Lösung in der Tat der letzte Ausweg war, und im Mai 2003 kamen die Parteien in Tokio zusammen. Die Gespräche scheiterten aber. Wie vorauszusehen war, lehnte GAM die drei Forderungen der Regierung – GAM sollte Negara Kesatuan Republik Indonesia anerkennen, ein spezielles Autonomiegesetz für Aceh akzeptieren, und einer sofortigen Entwaffnung zustimmen – ab.[294]

[290] Sukma 2004, S. 20
[291] Sherlock Juni 2003, S. 8
[292] Sukma 2004, S. 20f
[293] Sherlock Juni 2003, S. 10
[294] Sukma 2004, S. 21

3.1.3.4 Die Militärkampagne 2003

Mit dem Scheitern der Gespräche in Tokio endete die Sicherheitskampagne die, seit dem Kollaps von Suhartos Ordre Baru, offiziell von der Polizei geführt wurde. Auf Drängen des Militärs, der politischen Elite und auch der Öffentlichkeit verkündete die Zentralregierung unter Megawati im Mai 2003 die Entscheidung, Aceh unter Kriegsrecht zu stellen und eine Counterinsurgency Kampagne ins Leben zu rufen. Operasi Terpadu[295] sollte die Rebellion in Aceh beenden indem sie die GAM auslöschte und den Wunsch nach Unabhängigkeit in der Bevölkerung dämpfte.[296]
Kepres 28/2003 (Presidential Decree) lieferte die legale Basis, aufgrund derer die Regierung in Aceh den militärischen Ausnahmezustand ausrufen konnte während sie gleichzeitig eine militärische Offensive gegen die Rebellen in der Provinz startete.

Operasi Terpadu sollte ursprünglich sechs Monate dauern, aber im November 2003 gab die Regierung bekannt, dass die Operation um weitere sechs Monate verlängert würde. Im Gegensatz zu den militärischen Offensiven der Suharto Ära war Operasi Terpadu das Resultat einer klaren politischen Entscheidung einer zivilen Regierung. Als Suharto 1990 dem Militär befahl, die GAM auszulöschen geschah dies durch einen verbalen Befehl. Auch erlaubte das Militär das erste Mal den Medien von der Operation zu berichten, und mehr oder weniger frei über alle Vorgänge im Feld zu schreiben.[297] Allerdings untersagte das Militär den Medien, Aussagen von GAM Führern zu veröffentlichen. Weiters wurden sie gewarnt, die GAM nicht zu glorifizieren und lokale Journalisten, die von der Militäroperation berichteten „should work within the framework of the Unitary Republic of Indonesia.“[298]
TNI schaffte es schon in den ersten sechs Monaten der Operation GAM stark zu schwächen[299], allerdings tauchten schon früh Vorwürfe über Menschenrechtsverletzung seitens des Militärs auf.[300]

---

[295] „Integrated Operation“
[296] Sukma 2004, S. 2
[297] Sukma 2004, S. 22ff
[298] Jakarta Post, 24. Mai 2003
[299] Das Militär gab nach den ersten sechs Monaten an, 1.106 Rebellen getötet, 1.544 verhaftet und 504 zum aufgeben gezwungen zu haben. Weiters brachten sie 488 Waffen (ca. 30% der gesamten Waffen GAMs) in ihren Besitz. Damit wurde GAMs Stärke, so das Militär, um 55% reduziert. (Kompas Online, 19. November 2003)

In der Betrachtung des Konfliktverlaufes bis 2003 wird deutlich, dass dem Konflikt vor allem sozioökonomische aber auch demokratiepolitische Ursachen zu Grunde liegen, die aus einem stark historisch geprägten Konfliktfeld wachsen.
Die Vernachlässigung der Regionen welche die zentralistische Politik Indonesiens lange geprägt hat und die daraus folgende ungerechte Verteilung von Ressourcen, sowie die Forcierung einer stark javanisch geprägten Philosophie[301] (s.o.) führte bis in die Gegenwart wiederholt zu innerstaatlichen Konflikten und Sezessionsbewegungen. Tabrani Rab bemerkt dazu:

> *„The main problem in Indonesia is … [that] during the long history of the Republic, the central government has never wanted to share its authority as well as any fortune [with its regions]"*[302]

Während der autoritären Herrschaft Suhartos wurden diese Unruhen fast ausschließlich mit Waffengewalt niedergeschlagen. Nach dem Fall Suhartos folgte Konzeptlosigkeit. Wahids Ansatz, regionale Konflikte durch politischen Dialog zu entschärfen, wurde schnell vom Militär blockiert. Die noch immer starke politische Macht des Militärs war letztendlich auch für Wahids Rücktritt mitverantwortlich. Megawati Sukarnoputri, Tochter des Staatsgründers Sukarno und Wahids Nachfolgerin, stand TNI auch politisch näher und schien von Anfang an eine militärische Lösung zu bevorzugen.

Die Forderung vieler AcehnesInnen nach weitgehender Autonomie bzw. Unabhängigkeit, die von der indonesischen Regierung für unzulässig gehalten wird, hat ihren Ursprung in historischen Erinnerungen, Mythen und in einer eigenen, von der indonesischen zu unterscheidenden, acehnesischer Identität. Aber es waren vor allem die unbeholfenen und oft brutalen Reaktionen Jakartas auf die Forderungen nach Gleichheit, welche die heutige Unabhängigkeitsbewegungen hervorgebracht und gestärkt hat. Der Kreislauf von Forderung und Repression hat historische Erinnerung

---

[300] Komnas HAM (National Commission on Human Rights) berichtete über Vergewaltigungen, Folter, Erpressung und Diebstahl durch Sicherheitspersonal von Polizei und Militär.
[301] Schuck 2004 S. 3
[302] Rab 2002 S. 150

an politische Identitäten und ihre historisch erfolgreiche Verteidigung gegen äußere Kräfte wachgerufen und die Lücken in den Erinnerungen wurden, wie in vielen Gesellschaften, mit Mythen gefüllt.[303]

Bezüglich der Frage der Legitimität der Forderung auf Autonomie bzw. Unabhängigkeit weist Walker Connor darauf hin, dass ein Gefühl der nationalen Identität nicht unbedingt historisch zurückverfolgt werden muss um legitim zu sein. Es kann sich entwickeln und verändern, wie es tatsächlich bei allen nationalen Identitäten der Fall war.[304] Forderungen des acehnesischen Nationalismus werden daher zwar durch den historischen Bezug gestärkt, sind aber nicht abhängig von ihm.

> *„In the final analysis, what constitutes a nation … is what the people who identify as that nationality voluntarily determine themselves to be."*[305]

Nicht zuletzt aus diesem Grund riefen viele AcehnesInnen zu einem Referendum über die Unabhängigkeit bzw. die Selbstbestimmung auf. Es ist als eine Forderung zu sehen, selbst zu entscheiden ob die acehnesische Identität eine selbstbestimmende politische Bedeutung umfasst. Es ist auch dieser Grund, und das wahrscheinliche Ergebnis eines Referendums, warum die indonesische Regierung solche Aufrufe zu Referenden stetig ablehnte und häufig mit Repression beantwortete. In einer modernen Version der klassischen javanischen „entweder-oder" Hofkultur und in einem Umfeld einer „kind of sacralized bitterness"[306] waren Kompromisse kaum oder gar nicht möglich und die Alternative zu einem Referendum und der Abspaltung die dieses wahrscheinlich zur folge gehabt hätte war Repression. Diese Vorgehensweise führte wiederum zu einer Stärkung der Unabhängigkeitsbewegung und vor allem auch zu einer verstärkten Unterstützung der militärischen Tätigkeiten der GAM.

Gerade im Scheitern des Waffenstillstands 2003 ist zu erkennen, dass es ohne die weitläufigen Unzufriedenheiten der acehnesischen Bevölkerung zu adressieren und ohne den Versuch die Provinz in eine sich neu formende nationale politische Land-

[303] Kingsbury 2006, S. 13
[304] Connor 1994
[305] Kingsbury 2006, S. 14
[306] Geertz 1993, S. 167

schaft einzugliedern – was ohne Kompromisse auf beiden Seiten undurchführbar wäre – nicht möglich sein würde, den Konflikt beizulegen.
Erst nach den Präsidentschaftswahlen 2004, die Susilo Bambang Yudhoyono an die Macht brachten, wurde ein erneuter Versuch unternommen Friedensgespräche zu führen. Schon die legislativen Wahlen im Frühling 2004 hatten, einen bedeutenden Richtungswechsel in der indonesischen Politik zur Folge der durch die Übernahme des Präsidentschaftsamtes durch Yudhoyono noch gestärkt wurde. Für Aceh bedeutete der Richtungswechsel in der Regierung, dass Befürworter einer verhandelten Lösung an Einfluss gewannen.

Wie es letztendlich zum Beginn eines längerfristigen Friedensprozesses kam und welche Form dieser annahm, wird im nächsten Kapitel erörtert. Es sollen dabei vor allem die unterschiedlichen Fronten herausgearbeitet werden, die sich jeweils für ihre Vision eines demokratischen und vor allem friedlichen Acehs einsetzten. Während die Verhandlungsführer der indonesischen Regierung mit Widerstand aus verschiedensten politischen Lagern zu kämpfen hatten die besorgt waren eine verhandelte Lösung könnte auch für andere Regionen Anlass sein vermehrte Selbständigkeit oder gar Unabhängigkeit zu fordern, mussten auch die Vertreter der GAM mit Kritik aus Aceh – vor allem von NGOs die ihrerseits für ein selbständiges Aceh kämpften – ringen. Der Prozess der schließlich zum Memorandum of Understanding (MoU) führte war langwierig und es war zu keinem Zeitpunkt sicher welchen Ausgang er nehmen würde. Auch fünf Jahre nach einer mehr oder weniger erfolgreichen Implementierung des Abkommens gibt es noch immer Stimmen die befürchten, dass die Situation jederzeit eskalieren kann.[307]

[307] Interview C am 10.04.2009

3.2 Der Helsinkiprozess

Als im Jänner 2005 bekannt gegeben wurde, dass die Friedensgespräche zwischen der indonesischen Regierung und GAM wieder aufgenommen wurden, waren viele Beobachter zunächst pessimistisch. Nicht zuletzt, weil die Ankündigung auf eine Periode der Konflikteskalation folgte, die im Mai 2003 mit dem Beginn des militärischen Ausnahmezustandes begonnen hatte. Die Nachricht folgte auch dem Tsunami vom 26. Dezember 2004, der vielen Menschen in Aceh das Leben kostete und das Land verwüstete.

Für viele außenstehende Beobachter war es der externe Schock des Tsunamis, der die beiden Seiten wieder auf den Verhandlungstisch brachte. Zunächst schien es aber nicht so, als ob sich die fundamentalen Dynamiken des Konfliktes oder die Feindseligkeiten zwischen den Konfliktparteien geändert hätten.[308]

Tatsächlich wurden erste Schritte hin zu Friedensverhandlungen bereits vor dem Tsunami getan, der von den Parteien als zweckdienlicher Vorwand gebraucht wurde die Gespräche wieder aufzunehmen und festgefahrene Positionen aufzugeben.[309]

Frühere Versuche einen erfolgreichen Friedensprozess einzuleiten scheiterten aus verschiedenen Gründen. Der vom Henry Dunant Centre meditierte Prozess schlug wohl auch deswegen fehl, weil er auf, wie Huber es nennt, einer „fragile bargaining zone“[310] basierte. Auch nach der Humanitären Pause, als COHA beschlossen wurde, konnte die tiefgehende Uneinigkeit bei der Frage der politischen Zukunft Acehs nicht überwunden werden. Die Regierung bestand darauf, dass Aceh weiterhin ein Teil Indonesiens blieb und vertrat die Meinung, dass das Autonomiegesetz von 2001 über „special autonomy“ der Provinz ausreichende Befugnisse zugestanden hätte. Auf der anderen Seite sah GAM die Autonomie nur als Ausgangsbasis für weitere Verhandlungen und pochte weiterhin auf Acehs zukünftige Unabhängigkeit. COHA sah zunächst einen Waffenstillstand vor, dem Entwaffnung und Entmilitarisierung folgen sollten. Die Mediatoren hofften, dass die Waffenruhe vertrauensbildend wirken wür-

[308] Rathner, Hazdra 2007, S. 104
[309] Aspinall 2005, S. 2
[310] Huber 2004, S. 30

de und kreative Konfliktlösungsansätze fördern würde. Tatsächlich waren die Konfliktparteien zu sehr entzweit um Vertrauen aufzubauen.[311] Die gegenseitigen Beschuldigungen während des Waffenstillstands machten eine tiefergehende politische Lösung unmöglich. Auch waren die Beobachtungsinstrumente welche COHA vorsah, unzureichend robust. Die Joint Security Commission, das Hauptorgan der Beobachtungsinstrumente, wurde zu gleichen Teilen aus Mitgliedern von HDC, des indonesischen Militärs und GAM zusammengesetzt.[312] Konrad Huber weist darauf hin, dass die Struktur von COHA darauf ausgerichtet war Vertrauen zu bilden und damit auf den guten Willen der Parteien angewiesen war. Die Joint Security Commission war effektiv ein „veto system."[313] Auch hatten die Versuche der Regierung, die längerfristigen Gründe für die Unzufriedenheit der acehnesischen Bevölkerung zu eliminieren, wenig Erfolg. Die Special Autonomy Law von 2001 war zwar für indonesische Verhältnisse radikal und versprach Autonomie in wichtigen Politikbereichen, allerdings führte das Gesetz nicht zur erhofften Beilegung des Konflikts. Rodd McGibbon sieht den Grund dafür vor allem darin, dass die Regierung die verschiedenen Prozesse die sie anregte – den der Autonomie und die Verhandlungen mit GAM – separat erarbeitete[314]. McGibbon legt dar, dass weniger der Inhalt des Gesetzes mangelhaft war als der Prozess der zur Verabschiedung führte[315]. Die Regierung vermittelte den Eindruck als sei das Autonomiegesetz „a unilateral concession [that was] not linked to a broader bargaining process with separatist leaders and elements of civil society"[316]. Während den Friedensgesprächen präsentierte die Regierung das Gesetz gegenüber GAM als *fait accompli* und bestand darauf, dass eine Beilegung des Konflikts nur dann möglich wäre, wenn GAM das bestehende Autonomiegesetz akzeptierte. Unter diesen Umständen sah die GAM Führung special autonomy als Symbol der Unnachgiebigkeit der Regierung anstatt als möglichen Kompromiss zwischen zwei extremen Positionen.[317]

[311] Aspinall 2005, S. 3f
[312] Sukma 2004, S. 21
[313] Huber 2004, S. 39
[314] McGibbon 2004, S. 48
[315] McGibbon 2004, S. 5
[316] McGibbon 2004, S. 6
[317] Aspinall 2005, S. 5

Die Friedensgespräche, die letztendlich zu Memorandum of Understanding führten, sollten den früheren Prozess, der durch HDC vermittelt wurde, umdrehen. Anstatt eines Waffenstillstandes der zu einem unsicheren und offenen politischen Prozess führen sollte, bestanden die neuen Mediatoren auf eine Formel unter dem Motto „nothing is agreed until everything is agreed."[318] Die groben Richtlinien für eine politische Lösung mussten hierbei schon vor Beginn der Demilitarisierung und der Entwaffnung festgelegt werden. Das MoU ist daher detaillierter und in gewissem Maße robuster als das COHA. Es inkludiert eine breit gefasste Vereinbarung, die darlegt wie Aceh zukünftig regiert werden soll und – wichtiger noch – hält auch GAMs Bekenntnis fest, Aceh's Verbleib bei Indonesien zu akzeptieren. Dieses historische Zugeständnis ermöglichte es die Friedensgespräche mit der Autonomie in Verbindung zubringen. Auf der anderen Seite machte auch die indonesische Regierung etliche wichtige Zugeständnisse. Unter anderem stimmte sie zu, lokale politische Parteien in Aceh zu erlauben. Auch waren die Beobachtungsmechanismen des MoU robuster als unter COHA.[319] Durch die Unterstützung der Europäischen Union und ASEAN wurde die dritte Partei gestärkt. Die Beobachter selbst wurden auch mit mehr Rechten ausgestattet und waren befugt für alle Parteien bindende Entscheidungen zu treffen.[320]

Das Abkommen hat aber auch Schwächen und beinhaltet einige Zweideutigkeiten. Die „nothing is agreed unthil everything is agreed" Formel erhöhte zwar den Einsatz der Parteien und zwang sie visionäre Kompromisse zu schließen, führte aber auch zu zweideutiger Sprache im Abkommen, die Differenzen eher überspielt, als sie löst. So sieht die indonesische Regierung das Abkommen nur als geringfügige Erweiterung des bereits existierenden Autonomiegesetzes, dass außer einer Amnestiegewährung für ehemalige GAM Mitglieder wenige Gesetzesänderungen erfordert. Die GAM Führung nimmt indessen das MoU als Ansatzpunkt für eine radikalere Form der Autonomie wahr, welche die Beziehungen zwischen Aceh und der Zentralregierung fundamental verändern soll.[321] Diese divergierenden Ansichten wurden vor allem

[318] Kingsbury 2006, S. 26
[319] Memorandum of Understanding between the Government of the Republic of Indonesia and the Free Aceh Movement; online verfügbar unter http://www.aceh-mm.org
[320] ESDP Newsletter 2006
[321] Aspinall 2005, S. 6

nach dem Abschluss des MoU und bei der Ausarbeitung eines neuen Verwaltungsgesetzes für Aceh deutlich. Auch Jahre nach der Umsetzung des MoU führen einige Punkte immer wieder zu Spannungen zwischen Jakarta und Aceh.

Bevor das Helsinkiabkommen und seine Folgen detaillierter analysiert werden, wird zunächst dargestellt, wie es dazu kam, dass die beiden Parteien an den Verhandlungstisch zurückkehrten. Als COHA im Mai 2003 scheiterte, schienen die Differenzen stärker denn je. Welche Ereignisse und Erfahrungen brachten die Parteien in den nächsten Jahren dazu, ihre Positionen zu überdenken? In der vergleichenden Literatur über Friedensprozesse wird häufig argumentiert, dass vor allem das Timing ausschlaggebend für den Erfolg von Friedensgesprächen ist. Es ist unwahrscheinlich, dass Friedensprozesse erfolgreich sind, wenn eine oder mehrere der Konfliktparteien an der Meinung festhalten, dass ihre Ziele mittels Gewalt erreichbar wären. Die Parteien sind am ehesten im Falle eines „mutually hurting stalemate“[322] dazu bereit friedliche Optionen in Erwägung zu ziehen. Solche Situationen entstehen, wenn

> *„the parties find themselves locked in a conflict from which they cannot escalate to victory and this deadlock is painful to both of them (although not necessary in equal degree or for the same reasons)“*[323].

Edward Aspinall sieht in Aceh nach 2003 ein “hurting stalemate” nur auf einer der beiden Seiten.[324] GAM Mitglieder litten unter einer steigenden Kriegsmüdigkeit und weitgehender internationaler Isolation. Dies führte zu einer größeren Bereitschaft Optionen auszuloten, die zuvor noch undenkbar gewesen waren. Auf der Regierungsseite gab es hingegen keine Krise und auch kein plötzliches Umdenken vorangegangener Strategien, obwohl die militärische Offensive ihrem Ziel GAM auszulöschen nicht wesentlich näher gekommen war. Es gab aber auch Veränderungen auf Regierungsseite. Zum einem war man zunehmend optimistisch, dass sich GAM nun der indonesischen Regierung beugen würde, zum anderem stärkte der Regierungswechsel, der 2004 Yudhoyono an die Macht brachte, die Positionen jener, die schon länger für eine friedliche Lösung des Konfliktes plädiert hatten. Die Militäroffensive, die 2003 unter Präsidentin Megawati Soekarnoputri begonnen hatte, hatte zwar dazu

[322] Zartman 2001, S. 8
[323] Zartman 2001, S. 8
[324] Aspinall 2005, S. 7

beigetragen, dass die GAM an Stärke – und vielleicht auch an Einfluss – verlor, führte aber nicht zu größerer Popularität der Regierung in Aceh. Obwohl die meisten der getöteten oder gefangen genommenen GAM Mitglieder einfache Soldaten waren, wurden auch einige Kommandanten der niedrigen und mittleren Ränge gefangen genommen oder getötet. Auch wurde der zivile GAM Gouverneur von Pidie, Muhammad Arif, im Oktober 2004 gefangen genommen. Der erfolgreichste Schlag der Militäroffensive war aber wohl die Ermordung von Ishak Daud im Setember 2004. Er war einer der populärsten und charismatischsten GAM Führer und ein wichtiger Kommandant in Aceh Timur.[325] Obwohl die meisten GAM Kämpfer ihren Zielen und Überzeugungen treu blieben, war ihre Situation entmutigend. Die meisten Mitglieder der politischen Führung GAMs lebten im Exil in Schweden und waren von der veränderten Situation im Feld nicht persönlich betroffen. Sie blieben aber in engem Kontakt mit den Offizieren im Feld und waren besorgt über die militärischen Verluste. Auch die zunehmende internationale Isolation der Bewegung bereitete ihnen Sorgen. Während der früheren Verhandlungen zwischen 2000 und 2003, hatte GAM für kurze Zeit jenen Zugang zu internationalen Organisationen und ausländischen Regierungen den sie immer angestrebt hatte. Nach dem Scheitern der Friedensverhandlungen schien GAM dazu bestimmt in internationale Obskurität zurück zu versinken.[326]

Auf der anderen Seite verfolgte die Regierung neben der vollständigen Vernichtung von GAM auch das Ziel, die Bevölkerung und GAM Mitglieder für sich zu gewinnen. Es wurde immer wieder betont, dass jene GAM Kämpfer die sich ergaben, gerecht behandelt werden würden und nur jene vor Gericht gestellt würden die sich auch kriminelle Vergehen zu Schulden kommen ließen. Schon ab Ende 2003 gab es einen Vorschlag der Regierung Megawatis der eine Generalamnestie für GAM Mitglieder vorsah, die sich ergaben. Der Vorschlag wurde im November 2004 von Yudhoyono umgesetzt, der verlautbaren ließ, dass er eine Kombination aus Autonomie und Amnestie für die beste Lösung für Aceh hielt.[327] Sogar schon vor dem Scheitern von COHA bot Acehs Gouverneur, Abdullah Puthe, vier Hektar Farmland für jedes

[325] Aspinall 2005, S. 8f
[326] Aspinall 2005, S. 10
[327] Aspinall 2005, S. 10f

GAM Mitglied das sich ergab.[328] Dieser Ansatz ist vor allem deswegen erwähnenswert, weil dieses Modell von „surrender and amnesty“ auch in die späteren Verhandlungen einfloss.

Aber auch die Regierung hatte Schwierigkeiten ihre Ziele mittels militärischer Gewalt durchzusetzen. Obwohl GAM durch die militärische Offensive geschwächt wurde, gab es keine Anzeichen für eine vollständige Vernichtung. An dieser Stelle sei angemerkt – und dies zeigte sich zu späterer Zeit auch am Verhandlungstisch – dass während für den Indonesischen Staat jeder Rückzug und Territoriumsverlust als Niederlage zu sehen war, es für die GAM als Guerillabewegung ausreichte, zu überleben. Solange die GAM existierte, gewann die Bewegung, zumindest funktionell.[329] Mit der Ausnahme von Ishak Daud, gelang es TNI nicht wichtige Führungspersönlichkeiten wie Muzakkir Manaf (Oberkommandant), Darwis Jeunib (Kommandant von Batee Iliek) und Sofyan Dawood (GAMs militärischer Pressesprecher und Kommandant von Pase) festzunehmen. Zunächst gaben sich die TNI Kommandanten zuversichtlich, dass die GAM auf militärischem Wege besiegt werden könne. Später, als der Friedensdialog bereits fortgeschritten war, gab TNI Kommandant Endriartono Sutarto ein offenes Statement vor dem Parlament, in dem er zu Verstehen gab, dass das Problem in Aceh tief greifend wäre und dass die Desillusion der Bevölkerung nicht durch TNI gelöst werden könne.[330]

Während also für die GAM die Situation einem „hurting stalemate“ gleichkam, trifft dies nicht unbedingt auf die Dynamik auf der Seite der indonesischen Regierung zu. Obwohl sie ihrem Ziel, die GAM zu eliminieren nicht sehr viel näher war, wurde die Position der Regierung doch durch die schlechte Situation auf Seiten der GAM gestärkt. Auf lange Sicht gesehen gab es aber einige Kräfte innerhalb der indonesischen Regierung die nicht an einen rein militärischen Sieg glaubten und die befürchteten GAM könne rasch wieder erstarken, wenn die Ergebnisse nicht am Verhandlungstisch gefestigt würden. Diese Ansicht war weder neu, noch basierte sie auf einer plötzlichen Erkenntnis, dass die Militäroffensive gescheitert war. Schon bei den Ver-

[328] Aspinall 2005, S. 11
[329] Kingsbury 2006, S. 2
[330] Aspinall 2005, S. 12

handlungen zwischen 2000 und 2003 war diese Sicht vorherrschend. In den darauf folgenden Jahren hatten sich aber die militärischen Hardliner zunehmend durchgesetzt. Edward Aspinall und Harold Crouch merken an:

> *„those who supported negotiations were always in a minority in the government and faced constant criticism from those who favored military action“*[331].

Bis 2004 schien der Konsens über eine militärische Lösung zu überwiegen. Der Wechsel der Regierung stärkte aber die Position jener, die auf Verhandlungen bauten.

3.2.1 Die Ersten Schritte hin zu Friedensgesprächen

Im September 2004 gewann Susilo Bambang Yudhoyono die ersten direkten Präsidentschaftswahlen. Sein Vizepräsident wurde Jusuf Kalla. Beide waren schon in den vorangegangen Jahren in die Friedensgespräche in Aceh verwickelt gewesen und sahen Verhandlungen prinzipiell als eine gute Möglichkeit Konflikte zu lösen. Präsident Yudhoyono hatte unter den Regierungen Megawatis und Wahid Abdurrahmans das Ministeramt für Sicherheit inne und war in dieser Rolle der Hauptakteur der Regierung in den vorangegangen Friedensgesprächen gewesen. 2005 war seine Unterstützung und teilweise aktive Teilnahme ein wichtiger Grund für den Erfolg der Gespräche. Es war aber vor allem Vizepräsident Jusuf Kalla, der die Verhandlungen aktiv vorantrieb. Kalla hatte auch schon in den vorangegangen Regierungen hohe Posten eingenommen, 2004 wurde er unter anderem zum Vorsitzenden der Partei Golkar gewählt. Für seine Unterstützer verkörpert Jusuf Kalla das Idealbild eines Politikers, der Dinge anpackt und das Potenzial hat Indonesien aus der Krise zu führen. Kritiker sehen ihn als warnendes Beispiel, dass Oligarchie und Geldpolitik auch in Post-Suharto Indonesien nicht an Bedeutung verloren haben. [332]

Schon im Februar 2004 – zu einer Zeit wo die Militäroffensive in Aceh weniger als ein Jahr alt war – betätigte sich der finnische Geschäftsmann Juha Christensen als Verbindungsmann zwischen der Regierung und der in Schweden lebenden GAM Führung.[333] Ein erster Versuch ein Treffen in Stockholm zu arrangieren scheiterte, als sich die GAM Führung weigerte den Regierungskontakt ohne die Beteiligung

[331] Aspinall, Crouch 2003, S. 54
[332] Aspinall 2005, S. 14f
[333] Aspinall 2005, S. 18

einer internationalen Organisation aufzunehmen.[334] Zu diesem Zeitpunkt wandte sich Juha Christensen an Martti Ahtisaari, ehemaliger finnischer Präsident, um ihn als Mediator zu gewinnen. Ahtisaari hatte schon eine wichtige Rolle als Repräsentant der Europäischen Union bei den Verhandlungen mit Serbiens Präsident Slobodan Milosevic gespielt, die 1999 zum Ende des Kosovokonflikts geführt hatten, und Ahtisaari 2006 eine Nominierung für den Friedensnobelpreis brachten.[335] Nach seinem Rückzug aus der Politik gründete er eine kleine NGO, die Crisis Management Initiative (CMI). Obwohl CMI nicht Teil einer Regierung war (die Indonesische Regierung konnte so noch immer sagen, dass sie den Konflikt formal nicht internationalisierten), brachte die Beteiligung Ahtisaaris an den Verhandlungen mehr Autorität mit sich als die Mediation des HDC in den vorangegangen Gesprächen.[336]

Diese ersten Versuche die formellen Verhandlungen wieder aufzunehmen, hatten aber zunächst wenig Erfolg. Schließlich einigten sich die Konfliktparteien aber auf ein Treffen im Dezember 2004, einige Tage *vor* dem Tsunami. Am 26. Dezember 2004 wurde Aceh von einem katastrophalen Tsunami zerstört, der durch ein Erdbeben vor der Westküste Acehs ausgelöst wurde. Der Tsunami verwüstete große Teile der westlichen und nördlichen Küste der Provinz. Fischerdörfer, Städte, Farmen und Infrastruktur wurden entlang der Küste zerstört. Die Hälfte der Provinzhauptstadt, Banda Aceh, wurde dem Erdboden gleich gemacht und 128.000 Menschen starben alleine in Aceh, ein Großteil der ungefähr 200.000 Todesopfer.

Die Regierung öffnete Aceh für die internationale Katastrophenhilfe und internationale NGOs und militärische Truppen einiger Staaten, u.a. USA, Australien, Singapur und Malaysia eilten zur Hilfe. Beide Konfliktparteien versprachen rasch einen Waffenstillstand um den Helfern den Zugang zu erleichtern. In den darauf folgenden Wochen beschuldigten sich beide Seiten immer wieder den Waffenstillstand für ihre eigenen Zwecke auszunützen. Allerdings reduzierte sich der bewaffnete Konflikt zunächst tatsächlich, nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass die Präsenz tausender

[334] Kingsbury 2006
[335] Martti Ahtisaari bekam den Friedensnobelpreis schließlich 2008, unter anderem für seinen Einsatz im Aceh Friedensprozess, verliehen.
[336] Aspinall 2005, S. 19

internationaler Helfer die Möglichkeiten der Kontrahenten – besonders TNI – Operationen durchzuführen stark beschränkte.[337]
Der Tsunami führte auch zu einem verstärkten internationalen Interesse eine friedliche Lösung für den Konflikt zu finden. Mitte Jänner wurde dann schließlich bekannt gegeben, dass die Gespräche Ende des Monats beginnen sollten.

Sowohl die GAM als auch die indonesische Regierung stellten die Rückkehr zu Gesprächen als humanitäre Reaktion auf den Tsunami dar.[338] Wie in den vorangegangen Absätzen dargestellt, wurden die ersten Schritte hin zu erneuten Verhandlungen aber schon vor dem Tsunami getan.

3.2.2 Die Verhandlungen: Neue Herangehensweisen

Die ersten Gespräche begannen am 27. Jänner 2005 in Helsinki. Die indonesische Regierung wurde durch Justizminister Hamid Awaluddin und Vizeminister für Soziales Farid Husain vertreten, beide standen Jusuf Kalla nahe, und auch der Kommunikations- und Informationsminister Sofyan Djalil, ein Acehnese, nahm an den Verhandlungen in Finnland teil. Die GAM entsandte Führungspersönlichkeiten wie den „Prämierminister“ Malik Mahmud und den „Außenminister“ Zaini Abdulla. Hasan di Tiro nahm auf Grund seines schlechten Gesundheitszustands nicht an den Verhandlungen teil.[339]
Die vorangegangen, von HDC begleiteten, Dialoge hatten bereits die breiten Themenfelder, die es zu verhandeln galt identifiziert und Problembereiche hervorgehoben. Aufgrund der früheren Gespräche hatten beide Seiten auch realistischere Vorstellungen über die gegnerischen Positionen. Besonders die GAM war sich darüber im Klaren, dass die Regierung die Gespräche abbrechen würde, sollten ihre Hauptforderungen nicht erfüllt werden.[340]

Im Großen und Ganzen gab es vier Hauptpunkte um die sich die Verhandlungen drehten. Erstens, Themen zu Sicherheit und Demilitarisierung, wobei es sowohl um grundlegende Prinzipien ging (z.B. die zukünftige Truppenstärke von TNI in Aceh

[337] Aspinall 2005, S. 20
[338] Aspinall 2005, S. 20
[339] Aspinall 2005, S. 21; Kingsbury 2006, S. 23
[340] Aspinall 2005, S. 22

und ihre Rolle), als auch um technische Probleme (z.B. wie sollte die Entwaffnung von GAM arrangiert werden und wie sollten die Zeitabläufe hinsichtlich Entwaffnung und der Reduktion der Truppenstärke von TNI abgewickelt werden?). Zweitens waren auch Beobachtung und Durchsetzung wichtige Punkte, da sich beide Parteien einig waren, dass die Mechanismen die COHA begleitet hatten inadäquat gewesen waren und schließlich zum Scheitern des Abkommens beigetragen hatten. Die indonesische Regierung tendierte aber, zumindest aufgrund früherer Erfahrungen, dazu, sich gegen eine „Internationalisierung" des Konfliktes zu stellen. Die Zusammensetzung, Größe und Befugnisse eines Beobachtungsteams waren daher ein umstrittener Verhandlungspunkt. Ein drittes wichtiges Thema waren die Amnestie und wirtschaftliche Entschädigungen für ehemalige GAM Mitglieder. Viertens stand der zukünftige politische Status Acehs im Mittelpunkt der Verhandlungen. Dies war bei Weitem der schwierigste Punkt und zu Beginn der Gespräche gab es keinerlei öffentliche Anzeichen dafür, dass eine der beiden Seiten von ihrem Standpunkt abrücken würde.[341]

Die CMI Initiative unterschied sich vor allem in einem Punkt von den Gesprächen die von HDC organisiert wurden. Wie schon im Vorfeld erwähnt, kehrte CMI den Prozess um und verwendete die Formel „nothing is agreed until everything is agreed."[342] Bevor ein Abkommen zustande kam, mussten sich die beiden Parteien auf einen breiten politischen Kompromiss einigen. Ahtisaari sah die Strategie als Möglichkeit die großen Unterschiede in den Ansichten der beiden Seiten zu überbrücken und einen Zusammenbruch der Gespräche über Formalitäten zu vermeiden. Die Verhandlungen konnten weiter geführt werden und CMI hatte die Möglichkeit die GAM langsam davon zu überzeugen die Autonomielösung ins Auge zu fassen.

Die Herangehensweise der CMI ging Hand in Hand mit jener der indonesischen Verhandlungsführer die von Beginn an darauf bestanden, dass jegliche Lösung des Konflikts auf einem Autonomiegesetz basieren müsste. Die Position war nicht neu, aber die indonesische Regierung war nun davon überzeugt, dass sie einen größeren Verhandlungsspielraum und mehr Durchsetzungskraft hatte als vor der militärischen

[341] Aspinall 2005, S. 22
[342] Aspinall 2005, S. 22

Operation in Aceh. [343] Sie glaubten auch, dass die Position der GAM gegenüber dem Autonomiegesetz nicht mehr so eindeutig war, wie noch vor einem Jahr. Bei der Eröffnung der Gespräche Ende Jänner 2005 teilte die indonesische Delegation daher Kopien des existierenden Autonomiegesetzes aus und fügte ihre Angebote über Amnestie und Entschädigungsleistungen hinzu. Die Regierung bot der GAM genau jene Bedingungen an, die die Bewegung in der Vergangenheit vehement abgelehnt hatte.[344]

Die Herangehensweise der GAM, hingegen, zielte zunächst darauf ab einen Waffenstillstand zu erreichen und erst später die politischen Grundsatzfragen zu klären. Dies lehnte die indonesische Regierung ab, da ein Waffenstillstand, wie die Verhandlungsführer meinten, in jedem Fall nur eine vorübergehende Lösung wäre und die indonesische Regierung eine permanente Lösung des Konflikts wolle. Während der gesamten Verhandlungen wiesen die Vertreter der indonesischen Regierung die Forderung von GAM im Vorfeld einen Waffenstillstand zu schließen immer wieder ab. Dabei wollten sie nicht nur den Druck auf GAM erhöhen damit diese der Autonomie zustimmten sondern auch verhindern, dass GAM einen Waffenstillstand dazu nutzen könnte Kräfte zu sammeln. [345] Außerdem verfolgte die Regierung weiterhin die Strategie eines Zweifronten Krieges. Während die Verhandlungsführer in Finnland mit GAM verhandelten, setzte TNI die militärischen Operationen in Aceh weiter fort.[346]

Für CMI und Martti Ahtisaari bedeutete die unverrückbare Position der indonesischen Regierung, dass, wenn die Formel „nothing is agreed until everything is agreed“ funktionieren sollte, ein politisches Abkommen in jedem Fall auf einer Form von Autonomie für Aceh innerhalb Indonesiens basieren musste. Es ist daher wenig verwunderlich, dass einige Führungspersönlichkeiten der GAM und auch etliche Sympathisanten Athisaari und CMI wegen Parteilichkeit kritisierten. Aber auch ausländische Regierungen nahmen Stellung und forderten eine Kompromisslösung. Die

[343] Aspinall 2005, S. 23f
[344] Kingsbury 2006, S. 26
[345] Aspinall 2005, S. 24
[346] Kingsbury 2006, S. 30

Verhandlungsführer von GAM wurden darauf hingewiesen, dass eine verhandelte Lösung die territoriale Einheit Indonesiens respektieren müsste.[347]

Nachdem die Delegation der indonesischen Regierung bereits den ersten Tag der Gespräche mit dem Ultimatum eröffnete, GAM müsse „special autonomy" akzeptieren, schienen die Verhandlungen bereits kurz vor dem Kollaps bevor sie überhaupt begonnen hatten. Um dies zu verhindern, beschloss GAM jene Forderungen der Regierung, die sie unter keinen Umständen annehmen konnten oder wollten, fürs erste zu ignorieren und sich auf Punkte zu konzentrieren bei denen es zumindest grobe Übereinstimmungen gab.[348] Die GAM lehnte das Angebot der indonesischen Regierung über „special autonomy" und Amnestie und Geld für GAM Mitglieder mit der Begründung ab, dass es sich dabei nicht nur um Bestechung handelte sondern, dass man auch dem Versprechen auf Amnestie nicht trauen konnte. Damien Kingsbury, der bei den Verhandlungen als Berater der GAM fungierte, fügt hinzu,

> *„that negotiating the terms of „special autonomy" after formal acceptance was, in effect, like making a purchase without first knowing the price".*

Die Positionen bezüglich der politischen Zukunft Acehs schienen festgefahren, also konzentrierte man sich bei der ersten Gesprächsrunde vor allem darauf, den Wiederaufbau und die humanitäre Hilfe nach dem Tsunami zu unterstützen. Bei diesem Punkt wurde deutlich, dass auch die indonesische Regierung unter Druck stand den Konflikt friedlich zu lösen wenn sie die internationalen Hilfeleistungen nicht verlieren wollten.[349]

3.2.2.1 Das Angebot der GAM: Selbstverwaltung

Zu Beginn der zweiten Verhandlungsrunde, die Ende Februar 2005 stattfand, schienen die Positionen festgefahren und der Kollaps der Gespräche jederzeit möglich. Die GAM Führung betonte noch immer, dass ihr erstes Ziel die humanitäre Hilfe für die Tsunami Opfer sei und dass sie einen Waffenstillstand diskutieren wollten. Die indonesischen Verhandlungsführer bestanden ihrerseits darauf, dass sich die Gespräche auf die spezielle Autonomie konzentrieren sollten und TNI Kommandant Gene-

[347] Kingsbury 2006
[348] Kingsbury 2006, S. 27
[349] Kingsbury 2006, S. 28

ral Endriartono Sutarto, drohte mit militärischen Aktionen sollten die Verhandlungen scheitern.[350] Zu diesem Zeitpunkt war es vor allem TNI, das die größte Hürde für eine politisch verhandelte Lösung darstellte. Auch nach mehreren Warnungen von Seiten des CMI und Martti Ahtisaari wurden die militärischen Operationen in Aceh weiter geführt und der Oberbefehlshaber der Bodenstreitkräfte, General Ryamizard Ryacudu, beharrte noch immer darauf, dass eine Lösung des Konflikts nur bei einer Kapitulation der GAM möglich wäre.[351]

Aber auch von pro-acehnesischer Seite wurde Kritik am Verhandlungsprozess laut. Vor allem Vertreter von acehnesischen NGOs und andere Mitglieder der Zivilgesellschaft kritisierten, dass die GAM nicht transparent genug vorging und dass sie sich ohne demokratischen Prozess das Recht herausnahmen für alle AcehnesInnen zu sprechen. Die kritischen Stimmen wurden aber leiser, als GAM, mit Unterstützung des Olof Palme International Center, begann zwischen den Verhandlungsrunden Treffen mit NGOs und anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen zu organisieren.

Tatsächlich war es in dieser Verhandlungsrunde, dass die GAM Führung bekannt gab Willens zu sein, eine Lösung die auf „self-government" basierte zu akzeptieren. Die GAM weigerte sich zwar weiterhin den Begriff der „special autonomy" in Betracht zu ziehen, da dieser negative Konnotationen mit der Militärherrschaft mit sich brachte, war aber bereit Selbstverwaltung innerhalb des indonesischen Territoriums zu diskutieren. Für die GAM war die Akzeptanz von Selbstverwaltung eine historische Konzession. Zum ersten Mal rückte die GAM von der Forderung von Unabhängigkeit bzw. eines Referendums für die Unabhängigkeit ab. Das Zugeständnis ermöglichte alle weiteren Fortschritte im Verhandlungsprozess.[352]

Die Gründe für ein Abrücken der GAM von ihrer Forderung nach Unabhängigkeit wurden von verschiedenen Beobachtern unterschiedlich gedeutet.
Zunächst wäre die Positionsänderung wohl nicht zustande gekommen, wenn Hardliner Hassan di Tiro weiterhin die volle Kontrolle über die Bewegung gehabt hätte.

[350] Aspinall 2005, S. 25
[351] Kingsbury 2006, S. 31
[352] Aspinall 2005, S. 26

Seine Nachfolger waren sich indessen bewusst, dass ihre Strategie des Guerillakampfes bestenfalls eine Pattsituation erreicht hatte. Auch wussten sie aufgrund der Erfahrungen mit COHA, dass die Regierung die Gespräche jederzeit abbrechen konnte und sich auf eine militärische Option festlegen könnte.[353] Damien Kingsbury meint in seinem persönlichen Bericht über den Helsinki Prozess, dass obwohl die Verhandlungsführer der GAM zu etlichen Zeitpunkten bereit waren die Gespräche abzubrechen, sie doch stärker daran interessiert waren einen Kollaps der Verhandlungen zu verhindern als die indonesische Regierung.[354]

Die neue Position der GAM war aber nicht unbedingt eindeutig. Die GAM Führung wies darauf hin, dass die Bewegung nicht bereit war ganz auf Unabhängigkeitsforderungen zu verzichten, dass sie diese aber nicht auf den Verhandlungstisch bringen würden. Bakhitar Abdulla meinte am Ende der zweiten Verhandlungsrunde:

> *„I would also like to offer a clarification of some media reports. There have been some misquotations about GAM dropping its claim for independence. To be clear, GAM has not given up its claim for independence for Aceh. However, it has recognized that in a spirit of cooperation in the post-tsunami period, it should make concessions. It has therefore not brought to the negotiating table the issue of independence, and this is therefore not being considered during these talks."*[355]

In den folgenden Verhandlungsrunden wurde die Verhandlungsposition der GAM aber deutlicher. Die wichtigsten Punkte waren: (a) ein Selbstverwaltetes Territorium Aceh innerhalb Indonesiens mit nur minimalen Befugnissen für Indonesien (wie äußere Sicherheit und Außenpolitik); (b) einige legal-symbolische Maßnahmen um die Autonomie Acehs zu untermauern, wie das Recht Pässe auszustellen und eigene Zinssätze festzusetzen sowie die Anerkennung von acehnesischen Symbolen wie der Flagge; (c) ein politisches System, welches sich von anderen Provinzen vor allem durch die Bildung lokaler Parteien unterscheidet; (d) Versuche die besonderen Rechte Acehs vor zukünftiger, legislativer Erosion zu schützen, indem zumindest sicher gestellt wird, dass jegliche Policy von den acehnesischen Mitgliedern des DPR be-

[353] Aspinall 2005, S. 27
[354] Kingsbury 2006
[355] GAM statement, 23. Februar 2005; zit. nach Aspinall 2005, S. 28

fürwortet werden muss; (e) ein vom restlichen Indonesien größtenteils unabhängiges Rechtssystem, ohne Möglichkeit der Einschaltung des Obersten Gerichtshofs in Jakarta; (f) strenge Menschenrechtsauflagen und internationale Untersuchungen der vergangen Menschenrechtsverletzungen; (g) Rückzug der TNI- und Polizeitruppen und der Einsatz einer lokalen Polizeitruppe die dem Gouverneur von Aceh untersteht.[356]

Obwohl GAM von der Forderung für ein unabhängiges Aceh abkam, war die neue Position doch eine ehrgeizige Forderung, die Aceh weitläufige Machtzugeständnisse bringen würde. Für ein Autonomiemodell waren die Forderungen sehr umfassend und es bestand wenig Chance, dass die indonesische Regierung diese akzeptieren würde.

Einer der Faktoren, die den Friedensprozess weiter verkomplizierten, waren Uneinigkeiten auf Seiten der indonesischen Regierung, ob Verhandlungen und vor allem Kompromisse mit GAM überhaupt wünschenswert wären. In der dritten Runde der Verhandlungen, Mitte April 2005, begannen ernsthafte Diskussionen zwischen den beiden Parteien über einen Kompromiss in der Autonomiefrage. Während die Regierung einige der Forderungen von vornherein öffentlich ablehnte, schien sie bei anderen kompromissbereit. Vor allem jene, die hauptsächlich einen symbolischen Charakter hatten, wie eine acehnesische Flagge. Als die Verhandlungen fortschritten, wurde aber auch deutlich, dass die Hardliner noch immer Einfluss hatten. Wenn Vertreter der Regierung und des Militärs über die Verhandlungen sprachen, verwendeten sie weiterhin das „Ergeben und Amnestie“ Modell. Die verwendete Sprache war fast identisch mit jener die während der militärischen Offensive nach 2003 verwendet wurde. Auch Präsident Yudhoyono selbst hielt noch immer daran fest.[357]

Es waren bei weitem nicht alle politischen Kräfte in Jakarta mit dem Helsinkiprozess einverstanden. Vor allem TNI hatte Einwände und sah den Friedensprozess als Bedrohung an.[358] TNI erklärte öffentlich, dass seit November letzten Jahres mehr als

[356] Aspinall 2005, S. 30
[357] Aspinall 2005, S. 32
[358] Kingsbury 2006, S. 72

1.000 GAM Mitglieder im Rahmen von militärischen Operationen getötet wurden.[359] Aber auch die Position von Yudhoyono war zu diesem Zeitpunkt nicht eindeutig, nicht zuletzt weil er einen offenen Konflikt mit TNI vermeiden wollte. Auch die „Commisssion I on Foreign Affairs and Defense" des DPR stand den Verhandlungen skeptisch gegenüber und der Vizevorsitzende der Kommission meinte sogar, der einzige Grund für die Gespräche sei, TNI mehr Zeit zu verschaffen um weitere militärische Attacken gegen GAM organisieren zu können. Er rief auch dazu auf, die Gespräche einzustellen und beharrte darauf, dass der Konflikt innerhalb Indonesiens zu regeln sei, ohne die Mitarbeit ausländischer Mediatoren.[360] Während der Verhandlungen in Helsinki entpuppte sich die unklare Position der Regierung als durchaus hilfreich, da die Verhandlungsführenden Zugeständnisse plausibel mit der Begründung ablehnen konnten, dass die Hardliner diese nicht zulassen würden. Allerdings lief man auch Gefahr, die langfristige Lebensfähigkeit des Friedensprozesses zu gefährden.[361]

3.2.2.2 Die größten Stolpersteine: lokale Parteien und Wahlen

Trotz des Zugeständnisses der GAM die Unabhängigkeit vom Tisch zu nehmen, war das Modell der Selbstverwaltung das die GAM vorschlug weitaus radikaler als das bereits existierende Autonomiegesetz. Besonders die Forderung der GAM nach lokalen politischen Parteien stieß auf Widerstand. Schon bei den Verhandlungen im Jänner 2001, als die Konfliktparteien zustimmten über „demokratische Prozesse" zu diskutieren war dieses Thema eines der größten Stolpersteine gewesen.[362]

Das Thema der lokalen Parteien war vor allem deswegen heikel, da das indonesische Parteiengesetz erfordert, dass eine Partei, um an legislativen nationalen oder regionalen Wahlen teilnehmen zu können, funktionierende Zweigstellen in zumindest 50% der Provinzen und 50% der Bezirke in diesen Provinzen haben muss. Diese Bestimmung sollte zu einer Zeit als die politische Elite Indonesiens große Sorge hatte, dass

[359] Obwohl TNI bei solchen Zahlen gerne zu Übertreibungen neigt zeigt sich doch ein erschreckendes Bild. Da die militärischen Operationen im Dezember nicht sehr intensiv gewesen waren, wurden demnach die Meisten nach dem Tsunami und damit schon während den Friedensgesprächen getötet. Obwohl CMI wiederholt Zurückhaltung seitens TNI forderte. (Kingsbury 2006, S. 65)
[360] Kompas, 18.4.2005
[361] Aspinall 2005, S. 35
[362] Aspinall 2005, S. 38

disintegrative Kräfte die Einheit Indonesiens bedrohen könnten, verhindern, dass Parteien mit einer rein lokalen Agenda entstehen. 2004 wurde das Gesetz zur Regelung regionaler Regierungen geändert um auch auf regionaler Ebene direkte Wahlen der Regierungsvertreter[363] zu ermöglichen. Das Gesetz erforderte aber auch, dass die Kandidaten für diese Wahlen von einer oder mehreren politischen Parteien, die zumindest 15% der Stimmen bei lokalen legislativen Wahlen gewonnen hatten, aufgestellt wurden. Die nationalen Parteien stellten somit sämtliche Kandidaten für alle wichtigen legislativen und exekutiven Posten.

Viele Beobachter des Helsinkiprozesses waren der Meinung, dass die Möglichkeit lokale politische Parteien zu bilden ausschlaggebend für den Erfolg der Verhandlungen sein würde. Nicht zuletzt weil es notwendig war

> *„[to] provide GAM with greater incentives to participate in conventional politics as an alternative to armed struggle".*[364]

Ohne der Aussicht auf eine politische Partei und die Möglichkeit für Wahlen zu kandidieren, wäre jedes Friedensabkommen einer Auflösung der Bewegung gleichgekommen. Während den Verhandlungen in Helsinki bestand GAM auch darauf, dass lokale Wahlen nach dem neuen Gesetz und mit lokalen Parteien sofort nach Zustandekommen des Abkommens stattfinden sollten.[365] Diese Forderung lässt sich auch damit begründen, dass eine der Hauptmotivationen der Bewegung in der eigenständigen, sich von Indonesien abhebenden Identität Acehs zu suchen ist. Eigene acehnesische Parteien sind eine Möglichkeit diese separate Identität innerhalb eines indonesischen politischen Systems zu leben. Müssten sich die Unterstützer der GAM stattdessen den nationalen Parteien anschließen, hätte dies eine der zentralsten Prämissen von GAM untergraben.[366]

Auf der anderen Seite ist die nationale Einheit Indonesiens für viele IndonesierInnen eine der wichtigsten historischen Errungenschaften aus dem anti-kolonialen Krieg gegen die Niederlande. Während der Verhandlungen mit GAM in Helsinki schlossen

---

[363] Gouverneure in den Provinzen, bupati, in den Bezirken oder kabupaten und Bürgermeister in den Städten oder kota.

[364] Aspinall, Crouch 2003, S. 47

[365] Der indonesische Wahlzyklus sah neue legislative Wahlen erst für 2009 vor während die direkten Wahlen des Gouverneurs und der Bezirksoberhäupter, bereits mehrmals verzögert, Ende 2005 stattfinden sollten.

[366] Aspinall 2005, S. 39

Vertreter der indonesischen Regierung von Anfang an die Möglichkeit aus, lokale Parteien anzuerkennen oder Neuwahlen zuzustimmen. Sie sahen diese Haltung als wichtigen Schritt die Einheit Indonesiens zu erhalten und einen „Dominoeffekt“ zu verhindern. Man befürchtete, lokale Parteien würden dazu führen, dass auch andere, extremere Interessensgruppen in anderen Teilen Indonesien Fuß fassen und das Land dadurch spalten könnten.[367] Auch hatte die nationale Regierung Angst, dass eine GAM Partei tatsächlich die lokalen Wahlen gewinnen und damit den Separatismus wieder stärken würde.

Im Vorfeld der vierten Verhandlungsrunde im Mai 2005 schien sich zunächst keine der beiden Konfliktparteien von ihren Forderungen wegzubewegen womit das Scheitern der Friedensgespräche wieder in greifbarer Nähe war, als die indonesische Seite einen scheinbar wesentlichen Kompromiss vorschlug. Die Verhandlungsführer der indonesischen Regierung hielten zwar weiterhin an ihrer Weigerung fest lokale Parteien zuzulassen, schlugen aber ein Arrangement vor bei dem es ehemaligen GAM Mitgliedern möglich sein würde, in den nächsten direkten Wahlen in Aceh für exekutive Posten zu kandidieren. Die nationalen Parteiführungen versprachen, dass ihre Parteien GAM Mitglieder nominieren würden und somit die Notwendigkeit für eine eigene GAM Partei nicht mehr gegeben sein würde. In anderen Worten, die GAM Führer sollten individuell und in untergeordneten Positionen in das existierende politische System absorbiert werden.[368]
Wenige Tage später lehnte GAM den Kompromiss mit der öffentlichen Begründung ab, dass es nicht nur um die Zukunft der Bewegung selbst ginge sondern um eine Demokratisierung Acehs bei der es möglich sein sollte, dass die acehnesische Bevölkerung so viele lokale Parteien gründen bzw. unterstützen kann, wie sie es für richtig und notwendig hält.[369]

Trotz des Scheiterns dieses Kompromisses wurde in der vierten Verhandlungsrunde letztendlich ein wichtiger Schritt hin zu einem von beiden Seiten akzeptierten Abkommen gemacht. Die GAM stimmte zu, die Frage der Terminologie, die bis zu die-

[367] Aspinall 2005, S. 40
[368] Aspinall 2005, S. 40
[369] Aspinall 2005, S. 41

sem Zeitpunkt strittig gewesen war, der zukünftigen acehnesischen Regierung zu überlassen. Zu diesem Zeitpunkt wurde der Begriff „self-Government", der für die indonesische Regierung immer indiskutabel gewesen war, endgültig fallen gelassen. Dies war durchaus akzeptabel, da der Terminus von Anfang an nur dazu dienen sollte, andere Ideen in den Verhandlungsprozess einzubringen um eine tatsächliche Autonomie – nicht nur die proforma Autonomie des „special autonomy" Statuses – für Aceh zu erreichen.[370]

Die Frage der lokalen Parteien war aber nicht der einzige Streitpunkt, der bei den späteren Verhandlungsrunden auftauchte. Neben der Frage über die zukünftige Truppenstärke von TNI in Aceh war auch der Waffenbesitz der GAM von zentraler Bedeutung für die Form des endgültigen Abkommens. Besonders für die GAM stand aber die Sicherheitsfrage im Vordergrund, da ohne eine Verbesserung der Sicherheitslage jede politische, ökonomische und legale Einigung an Bedeutung verlieren würde.[371]

Schon zu Beginn des Verhandlungsprozess hatte Martti Ahtisaari die EU kontaktiert und um formelle Unterstützung einer Beobachtungsmission angesucht. Zum Zeitpunkt der vierten Verhandlungsrunde hatte die EU einer solchen Mission zugestimmt, unter der Bedingung, dass bestimmte Grundvoraussetzungen erfüllt wurden. Die GAM musste sich darüber im Klaren sein, dass die EU als regionale Organisation formell nur existierende Staaten anerkennen kann und die GAM daher keinen anderen formellen Status als den eines Signatars des Abkommens haben würde. Dies bedeutete unter anderem, dass die indonesische Regierung formell für die Sicherheit der EU Mission verantwortlich sein würde.[372] An dieser Stelle sei erwähnt, dass dies durchaus Risiken barg. Auch wenn der Helsinkiprozess und die Situation in Aceh sehr verschieden von jener in Ost Timor 1999 war, sind in diesem Fall doch einige Parallelen zu erkennen. Eine internationale Organisation schickte ein unbewaffnetes Team von Beobachtern in die Region um die politische Transition zu überwachen

[370] Kingsbury 2006, S. 103
[371] Kingsbury 2006, S. 125
[372] Homepage der ESDP, http://ec.europa.eu/comm/external_relations/indonesia/intro/index.htm, zuletzt geprüft am 25.11.2009

und wie auch im Abkommen von 1999 zwischen der UNO, Portugal und Indonesien, würde Indonesien für die Sicherheit verantwortlich sein. In Ost Timor liefen TNI und ihnen nahe stehende Milizen innerhalb kurzer Zeit Amok und die Polizei war unfähig oder unwillig entsprechend zu reagieren. Die EU war aber nicht in einer Position dieses Arrangement zu ändern und war laut Pieter Feith, der die Mission leiten würde, auch nicht willens bewaffnete Truppen bzw. Peace-Enforcement in Betracht zu ziehen. Die Interessen der EU lagen deutlich bei Indonesien und nicht bei der GAM.[373]

Während der fünften und letzten Verhandlungsrunde im Juli 2005 wurde die zukünftige Truppenstärke von TNI festgelegt, die aber bis zuletzt unklar blieb. Auch die Anzahl der GAM Kämpfer, ihre Bewaffnung und die Anzahl der Waffen die im Rahmen der Demobilisierungsphase abgegeben und zerstört werden sollten, wurden bei diesem letzten Treffen diskutiert.[374]
Vor allem aber wurde die politische Einigung über zukünftige lokale Parteien zum Knackpunkt der letzten Gespräche. Indonesiens Angebot, die GAM in existierende politische Parteien zu integrieren, wurde wiederum zurückgewiesen und die GAM veröffentlichte ein „Statement on Democracy".

Bei der Diskussion um die Zulassung von politischen Parteien und besonders an den Pressemitteilungen während dieser Verhandlungsrunde lässt sich deutlich ein divergierendes Verständnis von Demokratie zwischen der indonesischen Regierung und den mit ihr verbunden nationalen Politikern einerseits und der GAM andererseits erkennen. Während die GAM in der Zulassung von regionalen Parteien die Verwirklichung demokratischer Prinzipien sieht, befürchtete die indonesische Regierung eine Spaltung des Landes entlang ethnischer oder religiöser Linien. Die Auflage alle zu Wahlen zugelassenen Parteien müssen eine breite Wählerbasis haben, sollte sicherstellen, dass ethnische und / oder religiöse Randgruppen wenig Chance haben die Politik zu bestimmen. Die nationalen Agenden der Parteien sollten dafür Sorge tragen, dass politische Entscheidungen überregionale Interessen mitbedenken und somit ein friedliches Zusammenleben ermöglichen.[375] GAM sieht diese Einschränkung in

[373] Kingsbury 2006, S. 126
[374] Kingsbury 2006, S. 137
[375] Reilly 2006

der Parteibildung hingegen als weiteren Mechanismus einer javanischen Politik, die die Einheit Indonesiens auf Kosten einer pluralistischen Demokratie sichern will:

> *„This restriction [of parties] means that Indonesia's political parties are controlled from Jakarta. We reject such centralised control which does not and can not reflect the wishes of the people of Acheh."*
>
> *„GAM is proposing to allow local political parties as a means of ending conflict which threatens the state. If the Government of Indonesia really wants to preserve the unity of the state, it must therefore meet the legitimate, democratic aspirations of its citizens."* [376]

Die Diskussion über die politischen Parteien wurde zunehmend in die Öffentlichkeit getragen und das Statement von GAM zu ihren demokratischen Prinzipien trug viel dazu bei, dass die Medien eher dazu neigten die Position der GAM zu bevorzugen.

Da es trotzdem schien, als ob keine Einigung bezüglich dieses Punktes erzielt werden könnte konzentrierte man sich zunächst auf die Finalisierung und Formulierung der anderen Punkte. Am letzten Tag der Verhandlungen wurde der vorerst endgültige Entwurf des Memorandum of Understanding veröffentlicht, doch da noch keine Einigung bezüglich der Parteienfrage in Sicht war, schienen beide Seiten bereit, die Gespräche auch zu diesem späten Zeitpunkt abzubrechen und es bei einem Entwurf zu belassen.[377] Trotz dieser scheinbar aussichtslosen Situation gelang es, sich auf eine Formulierung zu einigen die lokale Parteien erlaubte, ohne dass die indonesische Regierung ihr Gesicht verlor. Der Wortlaut war allerdings nicht eindeutig und sorgte während der Implementierung des MoU noch für viele Diskussionen. Zu diesem Zeitpunkt war allerdings das Wichtigste, dass eine Einigung erzielt wurde und das „Memorandum of Understanding" von beiden Seiten, trotz Vorbehalten, in all seinen Aspekten akzeptiert wurde.

---

[376] GAM Statement vom 13. Juli 2005, online verfügbar unter: http://www.asnlf.net/asnlf_my/my/asnlf/swedia/pr_asnlf_050713ing.htm, zuletzt geprüft am 25.11.2009

[377] Kingsbury 2006, S. 151

3.2.3 Das „Memorandum of Understanding“

Das „Memorandum of Understanding“ wurde dann schließlich am 15. August 2005 von beiden Seiten unterschrieben. Beide Parteien gingen letztendlich wichtige Kompromisse ein. Während die GAM auf die Unabhängigkeit Acehs verzichtete, gab auch die Regierung in einigen wichtigen Punkten, so auch bei der Frage der lokalen Parteien, nach.

Verglichen mit dem „Cessation of Hostilities Agreement“ ist das MoU wesentlich detaillierter. COHA formulierte größtenteils die Bekenntnisse der beiden Parteien einem Waffenstillstand zuzustimmen und beschrieb die Mechanismen die dieses aufrechterhalten sollten. Obwohl auch das MoU in vielen Punkten nicht eindeutig formuliert ist, beinhaltet es doch explizite Prinzipien für die zukünftige Verwaltung Acehs, die politischen Beziehungen zwischen Aceh und der nationalen Regierung, die Befugnisse der acehnesischen Regierung und die Abläufe und Mechanismen der Demobilisierung, Demilitarisierung und Beobachtung. Vor allem letztere Punkte sind im MoU wesentlich genauer ausgeführt und auch robuster als im COHA.

Die wichtigsten Klauseln des Abkommens bedürfen einer Zustimmung des nationalen Parlaments. Das MoU sah vor, dass ein „Law on the Governing of Aceh“(LoGA) bis zum 31. Mai 2006 vom DPR beschlossen werden sollte.[378] Tatsächlich wurde das Gesetz erst mit einiger Verspätung und nicht ohne Proteste beider Seiten im Juli 2006 erlassen.[379]

Bei dem wesentlichen Thema der politischen Partizipation (Artikel 1.2 des MoU) erreichten die Konfliktparteien einige etwas schwerfällige Kompromisse. Die Regierung sollte zunächst die Gründung von „Aceh-based political parties that meet national criteria“[380] gestatten und es Kandidaten die von der Bevölkerung aufgestellt werden[381] ermöglichen für exekutive Ämter, die bei den lokalen Wahlen 2006 besetzt werden sollten, zu kandidieren. Diese zwei Bestimmungen sollten es GAM ermögli-

[378] Memorandum of Understanding between the Government of the Republic of Indonesia and the Free Aceh Movement, Art. 1.1.1
[379] Ufen 2007, S. 4
[380] Memorandum of Understanding between the Government of the Republic of Indonesia and the Free Aceh Movement, Art. 1.2.1
[381] In welcher Form diese Nominierung zu erfolgen hat bzw. welche Kriterien erfüllt werden müssen wurde im Abkommen nicht ausformuliert.

chen schon bei den Wahlen 2006 Kandidaten zu nominieren, noch vor der Gründung lokaler Parteien.[382] Die Regierung verpflichtete sich aber auch innerhalb von 12 bis 18 Monaten „[to] create … the political and legal conditions for the establishment of local parties in Aceh in consultation with the parliament“[383]. Dies war eine der größten Konzessionen der Regierung, allerdings eine nicht sehr eindeutig formulierte. Das Abkommen geht nicht explizit auf die Frage ein, ob es den lokalen Parteien möglich sein würde sich für nationale oder lokale Wahlen zu registrieren und teilzunehmen. Betreffend den Zeitpunkt der nächsten legislativen Wahlen gab sich die Regierung kompromisslos. Die nächsten legislativen Wahlen würden – entsprechend des gesamtindonesischen Wahlzyklus – für 2009 festgesetzt.

Das Memorandum of Understanding geht auch auf einige Prinzipien bezüglich der zukünftigen Verwaltung Acehs und die Beziehungen zur nationalen Regierung ein. Diese Prinzipien sollten in einem neuen Gesetz festgehalten werden, obwohl das Abkommen bewusst die Begriffe „self-government“ und „special autonomy“ vermeidet. Es gesteht Aceh aber große Machtbefugnisse zu – nur Außenpolitik, Verteidigungspolitik und einige andere Schlüsselbereiche verblieben bei der nationalen Regierung[384] – und schränkt gleichzeitig die Möglichkeiten nationaler Gesetzgebung Gesetze die Aceh betreffen ohne lokaler Einwilligung zu erlassen ein[385].
Auf den ersten Blick scheinen diese Maßnahmen Aceh weitläufige Kompetenzen zu gewähren. Allerdings wiederholen die meisten Bestimmungen, jene die auch schon in der Special Autonomy Law und anderen Gesetzen festgelegt worden waren. Dies hoben auch Vertreter der Regierung immer wieder hervor.[386]

Eine Kombination von Artikeln sollte außerdem eine reduzierte Militärpräsenz und ein Menschenrechtsregime garantieren. Besonders die Abschnitte 1.4 zur Rechtstaatlichkeit, der Abschnitt 2 zu Menschenrechten und der Abschnitt 4 zur zukünftigen

[382] Aspinall 2005, S. 43
[383] Memorandum of Understanding between the Government of the Republic of Indonesia and the Free Aceh Movement, Art. 1.2.1
[384] Memorandum of Understanding between the Government of the Republic of Indonesia and the Free Aceh Movement, Art. 1.1.2a
[385] Memorandum of Understanding between the Government of the Republic of Indonesia and the Free Aceh Movement, Art. 1.1.2c
[386] Aspinall 2005, S. 44

Rolle des Militärs scheinen darauf ausgelegt zu sein, demokratische und menschenrechtliche Prinzipien in den Vordergrund zu stellen. Ein zentraler Punkt des Abkommens, da gerade die wiederholten Menschenrechtsverletzungen des Militärs als eine der größten Quellen der Unzufriedenheit in Aceh gelten.[387]
Das MoU enthält in diesem Zusammenhang auch detaillierte Bestimmungen betreffend der Amnestie für frühere GAM KämpferInnen und ihre Reintegration in die Gesellschaft. Dem MoU folgend, musste die GAM 3.000 SoldatInnen demobilisieren und bis Ende 2005 entwaffnen – die Anzahl der Waffen ist im Abkommen mit 840 beziffert. Auf der anderen Seite musste auch die Regierung die Militär- und Polizeipräsenz in Aceh bis zum 31. Dezember 2005 auf insgesamt 32.800 Mann der organischen Sicherheitskräfte reduzieren. Die Demobilisierung und Demilitarisierung wurde von einem robusteren Beobachtungsmechanismus begleitet als einige Jahre zuvor das COHA. Eine „Aceh Monitoring Mission" (AMM) wurde von der Europäischen Union und einigen ASEAN Staaten eingerichtet. Die AMM war eine zivile Mission die ins Rahmenwerk der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESDP) eingebettet war. Nach einer kurzen Interimsphase wurde die Mission am 15. September 2005 gestartet. Ursprünglich war sie für sechs Monate geplant, wurde dann aber bis zum 15. Dezember 2006 verlängert.[388]

Obwohl das MoU nicht nur aufgrund der Beobachtungsmechanismen robuster war als die vorangegangenen Abkommen, zeigte sich trotzdem, dass die etwas vage formulierten Kompromisse viel Raum für unterschiedliche Interpretationen ließen. Besonders die Kernelemente des MoU die erst durch Abstimmungen im Parlament an Legitimität gewannen wurden zu Streitpunkten. Ähnliches hatte man schon bei dem vorherigen Special Autonomy Law erlebt, die zunächst während Habibies Präsidentschaft angedacht wurde und dann unter Abdurrahman Wahid entworfen wurde. Ursprünglich galt sie als ehrgeiziger Versuch Aceh weitreichende Autonomie zu gewähren und dadurch die lokale Unzufriedenheit zu mildern und die Unterstützung für GAM zu verringern. Der erste radikale Entwurf des Gesetztes, der durch die acehnesische Provinzregierung in Zusammenarbeit mit lokalen Akademikern erarbeitet

[387] Sukma 2004, Robinson 2001
[388] Homepage der AMM, http://www.aceh-mm.org, zuletzt geprüft am 25.11.2009

wurde, wurde durch die Intervention des Innenministeriums in einer stark verwässerten Form vom DPR verabschiedet.[389]

Das Law on the Governing of Aceh welches, nach mehrmaligem Aufschieben mit einiger Verspätung im Juli 2006 vom DPR verabschiedet wurde, hatte mit ähnlichen Schwierigkeiten zu kämpfen und wurde zum zentralen Streitpunkt zwischen Aceh und der nationalen Regierung. Die Auswirkungen des Gesetzes, die Arbeit acehnesischer NGOs diesbezüglich und die regionalen Wahlen (*Pilkada*) zum Gouverneur 2006 werden im nächsten Kapitel eingehender diskutiert.

[389] McGibbon 2004, S. 17

4 Demokratisierungsprozesse in Aceh nach 2005

Im vorangegangenen Kapitel wurde versucht eine kurze Analyse des Friedensprozesses wiederzugeben, dabei wurde das Augenmerk vor allem auf die zwei großen Akteure GAM und GoI (Government of Indonesia) gelegt. Während gezeigt wurde, dass vor allem der indonesische Staat selten einheitlich und in sich konsistent agiert, sondern aus verschiedenen Akteuren mit oft sehr unterschiedlichen Interessen besteht, haben natürlich auch eine Vielzahl anderer, nicht-staatlicher Akteure, Interessen am Friedens- und Demokratisierungsprozess in Aceh. In diesem Teil der Arbeit sollen daher auch die Sichtweisen und Interessenslagen anderer Akteure, insbesondere zivilgesellschaftlicher Organisationen, näher beleuchtet werden.

Wie oben dargestellt, lag das Hauptaugenmerk des MoU auf der Förderung demokratischer Institutionen und Arbeitsweisen. Dieser Fokus auf demokratische Prinzipien wurde nicht zuletzt durch den Generationenwechsel in der GAM ermöglicht. Jene Verhandlungsführer die sich in Helsinki für mehr Demokratie einsetzten und letztendlich von der Forderung nach vollkommener Unabhängigkeit abrückten gehörten einer jüngeren, der Führung in Stockholm weniger verbundenen, Generation an.[390] Das Memorandum of Understanding stellt aber nur den ersten Schritt in Richtung einer friedlichen Konfliktlösung und der Demokratisierung Acehs dar. Besonders die Verhandlungen rund um das neue Verwaltungsgesetz für Aceh (Law on the Governing of Aceh, LoGA) und die Gouverneurs Wahlen 2006 waren große Herausforderungen und hatten eine maßgebliche Wirkung auf die Transformation des Konfliktes.

Wie sich der Demokratisierungsprozess in den Jahren nach 2005 gestaltet hat und wer sich daran beteiligt wird in diesem Kapitel behandelt. Dabei steht außer Frage, dass weder der Friedens- noch der Demokratisierungsprozess ohne Probleme von statten gingen. Einige der Herausforderungen wurden schon während des Helsinki-

[390] Schon zu diesem Zeitpunkt zeichnet sich eine Spaltung innerhalb der GAM ab die spätestens bei den Gouverneurs Wahlen 2006 deutlicher wurde. Einerseits gab es nach wie vor Anhänger die der Hassan di Tiro und der Führung in Stockolm, und damit auch einem radikaleren Bild, treu blieben. Andererseits zeigte sich die jüngere Generation der AGAM, besonders jene, die die letzten Jahre in Aceh miterlebt hatten, eher von demokratischen Prinzipien (auch innerhalb der GAM) und der Möglichkeit der Selbstverwaltung überzeugt.

prozesses angesprochen und im MoU so gut als möglich festgehalten andere zeigten sich erst in späterer Folge. Schon während der Verhandlungen in Finnland war die Frage nach der unmittelbaren Gestaltung der politischen Landschaft in Aceh von großer Bedeutung.

Neben vielen anderen Hindernissen – Ethnonationalismus, Zentralismus, Korruption und Elitenherrschaft und fehlende Erfolge der Zivilgesellschaft – war auch die wachsende internationale Skepsis, bezüglich der Möglichkeit Frieden durch liberale Demokratie zu schaffen, eine nicht zu unterschätzende Hürde auf dem Weg zu einem konsolidierten Frieden und Demokratie.[391] Wissenschafter wie Edward Mansifeld und Jack Snyder zeigten auf, dass liberale Friedensprozesse häufig schlechte Ergebnisse aufwiesen.[392] D.h. die Förderung liberaler Prinzipien und damit einhergehend die Kombination von liberaler Demokratie und liberalen Märkten, schien selten die gewünschten Erfolge zu bringen. Weitgehende Freiheiten und freie Wahlen ohne existierende, stabile Institutionen, Rechtsherrschaft und Good Governance führen, so das Argument, vermehrt zu „Identity Politics“ und erhöhen daher die Gefahr einer erneuten Konflikteskalation. Daher besteht die Notwendigkeit Demokratie Stufenweise einzuführen indem die politischen Spielregeln schon im Vorhinein etabliert werden.[393] Diese Logik wurde ab 2005 auch auf Aceh angewandt. Schwache Institutionen die versuchten Rechtsherrschaft durchzusetzen und die Macht des Militärs zurückzudrängen und die steigende Konfliktintensität hatten die vorangegangen Friedensgespräche unterminiert.[394]

Der zunehmende internationale Konsens auf Seiten der Geberländer über die Notwendigkeit einer langsamen, schrittweisen Einführung von Demokratie weil “zu viel” Freiheit und schnelle Wahlen zu mehr Konflikten und Machtmissbrauch führen ist für die Entwicklungen in Aceh nicht zutreffend. Die destruktiven Faktoren vor denen Vertreter obiger These warnen waren zwar auch in Aceh vorhanden: schwache politische und administrative Institutionen, eine schnelle Einführung von zivilen und

[391] Törnquist 2009, S. 3
[392] Mansfield, Snyder Jack 2002; siehe hierzu auch Kapitel 1
[393] Carothers 2007
[394] McGibbon 2006, 344ff

politischen Freiheiten, ethnische und religiöse Identitäten und sofortige Wahlen. Tatsächlich waren es aber die größeren politischen Rechte, die vermehrte Meinungsfreiheit und die Entscheidung vieler Führungspersönlichkeit sich die demokratischen Reformen zu Nutze zu machen, die die Konsolidierung des Friedens ermöglichten.[395] Das will aber auch nicht heißen, dass Aceh die „liberal peace" These bedingungslos belegt. Die Demokratisierung in Aceh wurde nicht nur durch die Zivilgesellschaft vorangetrieben sondern hauptsächlich von breiteren politischen Organisationen – wie SIRA und GAM. Obwohl „Institution Building" von großer Bedeutung war, wurden die Institutionen nicht durch Pakte zwischen Eliten geschlossen, wie viele Mainstream Theorien empfehlen. Stattdessen fand das „Institution Building" innerhalb des im Vorfeld verhandelten Rahmenwerks (MoU) statt, das durch extensive Konsultation von verschiedensten Interessenvertretern erweitert wurde (LoGA).[396] Entgegen vieler Befürchtungen gelang die Transformation des Konfliktes, der nun nicht mehr auf dem Schlachtfeld ausgetragen wurde sondern in einer öffentlichen Politikdebatte mit breiter Beteiligung. Beide Konfliktparteien haben sich trotz einiger Schwierigkeiten in ein demokratisches System eingliedert und tragen ihre Konflikte nicht mehr mit Waffengewalt aus. Dass zuweilen aber auch sehr unterschiedliche Vorstellungen zu Demokratisierung aufeinanderprallen steht außer Frage.

Auch die Bevölkerung Acehs nimmt den Friedensprozess sehr unterschiedlich wahr. Während Teile der Bevölkerung den Friedensprozess ausgesprochen positiv sehen und die Verbesserungen in ihrem Alltag hervorheben, unterstützen andere zwar den Friedensprozess per se, sehen aber auch viele Probleme und kritisieren die fehlenden Möglichkeiten der Partizipation.[397] Die Tatsache, dass neben den beiden Hauptakteuren, GoI und GAM, kaum jemand die Möglichkeit hatte den Friedensprozess aktiv mit zu gestalten lässt viele an der Langfristigkeit des Friedens zweifeln.

> *„Although the peace process continues to move forward and the Acehnese people as a whole free now to work for their livelihood, the potential for new conflicts can always emerge. The people have learned a lot from their his-*

[395] Törnquist 2009, S. 11
[396] Törnquist 2009, S. 12
[397] Grayman 2009

tory. Just for an example, take the Darul Islam rebellion, after only 15 years of peace with Jakarta, warfare returned to Aceh."[398]

Anhand des Zustande kommen des LoGA (Law on the Governing of Aceh), der im MoU eine zentrale Stelle eingeräumt wurde und die zukünftige Verwaltung Acehs regeln sollte, lassen sich die unterschiedlichen Positionen und Sichtweisen hinsichtlich der Demokratisierung Acehs gut darlegen. Nach dem zivilgesellschaftliche Organisationen während des Helsinkiprozess kaum die Möglichkeit hatten sich aktiv in die Gestaltung des Friedensprozesses einzubringen, wurde nun versucht, den Entwurf für das Gesetz in Zusammenarbeit mit einer breiten Bandbreite an zivilgesellschaftlichen Vertretern zu erstellen.

Neben dem Zustande kommen des LoGA (Law on the Governing of Aceh) werden im Folgenden die Wahlen zum Gouverneur 2006, die weitere Entwicklung und Engagements von zivilgesellschaftlichen Organisationen in Aceh und die Wahlen 2009 genauer betrachtet.

4.1 Das neue Verwaltungsgesetz für Aceh

Die im Memorandum of Understanding festgehaltenen Kompromisse, vor allem hinsichtlich des zukünftigen politischen Status von Aceh, sollten in einem Verwaltungsgesetz für Aceh geregelt werden. Das MoU sah vor, dass die Vereinbarung bis März 2006 in der nationalen Gesetzgebung umgesetzt werden sollten. Dies verzögerte sich jedoch aufgrund eines langwierigen Verhandlungsprozesses innerhalb des nationalen Parlaments um vier Monate. Im Juli 2006 wurde das Verwaltungsgesetz (Law on the Governing of Aceh, LoGA) schließlich verabschiedet. Die endgültige Version stieß aber bei der GAM und bei vielen Nichtregierungsorganisationen auf erheblichen Widerstand.

[398] Interview mit einem NGO Mitglied aus Aceh Utara, Grayman 2009 S. 9

Im Zuge der graduellen Umwandlung der GAM von einer Guerillabewegung hin zu einer politischen Organisation, gründete die GAM 2006 zwei neue Organe: den *Majelis Nasional* (Nationalrat) und das *Komitee Peralihan Aceh* (Aceh Transition Committee, KPA), welches die Demobilisierung und Reintegration der ehemaligen GAM KämpferInnen überwachen sollte und aus dem militärischen Arm der GAM hervorging.[399]

Der *Majelis* sollte alle politischen und ökonomischen Ressourcen der GAM in einer Institution vereinigen und wurde von denjenigen GAM Mitgliedern dominiert die der schwedischen Führung treu geblieben waren. Neben der Festlegung der politischen Strategie war der Majelis auch für die Überzeugungsarbeit hinsichtlich des MoU verantwortlich. Auch Muhammad Nazar, der Vorsitzende von SIRA (*Sentrum Informasi Referendum Aceh*) beteiligt sich an der Arbeit des *Majelis*. Malik Mahmud und Zaini Abdulla, die Nummer Zwei und Drei in der GAM-Hierarchie hinter Hasan di Tiro kehrten im April 2006 nach Jahrzehnten im Exil nach Aceh zurück. Die Rückkehr Maliks, der sich in ganz Aceh mit GAM Mitgliedern traf um sie davon zu überzeugen, dass der Friedensprozess die beste Option für alle ist, half der GAM einige Zeit die Spannungen innerhalb der Organisation zu überwinden. Der *Majelis Nasional*, der als *Majelis Peudong MoU* (MoU Enforcement Council) bekannt wurde, schaffte es, dass sich fast jeder Distrikt beteiligte und lokale Ressourcen zur Verfügung stellte um das neue Verwaltungsgesetz für Aceh vorzubereiten.[400]

Ein acehnesischer Entwurf des Gesetzes wurde im Jänner 2006 dem DPR übergeben.[401] Der Entwurf entstand in Zusammenarbeit verschiedener Mitglieder der acehnischen Zivilgesellschaft. Nach dem GAM zunächst einen kompakten Entwurf vorlegte, der etliche radikale Ideen zu der zukünftigen Form von Acehs Selbstverwaltung enthielt, versuchte das lokale Parlament so viele Ansichten als möglich zu berücksichtigen. Neben dem Aceh Democracy Network (*Jaringan Demokrasi Aceh*, JDA), einem Netzwerk das rund 40 NGOs mit recht verschiedenen Schwerpunkten vereinigt, waren vier lokale Universitäten damit beauftragt die verschieden Ideen in

[399] ICG 2006b, S. 2
[400] ICG 2006b, S. 3
[401] Aceh Democracy Network 2006a

einem gemeinsamen Dokument zu verbinden.[402] Im Rahmen von öffentlichen Seminaren die in verschieden Städten in Aceh, in Medan und in Jakarta stattfanden konnte sich auch die Öffentlichkeit am Prozess beteiligen. Der so entstandene Entwurf wurde dann der Provinzregierung übergeben, die die Vorlage mit Hilfe eines Expertenteams noch einmal überarbeitete und den legalen Rahmenbedingungen anpasste.[403] Das Resultat war ein Gesetz, dass auf einem breiten Konsens basierte und von der Mehrheit der Bevölkerung in Aceh akzeptiert und unterstützt wurde. Allerdings war der Entwurf aufgrund seiner Breite und dem teilweisen Fokus auf oberflächliche Regulierungen auch verwässert und lenkte zum Teil von den Kernprinzipien der Selbstverwaltung ab. Indem versucht wurde Aceh Kontrolle über möglichst viele Politikbereiche zu geben wurde das Gegenteil erzielt. Durch die Beteiligung so vieler verschiedener Stakeholder wurden außerdem häufig Kompromisse auf Kosten von Klarheit und Konsistenz geschlossen.

Nach der Übergabe des Entwurfs von Aceh an das nationale Parlament wurde ein Sonderkomitee (*Panitia Khusus* oder Pansus) geformt, das aus Vertretern der nationalen Parteien sowie aus Vertretern der vom Gesetz betroffenen Ministerien bestand. Das Parlament änderte etliche Artikel des Gesetzes. In den Diskussionen des Parlamentsausschusses wurde deutlich, dass das Parlament das MoU noch immer skeptisch betrachtete. Wohl nicht zuletzt, weil es nicht in den Verhandlungsprozess in Helsinki eingebunden gewesen war. Das tatsächlich verabschiedete Gesetz war letztendlich wesentlich abgeschwächt und wurde von Teilen der GAM und auch von großen Teilen der Zivilgesellschaft in Aceh mit viel Kritik bedacht.

Nicht nur wurde der Terminus „Selbstverwaltung“ („self-government“ bzw. *Pemerintahan sendiri*), der zumindest für GAM und Aceh ein wichtiger Punkt im MoU war (s.o.), gestrichen, auch scheint das LoGA Aceh weniger Autoritäten zuzuschreiben als das Gesetz über „special autonomy“ aus 2000.[404]
Das Aceh Democracy Network hat die zwei Dokumente, den ursprünglichen Entwurf von Aceh und die Version aus Jakarta schematisch in einer Tabelle gegenüber ge-

[402] May 2008, S. 42
[403] ICG 2006a, S. 2
[404] ICG 2006a, S. 2

stellt.[405] Dabei fallen nicht wenige gravierende Unterschiede auf. So lautet der Artikel 6 des Entwurfs von Aceh:

1. *„Aceh has authority over all public sectors, except in those areas that remain the authority of the central government.*
2. *These areas are foreign policy, external defence, national security, monetary and fiscal policy, and justice.*
3. *The authority of the central government as outlined in (2) can be turned over in part or in whole to the Aceh government or the district governments in accordance with laws and regulations."*[406]

Der korrespondierende Artikel 7 des Gesetzes verändert den Wortlaut maßgeblich:

1. *„Aceh and its districts have the authority to manage and take care of their own governmental affairs in all public sectors, except governmental affairs that are the authority of the central government.*
2. *Governmental affairs that are the authority of the central government are foreign policy, defence, security, judicial, monetary, national fiscal and certain affairs in the area of religion.*
3. *In addition to the authority mentioned in (2), there are other government affairs that can be designated as coming under central government authority by law."*

Durch die Abänderung von „external defence" auf „defence" und von „national security" auf „security" wird einer der Hauptprinzipien des MoU, Artikel 1.1.2a, in Frage gestellt der folgender maßen lautet:

> *„Aceh will exercise authority within in all sectors of public affairs … except in the fields of foreign affairs,* ***external defence****,* ***national security****, monetary and fiscal matters, justice and freedom of religion, the policies of which belong to the Government of the Republic of Indonesia in conformity with the Constitution."* [eigene Hervorhebung][407]

Der Entwurf des LoGA von Aceh deutet außerdem darauf hin, dass die lokale Regierung durch weitere Gesetzte an Autorität gewinnen kann. Die Version der Regierung

[405] Aceh Democracy Network 2006b, S. 14f
[406] Aceh Democracy Network 2006b, S. 14f
[407] Memorandum of Understanding between the Government of the Republic of Indonesia and the Free Aceh Movement, Art. 1.1.2a

lässt hingegen die Möglichkeit offen die Autorität der lokalen Regierung einzuschränken.

Auch die Frage nach unabhängigen Kandidaten in zukünftigen regionalen Wahlen wurde bis zu letzt stark diskutiert. In den ersten Entwürfen der Regierung wurde dieser Passus gestrichen, was zunächst den Anschein erweckte, dass bei den Gouverneurswahlen 2006 sich nicht, wie erwartet, auch unabhängige Kandidaten der Wahl stellen würden. Obwohl dieser Punkt, wie auch die anderen, für viel Aufregung sorgten, machte GAM klar, dass die Diskussion den Friedensprozess nicht gefährden würde. Unabhängige Kandidaten wurden zu den Wahlen 2006 zwar zugelassen, andere umstrittene Punkte des Gesetzes wie etwa die Ahndung vergangener Menschenrechtsverletzungen, die gestrichen wurde, blieben bestehen. Der ursprüngliche Entwurf von Aceh sah die Errichtung eines Menschenrechtsgerichtshofes in Aceh vor sowie die Möglichkeit in speziellen Fällen die UNO einzuschalten. Die endgültige Version des Gesetzes verwendete eine weniger deutliche Sprache und sah nur die Errichtung eines Menschenrechtsgerichtshofes „für Aceh“ und nicht „in Aceh“ vor. Die Möglichkeit einer UNO Intervention wurde explizit ausgeschlossen.[408]

Während die Reaktionen der GAM auf die meisten Änderungen eher verhalten waren riefen SIRA und etliche andere Organisationen nach dem Erlass des Gesetzes zu einem Generalstreik in Aceh auf der in vielen Städten durchgeführt wurde.
Obwohl das LoGA viele Defizite aufweist und vor allem viele regionale Gesetze (*Qanun*) erfordert um es tatsächlich umsetzen zu können bietet es doch einen umfassenden Rahmen um zukünftig auftretende Probleme in einem demokratischen Rahmen zu lösen. Allerdings muss an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass Teile der Umsetzung des LoGA in regionale Gesetze bis heute fehlen. Nicht zuletzt mangels eines Konsens zwischen der regionalen Regierung und des regionalen Parlamentes.
Die Bewertung des Erfolges des LoGA war sehr unterschiedlich. Die indonesische Regierung, große Teile der indonesischen Bevölkerung und die internationale Gemeinschaft sahen das Gesetz als gelungenen Kompromiss, welcher einen Großteil

[408] ICG 2006a, S. 5

aber nicht alle der Provisionen des Helsinkiabkommens umsetzte. Die indonesische Regierung sah auch den Prozess als Erfolg an, da im Laufe der Diskussionen einige der Skeptiker im nationalen Parlament vom Friedensprozess überzeugt werden konnten. Viele der GAM Mitglieder und auch viele andere AcehnesInnen sahen das Gesetz hingegen als Misserfolg, und betrachteten viele der Gesetze als Bruch des Helsinkiabkommens und als gegenläufig zu einer tatsächlichen Selbstverwaltung.

Die Verabschiedung des LoGA ermöglichte auch die Durchführung der ersten direkten, regionalen Exekutivwahlen. Bei den Wahlen die letztendlich Ende 2006 stattfanden, wurden, neben dem Gouverneur, auch Distriktleiter (*bupati*), Bürgermeister und ihre jeweiligen Stellvertreter gewählt. Der Wahlkampf und die dabei involvierten Parteien werden im folgenden Kapitel behandelt.

4.2 Die Wahlen 2006

Die Sieger der am 11. Dezember 2006 stattfindenden Direktwahlen waren viele der GAM Mitglieder die als unabhängige Kandidaten angetreten waren. Für die großen nationalen Parteien und auch für die Regierung stellten die Wahlen eine Niederlage dar.[409] Die Wahlen verdeutlichten aber auch die veränderten Machtverhältnisse innerhalb der GAM. Die von Schweden aus geführte Faktion verlor maßgeblich an Einfluss. (s.o.)
Die Wahlen waren ein wichtiger Schritt um den Frieden zu konsolidieren. Eine Umfrage die zwischen September und Oktober 2006 von der International Foundation for Electoral Systems (IFES) durchgeführt wurde, zeigte, dass obwohl ein Großteil der Bevölkerung (93%) daran glaubten, dass die Wahlen helfen würden den Frieden zu sichern, auch viele (55%) befürchteten die Gewalt könnte währen des Wahlkampfes erneut entfacht werden.[410] Letztendlich verlief der Wahlkampf im Großen und Ganzen friedlich und es stellte sich eine Vielzahl unterschiedlicher Kandidaten zur Wahl.

[409] Ufen 2007, S. 107
[410] IFES 2006

4.2.1 Die Kandidaten

Wie im Memorandum of Understanding stipuliert wurden für die Wahlen 2006 unabhängige Kandidaten zugelassen. Die Hürden für diese waren allerdings hoch. Unabhängige Kandidaten mussten 130.000 Unterschriften von offiziell registrierten Wahlberechtigten sammeln um zu den Gouverneurswahlen anzutreten. Für die Distrikt- und Bürgermeisterwahlen waren 15.000 Unterschriften nötig. Für Mitglieder der GAM stellten diese Auflagen noch die geringsten Probleme dar, da sie auf ein weitläufiges Netzwerk zurückgreifen konnten.[411] Für einige andere unabhängige Kandidaten, die nicht auf die Apparate großer Organisationen zurückgreifen konnten waren die Hürden aber zu groß.

Bezüglich der GAM war im Vorfeld der Wahlen noch unklar wie sie sich im Wahlkampf präsentieren würden. Die Diskussionen um zukünftige politische Strategien, die ab Mitte 2006 auch öffentlich geführt wurden, waren langwierig und intensiv. Die ältere Generation der GAM trat eher für die Möglichkeit ein sich einer der nationalen Parteien anzuschließen, während die jüngere Generation unabhängige Kandidaten aufstellen wollte.[412]

Malik Mahmud und die ältere Generation unterstützten die Nominierung von Humam Hamid[413] und Hasbi Abdullah[414] während sich die jüngere Generation für Irwandi Yusuf[415] und Muhammad Nazar[416] eintrat.[417] Viele der jüngeren GAM Mit-

[411] Ufen 2007, S. 111
[412] ICG 2006b, S. 1
[413] Humam Hamid ist ein Doktor der Soziologie und einer der respektiertesten Intellektuellen in Aceh, der für seinen langjährigen sozialen und umweltpolitischen Aktivismus bekannt ist. Humam war aber nie ein Mitglieder der GAM und hatte enge Verbindungen zur United Development Party (Partai Persatuan Pembangunan, PPP) mit deren Unterstützung er letztendlich bei den Wahlen antrat. Die PPP ist eine nationale Partei mit islamischer Orientierung und einer weitläufigen Struktur in Aceh. (ICG 2006b, S. 5)
[414] Hasbi Abdullah hatte auf den ersten Blick eine solide Stellung innerhalb der GAM. Er war seinem älteren Bruder Zaini Abdullah 1976 in die Bewegung gefolgt und verbüßte zwei Gefängnisstrafen. Trotzdem war er bei den Kommandanten im Feld wenig beliebt, da er angeblich während des militärischen Notstands zwischen 2003 und 2005 wenig für die GAM getan hatte und sich auch nicht aktiv am Helsinkiprozess beteiligt hatte. (ICG 2006b, S. 4)
[415] Irwandi Yusuf ist ein in den USA ausgebildeter Veterinärmediziner und gilt als Anführer der jungen GAM. Er ist seit 1990 Mitglied der GAM und eignete sich während seiner Reisen nach Lateinamerika die Praxis und Theorie des Guerillakampfes an. Nach seiner Rückkehr nach Aceh arbeitete er als Propagandist und Redenschreiber für die GAM und war auch maßgeblich an einer Reform der GAM-Militärstruktur beteiligt. 2003 wurde er zu neun Jahren Gefängnis wegen Rebellion verurteilt. Als das Gefängnis durch den Tsunami überschwemmt wurde konnte er fliehen und später eine wichtige Rolle bei den Verhandlungen in Helsinki spielen. Nach dem MoU war für die Entwaffnung und für

glieder beschuldigten führende Persönlichkeiten die Kandidaten undemokratisch auszuwählen, ohne diese vor dem *Majelis Nasional* zu diskutieren und sie nur aufgrund der Empfehlungen von Malik Mahmud zu ernennen. Die Diskussionen drehten sich nicht nur um die Frage der Kandidaten sondern auch um die zukünftigen Entscheidungsstrukturen der GAM. Sollten die Entscheidungen top down oder bottom up getroffen werden?[418]

Nach dem auch bei der Hauptsammlung des *Majelis Nasional* im Mai 2006 keine Einigung über mögliche Kandidaten gefunden werden konnte entschied sich Malik Mahmud für einen Kompromiss. Die GAM als Organisation würde die Wahlen nicht bestreiten, es blieb aber jedem Mitglied selbst überlassen als unabhängiger Kandidat anzutreten.[419]

Der Kompromiss hatte aber nicht die gewünschte Wirkung. Er schien nicht nur die Chancen der GAM zu verringern sich als einheitliche Plattform zu präsentieren sondern entzweite die Mitglieder auch weiter, da diese sich nun gezwungen sahen verschiedene Kandidaten zu unterstützen. Auch schwächte es die Kampagne für eine weitergehende Selbstverwaltung für Aceh da die internen Gerangel von der Debatte in Jakarta über das LoGA ablenkten.

Schon lange vor dem offiziellen Beginn des Wahlkampfes versuchten Humam / Hasbi und Irwandi / Nazar die Unterstützung der GAM Mitglieder in den einzelnen Regionen Acehs zu gewinnen. Humam Hamid und Hasbi Abdullah entschieden sich als Kandidaten der United Development Party (*Partai Persatuan Pembangunan*, PPP) anzutreten. Humam argumentierte, dass aufgrund der Tatsache, dass die GAM eine wichtige politische Kraft und ein Schlüsselakteur der Konflikttransformation ist, eine Koalition zwischen GAM und nicht-GAM Führungspersönlichkeiten unausweichlich wäre. Auch sei es wichtig für die GAM bei den Wahlen gut abzuschneiden um den Weg für zukünftige politische Partizipation zu ebenen. Eine Koalition mit einer bestehenden Partei mit guten Ressourcen und einer weitläufigen Infrastruktur sei eine

---

die Reintegration der ehemaligen Kämpfer verantwortlich und diente als Verbindung zwischen GAM und der Aceh Monitoring Mission der EU. (ICG 2006b, S. 3f; auch Ufen 2007, S. 113)

[416] Muhammad Nazar war zwar kein offizielles GAM Mitglied hatte aber durch seine Arbeit mit SIRA viele Unterstützer.

[417] Ufen 2007, S. 111

[418] ICG 2006b, S. 4

[419] ICG 2006b, S. 6

Möglichkeit dies zu erreichen.[420] Die Partnerschaft zwischen GAM und einer politischen Partei schien auch ein gutes Zeichen für einen langfristigen Friedensprozess und war daher sowohl für jene Teile der Bevölkerung attraktiv die „special autonomy“ unterstützen als auch für jene die eine weitläufigere Selbstverwaltung wollten. Allerdings gab es auch viele Stimmen, die ein Bündnis mit einer javanischen Partei als Verrat des 30jährigen bewaffneten Kampfes für die Unabhängigkeit sahen.
Obwohl Humam Hamid und Hasbi Abdullah die Unterstützung der GAM Elite hatten tendierte die Basis eher dazu, Irwandi Yusuf und Muhammad Nazar zu unterstützen. Der von SIRA und Nazar organisierte friedliche Protest gegen das LoGA in Banda Aceh demonstrierte, dass Irwandi und Nazar in der Lage waren die Massen zu mobilisieren. Nazar gelang es durch seine Rolle als GAMs Pressesprecher, der Stärke SIRAs in ländlichen Gebieten und der Unterstützung des KPA mehr als 50.000 Menschen aus der ganzen Provinz in Banda Aceh zu versammeln. Die Demonstration zeigte, dass die alten territorialen Infrastrukturen der GAM noch immer existierten, und dass die ehemaligen GAM Kämpfer eine nicht zu unterschätzende politische Kraft werden könnten.[421]

Letztendlich stellten sich acht Kandidatenpaare auf Provinzebenen zur Wahl. Insgesamt traten 258 Kandidaten auf Distrikt- und Stadtebene an. Davon waren nur fünf weiblich und die beiden Kandidatinnen für die Gouverneurswahlen wurden disqualifiziert, weil sie den obligatorischen Koran-Rezitationstest[422] nicht bestanden.[423]
Mitte November lagen Umfragen zu Folge nach Humam Hamid, Azwar Abubakar und Malik Raden ungefähr gleich auf.[424] Viele erwarteten zu diesem Zeitpunkt einen Wahlsieg von Humam Hamid und Hasbi Abdullah. Die späteren Sieger Irwandi Yusuf und Muhammad Nazar lagen zu diesem Zeitpunkt noch weit abgeschlagen.[425]
Neben dem Kandidaten Paar Humam / Hamid wurde auch Azwar Abubakar und M. Nasir Djamil gute Chancen eingeräumt. Azwar Abubkar war der amtierende Gou-

[420] ICG 2006b, S. 5
[421] ICG 2006b, S. 7
[422] Um das passive Wahlrecht in Anspruch nehmen zu können mussten die möglichen Kandidaten eine reihe von Auflagen erfüllen. Vor allem Anforderungen bezüglich Ausbildung, Gesundheit und Einkommen wurden von der Wahlbeobachtungsmission der EU kritisiert. Muslimische Kandidaten mussten außerdem einen öffentlichen Koran-Rezitationstest bestehen. (European Union 2007, S. 13)
[423] European Union 2007, S. 6
[424] ICG 2006b, S. 8
[425] ICG 2006b, S. 9

verneur und Kandidat der *Partai Amanat Nasional* (PAN, National Mandate Party), die in der größten muslimischen Organisation Muhammadiyah verwurzelt ist. Sein Partner Nasir Djamil war von der Partai Keadilan Sejahtera (PKS, Justice and Prosperity Party), eine islamistische Partei die vor allem für ihre Anti-Korruptions Haltung bekannt ist.
Malik Raden und Sayed Fuad Zakaria traten für Golkar an und waren ebenfalls Favoriten weil sie auch die Unterstützung der *Partai Demokrat* (PD, Democrat Party) des Präsidenten Susilo Bambang Yudhoyono und die Unterstützung der *Partai Demokrasi Indonesia-Perjungan* (PDI-P, Indonesian Democratic Party-Struggle) der zweitstärksten Kraft im nationalen Parlament, hatten.[426]
Neben Irwandi Yusuf und Muhammad Nazar traten noch zwei weitere unabhängige Kandidatenpaare zur Gouverneurswahl an. Der ehemalige Parlamentsabgeordnete Ghazili Abbas und der SIRA Aktivist Salahuddin Al Fathah sowie der frühere Kommandeur von Aceh, Generalmajor Djail Yusuf der gemeinsam mit Syaukas Rahmitallah antrat.[427]

Der zweiwöchige Wahlkampf begann am 24. November 2006 und verlief weitgehend ruhig.[428] Die im Vorfeld geäußerten Befürchtungen die Milizen, die dem indonesischen Militär nahe stehen, könnten aktiviert werden erwiesen sich als unbegründet. Eine Ausnahme war ein Zwischenfall am 22. November 2006, als Anhänger des späteren Wahlsiegers Irwandi in Bireuen den GAM-Konkurrenten Humam Hamid attackierten. Nach diesem Vorfall entschloss sich der GAM-Oberkommandeur Muzakir Manaf die Neutralität der Organisation bei den Wahlen zu erklären und zog die Unterstützung für Humam Hamid zurück.[429]

Die Programme der Kandidaten wiesen kaum signifikante Unterschiede auf. Humam Hamid und Hasbi Abdullah stellten vor allem die Friedenserhaltung in den Mittelpunkt. Malek Raden und Sayed Fuad Zakaria setzten sich für eine kostenlose Schulausbildung und eine freie Gesundheitsversorgung für Bedürftige ein. Azwar Abuba-

[426] Ufen 2007, S. 112
[427] European Union 2007, S. 25
[428] European Union 2007, S. 6
[429] Ufen 2007, S. 114

kar sprach sich für eine Umsetzung des Scharia-Rechtes aus. Irwandi betonte die Notwendigkeit einer freien Schulbildung für alle AcehnesInnen und für Kinder von GAM-Kämpfern sogar eine kostenlose Universitätsausbildung. Er hob auch die Bedeutung des Antikorruptionskampfes hervor und setzte sich für eine engere Kopperation mit lokalen und internationalen NGOs ein.[430]

4.2.2 Wahlergebnisse

Auf den 2,6 Millionen aufwändig registrierten Wählern gaben 76,4% am 11. Dezember ihre Stimme ab. Letztlich setzten sich Irwandi Yusuf und Muhammad Nazar deutlich mit 38,2% der Wählerstimmen vor Humam Hamid und Hasbi Abdullah (16,62%) durch. Auch in zahlreichen Distrikten und Städten konnten Vertreter der GAM gewinnen.[431] Sie erreichten in den Distrikten Aceh Jaya, Ost-Acehth, Nord-Aceh, Aceh Barat und Pidie sowie in den Städten Lhoseumawe und Sabang die Mehrheit. In Aceh Besar und in Aceh Barat Daya führte ein PAN-Kanditat, in Mittell-Aceh ein Kandidat der PAN und der PBR, in der Stadt Banda Aceh gewann die PPP, in Südost-Aceh die PKS, Kandidaten von Golkar erreichten in Aceh Singkil, Bener Meriah, Gayo Lues, der Stadt Langs, Nagan Raya und Simeule die Mehrheit. In Aceh Barat, Aceh Barat Daya und Aceh Taminang fand jeweils eine zweite Wahlrunde statt.[432] [433]

Die vielerorts überraschenden Siege der GAM Kandidaten – Beobachter und Meinungsforscher räumten ihnen im Vorfeld nur wenige Chancen ein[434] – können vor allem der Aktivierung der noch immer funktionierenden Apparate von SIRA und der GAM zugeschrieben werden. Sowohl die GAM als auch die Aktivisten von SIRA sind bis zur Subdistriktebene gut organisiert. Weder die säkularen noch die islamischen nationalen Parteien konnten dem Netzwerk von Irwandi Yusuf und Muham-

[430] Ufen 2007, S. 114
[431] In 14 der 19 Distrikte bzw. Städte traten GAM-Kandidaten an, in zwei davon (Ost-Aceh und Nagan Raya) zwei konkurrierende GAM-Paare.
[432] Um die Wahl zu gewinnen musste ein Paar mindestens 25% der Stimmen bekommen. Im zweiten Wahlgang traten die beiden stärksten kandidatenpaare gegeneinander an. (European Union 2007, S. 14)
[433] European Union 2007, S. 31ff
[434] ICG 2007, S. 1

mad Nazar etwas entgegensetzen. Sowohl Malik Raden und Sayed Fuad Zakaria als auch Azwar Abubakar und M. Nasir Djamil erzielten schlechte Ergebnisse[435]. Nur in jenen Distrikten in den die GAM seit jeher schwach organisiert ist, konnten die nationalen Parteien ihre Stellung behaupten.[436]

Das gute Abschneiden der GAM Kandidaten bei den Wahlen 2006 kann nicht alleine auf die Aktivierung der „Grassroot" Struktur der KPA und der SIRA zurückgeführt werden. Vor allem auf Provinzebene profitierten die Kandidaten von der großen Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den alten, Jakarta-orientierten Parteien, die vielfach als elitär und korrupt angesehen wurden. Das Netzwerk der früheren GAM Kämpfer ermöglichte die Mobilisierung tausender Freiwilliger, welche die Öffentlichkeit über GAM Kandidaten informierte und von Tür zu Tür gingen um Wähler direkt anzusprechen. Lange vor Beginn des offiziellen Wahlkampfes konzentrierten sich GAM Kandidaten auf ländliche Gegenden und verwendeten öffentliche Diskussionen über den Friedensprozess als Ansatzpunkt für ihre Kampagnen. Freiwillige Helfer beteiligten sich an Diskussionen der Gemeinden und anderen öffentlichen Events. Einige KPA Mitglieder verbrachten angeblich einen Großteil ihrer Zeit in Kaffeehäusern um über ihre Kandidaten zu sprechen und andere zu überzeugen. Sowohl auf Provinz- als auch auf Distriktebene pochten GAM Kandidaten auf die acehnesische Identität, Kultur und Geschickte. Die Entscheidung für die Fotos auf den Wahlkarten traditionelle Kleidung zu tragen symbolisierte dies, und unterschied sie auf den ersten Blick von den anderen Kandidaten die, mit Ausnahme der fünf Frauen in den Distriktwahlen, alle Anzüge trugen. Die Kampagnen der GAM Kandidaten verwendeten auch gezielt traditionelle Geschichten und verwiesen auf Parallelen mit vergangen Helden und den Kandidaten.[437]
GAM gewann also viele Wähler durch die Hoffnung, sie würden das existierende Verwaltungssystem ändern und die acehnesische Bevölkerung besser repräsentieren. Es gab aber auch etliche Vorwürfe über Einschüchterungsversuche besonders in

[435] Malik Raden und Sayed Fuad Zakaria erhielten 13,97% der Stimmen, Azwar Abubakar und M. Nasir Djamil 10,61%.
[436] Ufen 2007, S. 116
[437] ICG 2007, S. 4ff

Nord Aceh. Während die Wahlen im Allgemeinen als fair und transparent bewerten wurden konstatierte ein Wahlbeobachter in Matangkuli, Nord Aceh:

> *„The feeling of some voters was: 'If I don't vote for GAM, what will happen to me and my family?' GAM did not have to make overt threats; its presence was enough to make some people afraid."*[438]

Die zahlreichen Walsiege von GAM Kandidaten können als auf eine Kombination von Faktoren zurückgeführt werden. Die guten Strukturen des KPA und von SIRA, die Hoffnung auf einen langfristigen Frieden und die Unzufriedenheit mit etablierten Parteien waren wohl die wichtigsten Gründe.

4.2.3 Gemeisterte Herausforderungen oder gebrochene Versprechen?

Obwohl die Wahlen in Aceh durchaus erfolgreich waren und die Aussichten auf einen anhaltenden Frieden verbesserten zeigten sich doch auch politische Praktiken die für eine längerfristige verantwortungsbewusste, demokratische und reaktionsfähige Regierung problematisch sind.

Rechnet man die Tatsache ein, dass die Gewaltintensität in Aceh noch wenige Monate vor den Wahlen sehr hoch gewesen war, ist es durchaus bemerkenswert, dass die Wahlen fast ohne gewalttätige Konflikte über die Bühne gingen. In die Konflikte und Auseinandersetzungen die auftraten waren, obwohl nicht gewalttätig, aber häufig auch staatliche Institutionen involviert, welche wahltechnische Vergehen nicht nur duldeten sondern teilweise auch verübten. Die institutionelle Durchführung der Wahlen zeigte etliche Schwachpunkte auf: die Wahlaufsicht war in vielen Fällen ungenügend; Untersuchungen von Streitigkeiten waren häufig ineffektiv; in einigen Distrikten kam es zu Vorwürfen über die Parteilichkeit der Wahlvorsitzenden und manche wichtigen Abläufe, wie die Kontrolle der Kampagnenfinanzierung wurden ignoriert.[439] Die Schwachpunkte hatten zwar keinen direkten Einfluss auf den Ausgang der Wahlen, hatten und haben aber durchaus Auswirkungen auf die Art und Weise, in der auch zukünftige politische Konflikte und Streitfragen angegangen werden und wie sich die Verwaltung in Aceh entwickeln wird. Die Unfähigkeit der wahltechni-

[438] ICG 2007, S. 6
[439] Clark 2008, S. 2

schen Institutionen, insbesondere der Independent Election Comission (*Komisi Independen Pemilihan*, KIP Aceh), die auftretenden Probleme zu lösen führte zu Beschwerden innerhalb der politischen Elite und mindert die Legitimität der Sieger. Die schlechte Kontrolle der Finanzen hat vor allem für die Zivilgesellschaft und die Öffentlichkeit Auswirkungen. Ihnen wurde eine Möglichkeit entzogen, die Kandidaten und die neue Regierung zur Rechenschaft zu ziehen.

Auch die Wahlstrategien während der *pilkada* waren weniger durch längerfristige politische Strategien und Parteienpolitik geprägt als durch pragmatische Allianzen und Klientelismus. Die Kandidaten schienen vor allem um die Gunst einflussreicher Mitglieder der Gesellschaft zu werben oder setzten wie im Fall der GAM Kandidaten ihre extensiven Netzwerke ein. Die Folge dieser Wahlstrategien war insofern weit reichend, als dass viele Kandidaten auf Distriktebene sowohl finanzielle als auch soziale Schulden zu begleichen hatten.[440] Hinzukommt, dass der neu gewählte Gouverneur Irwandi zwar der eindeutige Wahlsieger war, dass er aber keine Erfahrungen in politischen Ämtern hat und weder auf die Unterstützung einer starken Partei noch auf die des regionalen Parlamentes bauen kann. Die fehlende Mehrheit im Parlament – Parlamentswahlen fanden erst 2009 statt – führte dazu, dass viele wichtige Gesetzesentwürfe nur mit sehr viel Verspätung oder gar nicht in Kraft traten.[441] Betroffen war neben Budgetvorschlägen vor allem die Diskussion um das Verwaltungsgesetz.

Die Übereinstimmung der Inhalte der Wahlprogramme der Kandidaten mit den Meinungen der Wähler hatte keinen großen Einfluss auf das Wählerverhalten. Die Wähler entschieden sich aufgrund einer Reihe anderer Faktoren. Erstens, stimmten viele für Kandidaten die bereits Beziehungen zu den jeweiligen Dörfern hatten die zukünftig den Zugang zu staatlichen Ressourcen erleichtern könnten. Zweitens, erfolgten die Wahlgänge häufig in der Gemeinschaft. Die Dorf Ältesten beeinflussten oft das Wahlverhalten ihrer Mitbürger und die Kandidaten konnten so Grossteile der Dorfbevölkerung für sich gewinnen. Drittens, gab es auch Einschüchterungsversuche von Seiten der GAM (s.o.).[442]

[440] Clark 2008, S. 2
[441] Aguswandi 2006, S. 51
[442] Clark 2008, S. 3

Dieses Wählerverhalten deutet darauf hin, dass die Bevölkerung wenig Vertrauen in die Fähigkeiten von Verwaltung und Regierung setzt, politische und ökonomische Reformen durchzusetzen. Gleichzeitig scheinen viele Vorteile durch Klientelnetzwerke und persönliche Gefallen zu erwarten.

> *„The simultaneous mix of disillusionment towards the state and expectation of benefits could potentially provide the basis for future disputes and group mobilization, raising the potential for outbreaks of violence."*[443]

Die teilweise mangelhafte Durchführung der *pilkada* erleichterte es nicht, die großen Herausforderungen zu meistern. Der Klientelismus, ein in Indonesien weit verbreitetes politisches Werkzeug, gefährdet den Antikorruptionskampf und geschuldete Gefallen mussten nach den Wahlen eingelöst werden, was zu Konflikten zwischen lokalen Eliten führte.

Die Wahlresultate setzen GAM zusätzlich unter Druck. Einerseits erwarten ihre Gefolgsleute eine Ressourcenverteilung zu ihren Gunsten, andererseits steht GAM unter Zugzwang die Verwaltung zu reformieren. Bei der Reform des Verwaltungsapparats gab es zwar auf Provinzebene einige Durchbrüche[444] im Großen und Ganzen herrschen aber noch alte Verhaltensmuster vor. Besonders auf Distriktebene sind große Probleme erkennbar. Die Kompetenzen der einzelnen Distriktverwaltungen sind sehr unterschiedlich und ihre Fähigkeiten den Friedensprozess dazu zu nützen wichtige Veränderungen durchzuführen sind mangelhaft. Obwohl ein Großteil der Entscheidungskompetenzen bei den Distrikten und nicht bei der Provinzregierung liegt, werden finanzielle Mittel und Hilfestellungen zur Verbesserung der Verwaltung hauptsächlich auf Provinzebene vergeben.[445]

Ein weiters Problem ist die während des Konfliktes eingeführte „*Nanggroe Steuer*". Die Steuer wurde vielerorts von der GAM eingeführt um die Rebellion zu Finanzieren. Der neue Gouverneur Irwandi und andere hochrangige Mitglieder der KPA haben diese zwar offiziell abgeschafft, viele ehemalige Kommandanten fordern sie aber immer noch ein. Häufig um für ihre Unterstützer zu sorgen. Eine Hausfrau aus Aceh

[443] Clark 2008, S. 3
[444] So wurde z.B. das Auswahlverfahren für die Leitungspositionen der *dinas* (Goverment Sector Agencies) grundlegend reformiert. Das Verfahren ist nun öffentlich und gut nachvollziehbar. (Aguswandi 2008, S. 52)
[445] Aguswandi 2008, S. 51

Utara, die ihre Waren häufig in Banda Aceh verkauft, beklagte sich, dass „diese Leute“ noch immer häufig eine Nanggroe Steuer verlangen.[446]

Nach den Wahlen wurden auch sehr rasch Stimmen laut, welche die endgültige Auflösung der GAM verlangten. Sowohl die nationale Regierung als auch TNI sahen die Auflösung der GAM als wichtigen Bestandteil des Helsinkiabkommens. Obwohl dieses die Auflösung nicht dezidiert verlangt, geht aus den Gesprächsnotizen zur Sitzung bei der das Ende der AMM beschlossen wurde hervor, dass sich die GAM als Organisation nach den Gouverneurswahlen aufzulösen gedenkt.[447] Die Dynamiken innerhalb der GAM nach den Wahlen führten aber dazu, dass sich die Umwandlung in eine politische Partei verzögerte. Erst im Mai 2008 formte GAM eine politische Partei, die *Partai Aceh*, und kann so gemeinsam mit 11 weiteren lokalen politischen Parteien zur Parlamentswahl 2009 antreten.

> *„The decision to establish a political party shows that former GAM members have the aspiration and intention to participate in a normalized, democratic political process. This is a significant gauge of improvement and the implementation of the MoU.”*[448]

Die politischen Praktiken und Schwächen die bei der Wahl in Aceh auftraten haben große Ähnlichkeiten mit jenen die Wahlbeobachter und Akademiker auch in anderen Teilen Indonesiens beobachten. Es ist durchaus als Erfolg zu betrachten, dass die Probleme denen sich Aceh gegenübersieht den Herausforderungen in anderen Teilen Indonesiens ähneln. Trotzdem, sollte nicht vergessen werden, dass die Konfliktgeschichte, die Trauma der Bevölkerung und die Dynamik zwischen den ehemaligen Rebellen – die nun den gewählten Gouverneur stellen – der Zentralregierung und dem Militär die Provinz noch immer spalten können. [449]

[446] Interview D am 12.4.2009
[447] Aguswandi 2008, S. 50
[448] Aguswandi 2008, S. 52
[449] Clark 2008, S. 4

4.3 Die Rolle der Zivilgesellschaft

Prof. Everhard Holtmann beschreibt in seinem Politik-Lexikon Zivilgesellschaft als vom Staat unabhängig und als „politische Zielvorstellung […], die sich im Zuge von Systemtransformationen auf die Einrichtung einer Demokratie des westlich-repräsentativen Typus richtet“[450]. Larry Diamond zufolge beschäftigt sich die Zivilgesellschaft mit öffentlichen und nicht privaten Anliegen, setzt sich mit staatlichen Policythemen auseinander und fördert Pluralismus und soziale Diversität.[451] In diesem Sinne werden in der Folge all jene Organisationen zur Zivilgesellschaft gezählt, die im Rahmen von demokratischen Grundprinzipien ihre eigenen Interessen vertreten und dabei ständig in einer Wechselbeziehung zum Staat stehen.

Vor allem das Themenfeld der nationalen bzw. regionalen Identität kann nicht alleine auf staatliche Akteure auf der einen und die separatistische Bewegung auf der anderen Seite reduziert werden. Auch die Zivilgesellschaft spielt eine wichtige Rolle da sie das Potenzial hat, verschiedenste Interessen zu artikulieren. Auch haben zivilgesellschaftliche Organisationen in Konfliktregionen die Möglichkeit internationale Netzwerke aufzubauen. Aleksius Jemadu sieht gar eine direkte Konkurrenz zwischen einem zivilgesellschaftlichen Ansatz der Konfliktresolution und einem staatlichen. Wobei er die Zivilgesellschaft im Gegensatz zum Staat als inklusiv, nicht gewalttätig und flexibel beschreibt.[452] Obwohl diese Eigenschaften nicht per se zugeschrieben werden können, ist ohne Zweifel, dass zivilgesellschaftliche Organisationen wichtige Akteure in Friedens- und Demokratisierungsprozessen sind, da sie die Möglichkeit haben durch ihre oft unterschiedlichen Meinungen die Konsolidierung eines Friedensprozesses maßgeblich zu beeinflussen.

In Aceh sind vor 1998 kaum eigenständige zivilgesellschaftliche Akteure erkennbar, nicht zuletzt weil die Repression des Militärs während der DOM eine freie Meinungsäußerung fast unmöglich machte. Nach dem Sturz Suhartos und der demokrati-

[450] Holtmann 2000, S. 792
[451] Diamond 1999, S. 223ff
[452] Jemadu 2004, S. 319

schen Öffnung Indonesiens kam es aber innerhalb kürzester Zeit zur Gründung einer Vielzahl von Organisationen die weitläufige lokale, nationale und internationale Netzwerke aufbauten. Zivilgesellschaftliche Akteure die vor allem für die Demokratisierung Acehs Bedeutung haben sind unter anderem, Studenten, Massenmedien, NGOs und religiöse Gruppen. Die bekannteste Studentenorganisation ist wohl das *Sentral Informasi Referendum Aceh* (SIRA), das Informationszentrum für das Referendum in Aceh, welches für ein Referendum für die Unabhängigkeit wirbt und vor allem wegen den von SIRA organisierten Massendemonstrationen 1999 und 2000 bekannt ist. Bei den Wahlen 2009 trat auch die Partai SIRA (*Partai* Suara *Independen Rakyat Aceh*), Unabhängige Stimme der acehnischen Bevölkerung, an, eine direkte „Tochter" von SIRA.

Die Massendemonstrationen in den Jahren 1999 und 2000 hatten auch zur Folge, dass einige Studentenbewegungen auch in ländlichen Gebieten aktiv wurden. Das People's Crisis Center (PCC), war eine solche Gruppe. Das PCC setzte es sich zum Ziel, Binnenflüchtlingen (Internally Displaced Persons, IDPs) zu helfen ihre Existenzgrundlagen wieder aufzubauen. Auch versuchten sie kollektive Entscheidungsprozesse zu stärken indem sie Frauen und Kinder in Diskussionen einbanden.[453]

Auch Frauengruppen spielten eine wichtige Rolle in ländlichen Gebieten. Zu ihnen zählt auch Flower Aceh, die schon während der DOM Vergewaltigungsopfer unterstützten. Flower Aceh und auch viele andere Frauenorganisationen gründeten Netzwerke um Unterstützung und Training für Frauen in den unterschiedlichsten Bereichen – von Traumaufarbeitung und Familienplanung über Wirtschaftskurse bis hin zu Gendergleichheit und Gerechtigkeit – anzubieten. [454]

NGOs sind ein weiterer wichtiger Teil der acehnischen Zivilgesellschaft. Bis 2004 waren sie vor allem um die Verfolgung von Menschenrechtsvergehen bemüht. Nach dem Tsunami traten verständlicher weise vor allem Wiederaufbau und Katastrophenhilfe in den Vordergrund. Auch nach der Ratifizierung des Helsinkiabkommens waren NGOs eher daran interessiert die Demokratisierung voranzutreiben indem sie sich an den Vorarbeiten zum Entwurf von LoGA (Law on the Governing of Aceh)

[453] Aguswandi 2004, S. 6
[454] Aguswandi 2004, S. 6

beteiligten als an Wiedergutmachung der vergangenen Menschenrechtsverletzungen.[455]

4.3.1 Gerechtigkeit und Wiedergutmachung

Das bedeutet aber nicht, dass die Trauma der vergangen Jahre aufgearbeitet oder vergessen wurden. Es gibt einige NGOs die es sich zum Ziel gesetzt haben die Menschenrechtsverletzungen aufzuarbeiten und die Schuldigen vor Gericht zu stellen. Ein großes Problem dabei ist, dass keine der beiden, an der Ausarbeitung des Memorandum of Understanding beteiligten, Parteien, großes Interesse daran zu haben scheint die genauen Vorkommnisse während des langen Konflikts ans Licht zu bringen. Sowohl die Regierung, als auch das Militär und die GAM haben sich während des Bürgerkrieges Menschenrechtsverletzungen zu Schulden kommen lassen. Auch das LoGA brachte nicht die erhofften Instrumente zur Verfolgung vergangener Menschenrechtsverletzungen. Dabei gibt es in Aceh eine lange Tradition der Konfliktaufarbeitung. Wie in vielen anderen Regionen Indonesiens gibt es traditionelle Methoden der Versöhnung welche das Augenmerk auf eine offene und gemeinschaftliche Aufarbeitung der Konflikte legen. Diejenigen die das Vergehen begangen haben müssen bestraft werden und den Opfern steht Wiedergutmachung zu. Die Gemeinschaft muss sich aussöhnen um den Konflikt hinter sich zu lassen.

Während das neue Verwaltungsgesetz für Aceh nur die Verfolgung von Menschenrechtsverletzungen vorsieht die nach der Verabschiedung des Gesetzes im Juli 2006 verübt wurden, können andere Menschenrechtsgerichtshöfe auch frühere Vergehen verurteilen. Das Gesetz 26/2000 sieht vier permanente Menschrechtsgerichtshöfe in verschiedenen Regionen in Indonesien vor, deren Aufgabe es ist schwere Vergehen zu ahnden die nach 2000 verübt wurden. Der Gerichtshof in Medan würde acehnesische Fälle behandeln. Bis dato wurde die Errichtung der Gerichtshöfe aber verzögert. Ursprünglich sollten alle vier Gerichtshöfe bis 2003 in Betrieb genommen werden, bis jetzt ist nur das Gericht in Makassar funktionsfähig.[456] Neben diesen zwei Menschrechtsgerichtsöfen gibt es auch die Möglichkeit so genannte ad hoc Menschenrechtsgerichtshöfe zu errichten welche die Möglichkeit haben auch Mensch-

[455] Drexler 2008
[456] Anvonius 2007a, S. 5

rechtsverletzungen vor 2000 zu verfolgen. Solche Gerichtshöfe wurden bereits 1999 in Ost Timor und 1984 nach dem Tanjung Priok Massaker eingerichtet. Allerdings wurden in beiden Fällen fast alle Klagen abgewiesen.[457] Die Verfolgung vergangener Kriegsverbrechen obwohl rechtlich äußerst kompliziert, wäre also durchaus möglich. Es fehlt aber am politischen Willen. Die Initiative für einen ad hoc Menschenrechtsgerichtshof müsste vom nationalen Parlament ausgehen, welches einerseits dem Friedensprozess in Aceh generell eher skeptisch gegenüber steht anderseits die Gefahr sieht, dass auch andere Regionen solche ad hoc Gerichten verlangen.

Wahrheitskommissionen wären eine in vieler Hinsicht flexiblere Möglichkeit als Menschenrechtsgerichtshöfe. Solche Kommissionen haben es zum Ziele vergangene Geschehnisse zu untersuchen und ein so weit als möglich wahrheitsgemäßes Bild der Verbrechen wiederzugeben. Die Kommissionen arbeiten in einem befristeten Zeitfenster, von ein paar Monaten bis hin zu ein paar Jahren. Die Mitglieder einer Kommission sind keiner Richter, sondern meist respektierte Personen mit persönlicher oder politischer Autorität. Sie werden von der Regierung ernannt, meist in einem offenen Prozess der es auch der Öffentlichkeit erlaubt Kandidaten zu nominieren.[458] Neben der Wahrheitsfindung haben solche Kommissionen auch die Aufgabe zwischen Opfern und Tätern zu vermitteln und einen Versöhnungsprozess zu ermöglichen. Die Bedeutung der beiden Aufgaben (Wahrheitsfindung und Versöhnung) kann nicht überschätzt werden. Den Opfern wird die Möglichkeit eröffnet ihre Erlebnisse in einem Forum wiederzugeben und die erlittenen Traumata werden von der Öffentlichkeit und dem Staat anerkannt. Gleichzeitig haben die Täter Gelegenheit ihre Taten zu gestehen. Durch die Wiedergabe der Geschehnisse haben Täter und Opfer die Möglichkeit einen Heilungsprozess zu beginnen. Johan Galtung beschreibt Versöhnung als

> *„the process of healing traumas of both victims and perpetrators after violence, providing a closure of the bad relations. The process prepares the parties for relations with justice and peace."* [459]

[457] Avonius 2007b, S. 3
[458] Avonius 2007a, S. 6
[459] Galtung 2001, S. 3

Es wird schwierig werden zukünftige Gerechtigkeit zu garantieren ohne die Vergangenheit aufzuarbeiten.

In Aceh versuchen verschiedene Menschenrechtsorganisationen die von dem Aceh Judicial Monitoring Insitute koordiniert werden, die Etablierung einer solchen Wahrheitskommission voranzutreiben. Allerdings fehlt eine legale Basis eine solche Kommission ins Leben zu rufen. Seit Jahren wird debattiert ob Aceh ein eigenes legales Rahmenwerk schaffen kann um eine Wahrheitskommission zu ermöglichen.[460] Sowohl das MoU als auch das LoGA sehen die Gründung einer Wahrheitskommission in Aceh innerhalb des nationalen Rahmenwerkes für Wahrheitskommissionen vor, das auf dem Gesetz 27/2004 basiert. Die Entscheidung des indonesischen Verfassungsgerichts im Dezember 2006 die das legale Rahmenwerk als verfassungswidrig einstufte erschwert die lokalen Anstrengungen.[461] Die politische Elite Acehs scheint zwar willig eine Wahrheitskommission ins Leben zu rufen,[462] bisher verliefen aber alle Versuche im Sand.

Trotzdem sollten Überlegungen über die tatsächliche Umsetzung einer Wahrheitskommission und ihre Arbeitsmethoden angestellt werden. Neben der Schaffung einer legalen Basis sind dies weitere Fragen die Acehs Politik und Zivilgesellschaft zu klären hat. Das LoGA (Artikel 230) sieht vor, dass die Wahl der Mitglieder, die Organisation, die Methoden, die Dauer und das Budget der Kommission durch Quanuns (lokale Gesetze) geregelt werden. Artikel 229/4 des Verwaltungsgesetzes führt aus, dass die Kommission acehnesischen *Adat* in Betracht ziehen muss.

Es gab einige Vorschläge *Adat* Älteste mit dem Vorsitz der Kommission zu betrauen.[463] Das Problem dabei ist, dass ein Großteil der Gemeinden und Dörfer in Aceh kein funktionierendes *Adat* System mehr haben. In ganz Indonesien wurden traditio-

[460] Avonius 2007b, S. 3ff
[461] Avonius 2007a, S. 5
[462] Vizegouverneur Muhammad Nazar kündigte im Jänner 2007 an, sich für die Errichtung einer Wahrheitskommission einzusetzen. Mukhils Mukhtar, der Vorsitzende der Kommission A (zuständig für Gesetzesentwürfe und Verwaltung) des lokalen Parlaments, meinte dass die Entscheidung des Verfassungsgerichtshof Aceh nicht daran hindern würde eine Wahrheitskommission zu errichten. (Tempo, 24. Jänner 2007; online verfügbar unter: www.tempointeraktif.com; zuletzt geprüft am 22.02.2010)
[463] Avonius 2007a, S. 6

nelle Gerichtssystem zunächst durch den niederländischen Kolonialstaat und später durch das einheitliche System der Neuen Ordnung zurückgedrängt. Der jahrzehntelange Konflikt in Aceh führte dazu, dass weder das staatliche Gerichtssystem noch die lokalen Traditionen gänzlich funktionsfähig sind. Während den Jahren der *Reformasi* begannen einige Regionen Indonesiens ihre lokalen Traditionen wieder zu beleben um das nationale Gerichtssystem, das vielerorts noch immer schwach ausgeprägt ist, zu komplimentieren. In Zentral Sulawesi z.B., haben lokale *Adat* Älteste begonnen kleinere Vergehen und Dispute zu regeln, besonders in abgeschiedenen Dörfern die häufig schlechten Zugang zur Polizei haben.[464] Solche Initiativen zeigen, dass lokale Traditionen für Wiedergutmachungsprozesse und Konfliktprävention verwendet werden können und, dass sie diese Prozesse bereichern können. Es wäre daher durchaus erstrebenswert existierende *Adat* Traditionen in Aceh genauer zu erfassen und die Möglichkeiten zu untersuchen die Traditionen zu revitalisieren. Es sollte dabei aber nicht vergessen werden, dass alte Traditionen und gebräuchliche Systeme nicht einfach wieder aufgenommen werden können, ohne sie dem aktuellen sozio-politischen Kontext anzupassen.

Die wahrheitsgemäße Aufarbeitung der Vergangenheit soll die Grundsteine für eine zukünftige, gerechte Gesellschaft legen. Die offene Diskussion vergangener Ungerechtigkeiten soll helfen, Visionen einer gerechten Gesellschaft zu ermöglichen und Wege aufzeigen wie solches Unrecht in Zukunft vermieden werden kann. Der Hauptfokus sollte dabei aber immer auf der Zukunft liegen. Ähnliche Prozesse haben seit den 1990er Jahren in vielen Regionen Indonesiens, unter den Titeln *Reformasi* oder regionale Autonomie und Dezentralisation, Einzug gehalten. Auch in Aceh wurden diese Reformprozesse mit dem Beginn des Friedensprozess eingeleitet und viele andere Regionen Indonesiens wird Aceh eigene Versionen entwickeln. Indonesien, mit seinen unterschiedlichen soziokulturellen Systemen und Traditionen zeigt deutlich, dass ein einziges Modell nicht auf alles übertragbar ist.

Nichtsdestotrotz stechen einige gemeinsame Merkmale hervor, wie der vorherrschende normative Pluralismus der auch von der nationalen Gesetzgebung anerkannt

[464] Acciaioli 2002

wurde. Hierbei wird nicht nur die nationale bzw. regionale Gesetzgebung herangezogen sondern auch religiöse Gesetze und *Adat*. Islamische Gesetze werden durch ein nationales System von religiösen Gerichten seit 1989 anerkannt.[465] Seit 2002 sind in Aceh alle Muslime verpflichtet der Scharia zu folgen, während dies in allen anderen Regionen Indonesiens freiwillig ist. Die Einbindung von *Adat* in gerichtliche Entscheidungen gestaltet sich als wesentlich schwieriger und zu einem großen Teil wird es den Richtern überlassen ob sie lokale Bräuche in ihr Urteil mit einbeziehen.[466] Dabei gilt es auch zu beachten, wie auch Henk Schulte Nordhold bezüglich kolonialer Rechtssprechung bemerkt, dass eine kodifizierte Rechtsprechung nicht in der Natur von *Adat* liegt:

> *„Adat as a set of written and unwritten rules for daily affairs and collective cunduct, had always been a flexible and a normative system primarily aimed at reconciliation rather than rigid verdicts. But when these rules were laid down in monographs and used in colonial courts, flexibility disappeared and the character of adat was transmuted into judicial prescriptions framed in timeless tradition and approved by colonial authorities."*[467]

Meine eigenen Diskussionen mit Leuten in Aceh zeigen, dass Einige der Meinung sind, dass lokale Bräuche in Aceh gestärkt werden sollten. Es besteht die Sorge eines Ungleichgewichtes zwischen *Adat* und Religion. In einem Interview wurde ich darauf Aufmerksam gemacht, dass in Aceh *Adat* und Religion traditionell Hand in Hand gehen und dass sie nicht von einander getrennt werden sollten.[468] Es wir deutlich, dass *Adat* und Religion wichtige Quellen für das Verständnis sozialer Gerechtigkeit in Aceh sind und dass beides in verschiedenste Lebensbereiche einfließt.

Die Schwierigkeiten Übergangsmechanismen in Aceh zu schaffen reflektiert aber auch die größere Debatte zu Menschenrechten in Indonesien. Das Bewusstsein um Menschrechte ist in der letzten Dekade stark angestiegen und die Rhetorik zu Menschenrechten ist durchwegs positiv. Die tatsächliche Umsetzung ist aber vielfach

[465] Avonius 2007a, S. 7
[466] Acciaoli 2002, S. 220
[467] Schulte Nordholt 1994, S. 111f
[468] Interview C am 10.04.2009

noch mangelhaft. In Aceh kämpfen aber viele MenschenrechtsaktivistInnen dafür, dass vergangene Menschenrechtsverletzungen nicht einfach vergessen werden.

4.3.2 Post-Tsunami Wiederaufbau und Konflikttransformation

Die humanitäre Hilfe die auf die enorme Flutkatastrophe folgte war von bis dahin noch nie dagewesenem Ausmaß. Schon vor dem Tsunami war die humanitäre Situation in Aceh sehr bedenklich. Ein IOM Bericht berichtete im September 2004 von 125.000 neuen Binnenflüchtlingen (Internal Displaced Persons, IDPs) in Aceh die humanitäre Hilfe benötigten.[469]

Die großen finanziellen Mittel die von der internationalen Gemeinschaft, NGOs und durch Spenden aufgebracht wurden hatten starken Einfluss auf die Unabhängigkeit lokaler Organisationen. Zwischen 2005 und 2009 standen dem Wiederaufbau in Aceh und Nias insgesamt 8,85 Mrd. USD zur Verfügung.[470] Die Zahl umfasst Mittel der indonesischen Regierung, Multilateraler und Bilateraler Geber und NGOs.

Um die 124 internationale NGOs, 430 lokale und nationale NGOs, 11 ausländische Militärgruppen, UN und Geberagenturen und das Rote Kreuz und der Rote Halbmond wurden nach dem Tsunami in Aceh tätig.[471] Der Kontrast zu den vorangegangen Jahren hätte nicht stärker sein können. Noch 2001 waren kaum mehr als 10 Ausländer in Aceh tätig, 2004 fast niemand mehr, 2005 waren es Tausende.[472]

Ein großes Problem dass bei den meisten internationalen Akteuren aber auch bei vielen lokalen Partnerorganisationen zu beobachten war, ist dass sie den Friedensprozess und die humanitäre Hilfe von einander trennten. Neuere lokale NGOs die nach dem Tsunami gegründet wurden, richteten sich häufig nach den Geldgebern und viele von ihnen wurden von internationalen NGOs und Gebern abhängig. Einige etablierte lokale NGOs sprachen sich aber für eine holistische Herangehenswiese aus, die sowohl die Naturkatastrophe als auch die Konfliktsituation mit einbezog. Der größte Teil der Gelder floss aber für die Tsunami Hilfe. Mittel für die Opfer des Konfliktes sowie für die Reintegration der ehemaligen Kämpfer waren spärlich. Fast alle internationalen NGOs die ihre Arbeit nach 2004 in Aceh aufnahmen konzentrier-

[469] IOM 2004, online unter www.iom.or.id
[470] BRR 2005, S. 186
[471] BRR 2005, S. 14
[472] Zeccola 2009, S. 13

ten sich auf die Hilfe nach dem Tsunami. Die Hilfsmittel wurden auch nicht vom Frieden abhängig gemacht sondern waren gekoppelt mit einer Nichtbeteiligung am Konflikt. NGOs und Geber charakterisierten die Flutkatastrophe als natürliches, umweltbedingtes Ereignis und daher als „apolitisch". Im Gegensatz dazu war der Konflikt künstlich, subversiv und daher „politisch".[473] Es wurden kaum Versuche unternommen die humanitäre Hilfe und den Wiederaufbau mit der Konfliktransformation und der Demokratisierung zu verbinden. Die internationalen Geber schienen wenig daran interessiert den Aufbau einer neuen und relativ unkorrupten lokalen Verwaltung zu unterstützen. Eine lokale Regierung mit den Möglichkeiten und Visionen die enormen Hilfeleistungen zu koordinieren und für einen Neustart zu nutzen wäre aber notwendig gewesen.[474]

Eine Reihe acehnesischer NGOs sah diesen Ansatz kritisch. Tsunami und Konflikt beeinflussten sich gegenseitig. Es besteht die Gefahr dass die fehlende Arbeit im Bereich der Konfliktransformation den längerfristigen Wiederaufbau nach dem Tsunami behindert und dass die fehlende Konfliktsensibilität der Tsunami Arbeit den Friedensprozess unterminiert. Zwei jahrelang konzentrierten sich die Mehrzahl der internationalen NGOs auf die humanitäre Hilfe für Tsunamiopfer. Erst nach der Verabschiedung des Verwaltungsgesetzes im Juli 2006 reagierten einige internationale NGOs und begannen sich auch in der Konfliktransformation zu engagieren.[475]
Allerdings muss auch erwähnt werden, dass die ausländischen Hilfsleistungen und Projekte im Vergleich zu den Konfliktregionen in Sri Lanka gut funktionierten. Sie halfen auch mit, die bis dato vorherrschende internationale Isolation Acehs aufzubrechen und verhinderten eine weitgehende Abhängigkeit der Bevölkerung von den Hilfeleistungen des indonesischen Militärs. Törnquist fügt hinzu:

> *„The foreign donors' fear that they would be restricted and defrauded by Indonesian authoritarianism and corruption made them sceptical of the chances that their 'usual' proliberal market policies (as in Sri Lanka) would also foster peace and democracy."*[476]

[473] Zeccola 2009, S. 14
[474] Törnquist 2009, S. 8
[475] Zeccola 2009, S. 15f
[476] Törnquist 2009, S. 9

Die internationalen Geber hatten daher Interesse daran, ihre Arbeit mit den Plänen der indonesischen Zentralregierung zu koordinieren.
Diese Pläne kamen zwar kaum den Opfern der Gewalt, den Forderungen nach der Aufklärung von Kriegsverbrechen und der Reintegration der ehemaligen Kämpfer zu Gute, sie schränkten aber die ausländischen Geber die Möglichkeiten von Konzernen, mächtigen Politikern und Militärs ein die Geldflüsse zu beeinflussen.[477] Die internationale Präsenz scheint dazu geführt zu haben, dass Jakarta mehr Interesse daran hat sein Verhalten in Aceh zu verbessern als in anderen Konfliktregionen.[478]

Trotz der Vielzahl an zivilgesellschaftlichen Organisationen die in Aceh aktiv sind, fehlen größere Populär-Bewegungen fast gänzlich. Mit Ausnahme von SIRA scheinen die Organisationen weder bei den Gouverneurswahlen 2006 noch bei den Parlamentswahlen 2009 eine große Rolle gespielt haben.
Oft sehr unterschiedliche Aktionsgruppen, NGOs und politische Organisationen (wie SIRA und GAM) haben sich in Opposition zu alten Herrschaftsgefügen gebildet und haben es geschafft, Menschen aus unterschiedlichen sozialen und ökonomischen Gruppen um sich zu sammeln. Teile der Zivilgesellschaft legen ihren Fokus auf spezifische Probleme bzw. Themenbereiche wie Korruption oder Menschenrechte. Wieder andere stützen sich auf religiöse und / oder ethnische Gemeinschaften. Solidaritäten die über persönliche Anliegen hinausgehen und allgemeine Interessen vertreten sind hingegen eher selten. Umfassendere Bestrebungen wie nachhaltige Entwicklung bzw. Interessen größerer Volksgruppen wie z.B. Frauen, Arbeiter etc., die nicht nur nach Parteipolitik sonder auch nach breitere Kooperation verlangen werden vernachlässigt.[479] Es gibt zwar eine Reihe von Frauenorganisationen. Diese setzen sich in jüngster Zeit aber vor allem mit der Bewältigung von Gewalterfahrungen und Ausbildung auseinander und konzentrieren sich häufig auf sehr kleine Gruppen von Frauen. Bis auf einige wenige Ausnahmen, wird nicht versucht die Interessen größerer Frauengruppen (über verschieden Bevölkerungsgruppen hinweg) zu vertreten.

[477] Hadi 2008, S. 66
[478] Törnquist 2009, S. 9
[479] Törnquist 2009, S. 15

Das Rahmenwerk, dass für den Friedensprozess und die Konflikttransformation sorgte hat es bis jetzt vor allem ermöglicht, dass sich Widerstandbewegungen wie SIRA und GAM an der organisierten Politik beteiligen. Um die Demokratisierung weiter voran zu treiben, müssen auch breitere Bewegungen und Organisationen gefördert werden. Bei den regionalen Wahlen im April 2009 bei denen neben dem nationalen Parlament auch die Parlamente der Provinzen und die legislativen Vertretungen der Distrikte neu gewählt wurden traten in Aceh insgesamt 44 Parteien an, davon waren sechs lokale Parteien. Von Anfang an wurden vor allem den großen lokalen Parteien gute Chancen eingeräumt. Vor allem Partai Aceh die von führenden GAM Mitgliedern gegründete wurde dominierte den regionalen Wahlkampf.

4.4 Die regionalen Parlamentswahlen 2009

Im Vorfeld der Wahlen stieg die Anspannung in Aceh beträchtlich. Das Militär fürchtete ein Sieg der Partai Aceh, der GAM Partei, würde zu größeren Autonomiebestrebungen oder gar erneuten Unabhängigkeitsbestrebungen führen. Die Partai Aceh sorgte sich um eventuelle Einmischungen von Jakarata und die kleineren Parteien fürchten Einschüchterungsversuche von der Partai Aceh. Ein weitere Quelle für Spannungen war die erneut entbrannte Kampagne, zwei neue Provinzen innerhalb der Grenzen Acehs zu errichten. Hinzu kommt, dass einige Mitglieder der ehemaligen Militärstruktur GAMs, inzwischen das Komitee Peralihan Aceh (KPA) weiterhin in kriminelle Aktivitäten verwickelt sind. Die Arbeitslosigkeit bei der Gruppe der ehemaligen Rebellen ist weiterhin hin hoch und es gibt interne Dispute über die Verteilung der Reintegrationsgelder.

Viele Führungspersönlichkeiten der GAM warten noch immer auf die völlige Implementierung des Helsinkiabkommens bzw. als ersten Schritt eine Implementierung des Verwaltungsgesetz (LoGA, Gesetz 11/2006). Die Inhalte des Gesetzes sind weiterhin umstritten und die Verordnungen die für die Implementierung nötig wären, sind zu einem Machtkampf zwischen Aceh und Jakarta geworden. Während die Bürokraten in Jakarta Aceh als eine Provinz unter Vielen behandeln, versucht die politische Führung in Aceh die Selbstverwaltung zu realisieren. In der Zeit vor den Wah-

len zögerten alle Beteiligte die Implementierung weiter zu treiben und auch nach dem Wahlsieg der Partai Aceh warteten viele ab, welche Forderungen das neue Parlament nun tatsächlich stellen würde.

Der Wahlkampf der Parteien, der schon acht Monate vor den im April 2009 stattfindenden Wahlen in vollem Gange war,[480] gestaltete sich hart. Die Flaggen und die Plakate der Parteien waren kaum zu übersehen. Besonders die Farben der Partai Aceh, rot mit schwarz und weißem Rand, waren vorherrschend. Aceh ist bis jetzt die einzige Provinz in Indonesien in der lokale Parteien erlaubt sind. Wobei nur bei den regionalen Parlamentswahlen lokale Parteien antreten dürfen. Die acehnesischen Sitze im nationalen Parlament werden weiterhin von nationalen Parteien besetzt.
Während des Wahlkampfes wurden schon früh Anschuldigungen über Einschüchterungsversuche laut. In den meisten Fällen wurde die Partai Aceh beschuldigt. Die Parteiführung meinte dazu, dass es schwierig sei Guerillas übernacht zu korrekten Wahlkämpfern zu machen.[481] Der Vorsitzende der Partei, Muzakkir Manaf rief zwar alle Anhänger und Unterstützer der Partai Aceh dazu auf solche Taktiken zu verzichten, da dies die Integrität der gesamten Partei gefährde, aber es gab weiterhin wiederholte Berichte von Einschüchterungsversuchen.[482]

4.4.1 Die lokalen Parteien

Von den ursprünglich zehn lokalen Parteien die sich für die regionalen Wahlen registrierten wurden letztendlich sechs zu gelassen:[483] Partai Aceh, Partai SIRA, Aceh People's Party (PRA), United Aceh Party (PBA), Safe and Prosperous Aceh Party (PAAS), Aceh Souvereignty Party (PDA).

Die Führungsstruktur der Partai Aceh wird vor allem von ehemaligen GAM Führern dominiert, die dem früheren „Prämierminister" im Exil, Mailk Mahmud nahe stehen.

---

[480] ICG 2008
[481] ICG 2008, S. 5
[482] "Partai Aceh Merasa di Teror", Harian Aceh am 11. Juli 2008, online verfügbar unter http://www.harian-aceh.com/banda-raya/banda-aceh/415.html.
[483] Die vier Parteien die nicht zugelassen wurden waren: Partei Aliansi Rakyat Aceh Pedulli Perempan (PARA), Partai Geueurasi Atjeh Beusaboh Tha'at dan Taqwa (Gabthat), Partai Darussalam (PD) und Partai Lokal Aceh (PLA). LoGA, Artikel 75 sieht vor, dass jede Partai einen Frauenanteil von mindesten 30% vorweisen muss und dass sie Büros in mindestens der Hälfte der Bezirke haben müssen. (ICG 2008, S. 2)

Der Vorsitzende ist Muzakkir Manaf, ehemaliger Militärkommandant der GAM. Die Partei verlässt sich bei der Wählermobilisierung vor allem auf die KPA Struktur. Angeblich verbot die Führung im Vorfeld den KPA Mitgliedern eine andere Partei zu wählen.[484] Die Partai Aceh war von Anfang an der Favorit, obwohl der amtierende Gouverneur Irwandi keine aktive Rolle beim Wahlkampf spielte. Neben Gesundheitsproblemen im Wahljahr ist auch sein noch immer angespanntes Verhältnis zu Malik Mahmud ein Grund dafür.

Schon im Juli 2007 gab Malik die Gründung einer Partei bekannt, allerdings unter dem Namen „Partai GAM" und mit der früheren GAM Flagge als Parteisymbol. Die Reaktionen waren, wenig überraschend, heftig. Jakarta sah sowohl im Namen als auch in der Wahl der Symbole einen Verstoß gegen das Helsinkiabkommen.[485] Irwandi lehnte anfänglich ab der Partei beizutreten, entschloss sich 2008 aber schließlich doch sich der Partei anzuschließen um eine vollkommene Spaltung des Lagers zu vermeiden. Er hatte aber weiterhin Vorbehalte, und trat nur unter der Bedingung bei, dass die Partei sich auch intern an demokratische Prinzipien halten würde – sprich Malik und seine Unterstützer dürften den Kurs und die Kandidaten nicht ohne Konsultation mit dem Rest der Partei bestimmen.[486] Im April 2008 änderte die Partei ihren Namen auf Partei Aceh. Der Großteil der Parteimitglieder stammt nach wie vor aus dem Umfeld der KPA und viele Kandidaten sind KPA Mitglieder, häufig mit schlechter Ausbildung und starken GAM Loyalitäten. Ein Mitglied einer NGO meinte dazu, dass die Befürchtung bestünde dass die Gesetzgeber in Zukunft noch schlechter arbeiten würden.[487]

Die Ziele der Partei Aceh sind vor allem die weitere Implementierung des Helsinkiabkommens und die Realisierung der Selbstverwaltung. Vor den Wahlen herrschte in Aceh vielfach die Sorge, mit welchen Mitteln die Partei Aceh die Selbstverwaltung realisieren wollte. Einerseits befürchtete man eine Radikalisierung der Politik und eine Verschlechterung der Verhältnisse zu Jakarta, sollten sie die Wahlen gewinnen.

[484] ICG 2008, S. 2
[485] Das Abkommen sah vor, dass „GAM members will not wear uniforms or display military insignia or symbols after the signing fort his MoU". (MoU, Art. 4.3)
[486] ICG 2007, S. 2
[487] Interview A, am 06.04.2009

Anderseits bestand umgekehrt die Angst, dass wenn die Partai Aceh verlieren sollte, die Sicherheitslage in Aceh darunter zu leiden hätte.[488]

Die Partai SIRA galt während des Wahlkampfes als einziger wirklicher Konkurrent der Partai Aceh, da sie die einzige andere lokale Partei mit einer großen Basis ist. Insgesamt hatten sie aber während des Wahlkampes Schwierigkeiten Wähler zu mobilisieren, da ihnen die Unterstützung der GAM Struktur fehlte die sie bei den Gouverneurswahlen 2006 ausnützen konnten. Partai SIRA entstand aus der gleichnamigen politischen Organisation SIRA (*Sentral Informasi Referendum Aceh* bzw. Aceh Referendum Information Center) und wurde im Dezember 2007 als Partei registriert. Für die Wahlen wurde der Name geändert und Partai SIRA steht nun für *Suara Independen Rakyat Aceh* (Independent Voice of the Acehnese People). Im Gegensatz zur Partai Aceh repräsentiert die Partai SIRA eine eher jüngere, urbanere Wählerschicht. Viele GAM Anhänger sehen die Gründung einer separaten Partei aber als Verrat.[489]
Der Vorsitz der Partei wird von Taufik Abda geführt, die prominentesten Mitglied sind aber der Vizegouverneur Muhammad Nazar und Shadia Marhaban, die Vorsitzende der Frauenorganisation LINA (*Liga Inong Aceh*; Aceh Womens League).[490]

Die Aceh People's Party oder *Partai Rakyat Aceh*, PRA ist eine Partei junger, links des Zentrums angesiedelten Intellektueller und Aktivisten. Sie ist vor allem in urbanen Gegenden in Tamiang und Südost Aceh stark. Die Partei hat eine starke politische Plattform und setzt sich vor allem für freie Bildung und Gesundheitsversorgung, mehr Kontrolle über die natürlichen Ressourcen der Provinz und für ein Ende der Diskriminierung gegen Frauen ein. Die Mitglieder der Partei vielen in der Vorwahlphase vor allem durch ihre Kritik an der Umsetzung der islamischen Rechtssprechung auf, die nicht immer positiv aufgenommen wurde.[491]

Die United Aceh Party oder *Partai Beratu Aceh*, PBA wird von Farhan Hamid geführt, ein bekannter Politiker der seit 2004 die *Partai Amant Nasional* (PAN, Natio-

[488] Interview A, am 06.04.2009
[489] ICG 2008, S. 2
[490] ICG 2008, S. 3
[491] ICG 2008, S. 2

nal Mandate Party) im nationalen Parlament vertritt. Er hat Rückhalt bei jenen Teilen der politischen Elite hat, die nicht GAM unterstützt. PBA genießt vor allem die Unterstützung der nicht acehnesischen ethnischen Gruppen und vieler der Mitglieder sind ehemalige Anhänger der PAN.[492] Die PAN die nach den Wahlen 2004 noch neun der 69 Sitze im lokalen Parlament inne hatte verlor mit Farhan Hamid einen ihrer prominentesten Politiker und damit auch viele Stimmen.[493]

Die Safe and Prosperous Aceh Party oder *Partai Aceh Aman Seujahtera*, PAAS wird vom ehemaligen Parlamentsabgeordneten Ghazali Abbas geführt, der vor allem als traditioneller Sänger und Dichter bekannt ist. Ghazali steht für ein geeintes Aceh durch einen toleranten Islam. Die Partei selbst hat aber kaum ein politisches Programm sondern versucht eher durch die Persönlichkeit Ghazalis Stimmen zu gewinnen.[494]

Die Aceh Souvereignty Party oder *Partai Daulat Aceh*, PDA ist eine Partei der Ulama von acehnesischen islamischen Schulen die nicht die GAM unterstützen.[495] Die Mitglieder wurden größtenteils auch nationalen islamischen Parteien besonders der PPP (United Development Party, *Partai Peratuan Pemangunan*).[496] Da der Staat viele der religiösen Gelehrten die nicht der GAM angehörten für seine Zwecke gebrauchte, sehen viele die PDA als „*partai cuak"* (Informantenpartei)[497].

Wie schon erwähnt, war die Stimmung während des Wahlkampfes angespannt. Die Aufmärsche der Parteien verliefen zwar Größtenteils friedlich aber niemand wusste so recht wie es nach den Wahlen weiter gehen würde. Besonders in den letzten Monaten vor den Wahlen im April 2009 wurde deutlich, dass die Vorstellungen über den weiteren Verlauf des Friedensprozesses sehr unterschiedlich sind. Schon die Gouverneurswahlen im Dezember 2006, bei denen GAM Mitglieder viele Erfolge feierten, wurden sehr unterschiedlich bewertet. Viele Acehnesen bewertete die Wah-

[492] ICG 2008, S. 2
[493] ICG 2008, S. 4
[494] ICG 2008. S. 2
[495] Die letztendlich nicht zu den Wahlen zugelassene Partei Gabthat wurde von Ulamas mit engen Bindungen zur GAM gegründet.
[496] ICG 2008, S. 5
[497] Inteview D, am 12.04.2009

len durchwegs positiv: faire und freie Wahlen die von vielen Beobachtern bestätigt wurden und die GAM die Möglichkeit gaben am politischen Prozess teilzunehmen und daher in den Augen vier die Möglichkeit für einen langfristigen Frieden stärkten.[498] Für TNI hingegen, vermehrten die Wahlen die Macht einer Gruppe, dessen Engagement für den indonesischen Einheitsstaat fragwürdig ist. Der Fakt, dass der Erfolg bzw. Misserfolg des Friedens- und Demokratisierungsprozesses von verschiedenen Gruppen unterschiedlich bewertet wird ist normal. Kein Friedensabkommen kann es allen Beteiligten ermöglichen all ihre Ziele hundertprozentig zu erreichen, aber solange ein breiter politischer Konsens besteht können Enttäuschungen und Niederlagen verarbeitet werden. Während der turbulenten Wahlkampf Periode befürchteten einige Beobachter, dieser Konsens könnte gefährdet werden. Besonders das Verhalten der KPA und der häufige gebrauch des Wortes „Merdeka" bzw. Unabhängigkeit durch die Partai Aceh, führten dazu, dass TNI Befürchtungen äußerte, die GAM strebte noch immer die völlige Unabhängigkeit Acehs an. Für das Militär haben Symbole eine große Bedeutung, und viele Mitglieder der Armee sind auch noch Jahre nach dem Friedensabkommen davon überzeugt, dass es nicht der richtige Weg sein kann einer Unabhängigkeitsbewegung eine politische Stimme zu geben. Dabei scheint es egal, wie oft einzelne GAM Mitglieder betonen, dass sie die Unabhängigkeit nicht mehr anstreben und sich als Teil des indonesischen Staates sehen.[499]

4.4.2 Exkurs: Neue Provinzen

In Zentral und Südwest Aceh treten schon seit 2006 immer wieder Forderungen nach zwei neuen Provinzen auf. Im Vorfeld der Wahlen 2009 wurden die Kampagnen für die Gründung von Aceh Leuser Antara (ALA) und Aceh Barat Selatan (ABAS) verstärkt obwohl vor den Präsidentschaftswahlen im Juli 2009 kaum eine Chance bestand, dass sich tatsächlich jemand der Sache ernsthaft annimmt. Nach dem Wahlsieg Youdhoyonos ist es noch unwahrscheinlicher geworden, dass die beiden Kampagnen erfolgreich sind, da er nicht nur mitverantwortlich für das Helsinkiabkommen ist sondern auch mehrmals einen Stopp der administrativen Teilungen gefordert hat.[500]

[498] Interview B, am 06.04.2009
[499] Jones 2009, S. 3
[500] ICG 2008, S. 6

Trotzdem oder gerade deswegen besteht die Gefahr, dass die lokalen Forderungen für neue Provinzen eskalieren.

ALA würde aus den Bezirken Aceh Tengah, Bener Meriah, Aceh Singkil, Gayo Luwes und Aceh Tenggara bestehen, ABAS aus den Bezirken Aceh Jaya, Aceh Barat, Nagan Raya und Aceh Barat Daya. Alle diese Bezirke haben eine sehr heterogene Bevölkerung. Die Kampagne für die Provinz ALA ist eng mit der Idee einer Gayo Identität verknüpft, wobei die Gruppe der Gayo vor allem in den Bezirken Bener Meriah und Gayo Lues stark vertreten ist. In den Die restlichen Bezirke haben vor allem starke javanische Gruppen bzw. eine große Minderheit christlicher Batak. Es sind vor allem die politischen Eliten die das Argument der eigenen ethnischen Identität vorbringen die Kampagne für die Provinz ALA hat allerdings schon eine relativ lange Geschichte und scheint auch viel Unterstützung in der Bevölkerung zu finden.[501] Das Konzept für die Provinz ABAS trat erstmals 2003 während dem militärischen Ausnahmenzustand in Aceh auf.

Die beiden Kampagnen erstarkten im Jänner 2008 als das indonesische Parlament eine Empfehlung für die Gründung von 23 neuen Provinzen, darunter auch ALA und ABAS, erstellte. Sie wurden weiter angeheizt als Megawati Sukarnoputri, die zu dieser Zeit als Hauptkonkurrentin Youdhoyonos für die Präsidentschaftswahlen galt, ihre Unterstützung für die beiden Kampagnen kund tat. Megwati verglich die Gründung von ALA bzw. ABAS mit ihrer eigenen, sehr kontroversen, Entscheidung Papua in drei Teile zu teilen und fügte hinzu, dass die Teilung den Indonesischen Einheitsstaat stärken würde.[502] Der acehnesische Gouverneur Irwandi, die Parteien Aceh und SIRA und große Teile der acehnesischen Bevölkerung stellen sich gegen etwaige Teilungen der Provinz und sehen die Anstrengungen als Verstoß gegen das Helsinkiabkommen. Irwandi hat zwischenzeitlich der nationalen Antikorruptionskommission Beweise über Korruption bei den Führern der beiden Kampagnen übermittelt.[503]

[501] ICG 2008, S. 6
[502] „Megwati Dukung Pembentukan Propinsi ALA, ABAS Segera“ Antara News Agency am 24. Juli 2008, online verfügbar unter: http://www.antara.co.id/view/?i=1216913053&c=NAS&s.
[503] ICG 2008, S. 7

Nach dem starken Wahlsieg von Präsident Youdhoyono ist es höchst unwahrscheinlich, dass eine Spaltung der Provinz Aceh in der nächsten Zeit vollzogen wird. Die nördlichen acehnesischen Provinzen sowie GAM würde eine solche Spaltung erneut von der Unvertrauenswürdigkeit Jakartas überzeugen.

4.4.3 Wahlergebnisse

Der Wahlsieg der Partai Aceh am 9. April 2009 war wenig überraschend, da alle Umfragen im Vorfeld auf eine Mehrheit für die Partei angedeutet hatten. Obwohl die Partai Aceh 33 der 69 Sitze im lokalen Parlament für sich beanspruchen konnte, waren die Parteimitglieder selber doch enttäuscht. Sie hatten sich mehr erhofft.
Die Democratic Party des Präsidenten Youdhoyono gewann zehn Sitze, vier mehr als noch bei den letzten Wahlen. Die PAN erreichte fünf Sitze, die PKS vier Sitze, die PPP drei Sitze und die PKB, PBB, PKPI, PDI-P und die Patriot Party sicherten sich jeweils einen Sitz. Die Golkar, die 2004 noch zwölf Sitze im lokalen Parlament gewann, hat nach den Wahlen nur noch acht Sitze inne. Die fünf anderen lokalen Parteien die an den Wahlen teilgenommen hatten gelang es nicht genug Stimmen für einen Parlamentssitz zu erreichen.[504]

Inwiefern die Dominanz der Partai Aceh im lokalen Parlament zu einer Radikalisierung der acehnesischen Politik führt bleibt abzuwarten. Auch das zukünftige Verhältnis zwischen Gouverneur Irwandi und der Partai Aceh, bzw. dessen Vorstand, wird Auswirkungen auf wichtige Entscheidungen haben. Besonders wichtig wird es aber sein, wie sich die Parallelstrukturen der KPA entwickeln werden. Derzeit scheint das größte Risiko für neuerliche Gewalt und Rückschritte in der Demokratisierung von der KPA auszugehen. Vor allem die Tatsache, dass es keine Kontrollinstanzen gibt, und dass einige Mitglieder zu Gewalt greifen um ihren Lebensunterhalt zu sichern, gefährdet den Frieden. TNI ist auch weiterhin skeptisch gegenüber der Partai Aceh, und die Regierung in Jakarta scheint nicht gewillt zu sein Aceh anders als andere Provinzen zu behandeln, nun da der Frieden zumindest oberflächlich konsolidiert scheint. Ein großer Teil der acehnesischen Bevölkerung unterstützt weiterhin den Friedensprozess, allerdings gibt es auch Stimmen, die darauf hinweisen, dass

[504] Jakarta Post am 20.05.2009, online verfügbar unter www.jakartapost.com

der Frieden zwischen den beiden großen Akteuren ausverhandelt wurde, und die Bevölkerung keine Chance hatte sich zu beteiligen.

> *„Indeed one has to admit that in writing the peace has been implemented between the government and TNA [GAM's militärischer Arm]. However the people now are still cautious and fearful to take any action or speak their opinions."*[505]

Längerfristig ist es vor allem wichtig sicherzustellen, dass weder die Zentralregierung noch die internationale Gemeinschaft Aceh als uneingeschränkten Erfolg hinsichtlich Friedensprozess und Demokratisierung betrachtet. Jakarta muss sich darüber im Klaren bleiben, dass die versprochene Autonomie noch nicht völlig implementiert ist und GAM muss es gelingen die KPA unter Kontrolle zu bringen. Die Nachhaltigkeit des Frieden scheint Erfolg versprechend aber er darf nicht als selbstverständlich betrachtet werden.

[505] Interview mit einem Mitglied der Sword Force, Grayman 2009, S. 11

5 Fazit

Demokratisierungsprozesse sind sehr vielfältig und können je nach Region und Rahmenbedingungen sehr unterschiedliche Formen annehmen. Vor allem nach gewaltsamen Konflikten ist es wichtig auch vertrauensbildende Maßnahmen zu treffen, um der Bevölkerung persönliche aber auch institutionelle Sicherheit wiederzugeben.

Wie in dieser Arbeit gezeigt wurde, sind die Begriffe Demokratie und Demokratisierung äußerst vielfältig und eine genaue Bestimmung ist häufig schwierig. Oft sind Systemtransformationen sehr fließend, wie auch am Beispiel Aceh sehr gut zu erkennen ist. Zu keinem Zeitpunkt kann klar zwischen Autokratie und Demokratie unterschieden werden. So wie bei Friedensprozessen ist es auch bei Demokratisierungsprozessen praktisch unmöglich den genauen Zeitpunkt des Übergangs festzulegen. Während viele Punkte, wie z.B. die fairen Wahlen, in Aceh demokratisch sind gibt es noch immer Bereiche, wie z.B. die Korruption in der Verwaltung und die Partizipation der Frauen, die große Mängel aufweisen.

Auch wird der Demokratiebegriff je nach Blickpunkt und eigenen Zielen unterschiedlich verwendet. In Aceh werden die neu geschaffenen demokratischen Institutionen teilweise vom politischen Establishment genauso instrumentalisiert wie früher die autokratischen. Besonders in einer Post-Konfliktgesellschaft, wie Aceh, haben politische Institutionen Schwierigkeiten sich zu legitimieren und verschiedene Interessen sind mit unter schwer vereinbar. So empfinden es viele ehemalige Kämpfer der Rebellengruppe GAM als ihr Recht, sowohl vom Friedens- als auch vom Demokratisierungsprozess besonders zu profitieren und versuchen Privilegien des alten Establishments an sich zu Reißen ohne auf die Interessen anderer Bevölkerungsgruppen zu achten. Dabei ist es nicht verwunderlich, dass neue Konflikte auftreten. Ein Bespiel dafür sind die neuerlichen Separationsbewegungen im südlichen und südwestlichen Teil der Provinz die, wie im Kapitel 4.4.2. gezeigt, die sich von der neuen, GAM dominierten Regierung, wenig vertreten fühlen.

Der Demokratisierungsprozess in Indonesien war einerseits von einer Dezentralisierung der Verwaltung andererseits aber auch von tief wurzelten Problemen in peripheren Provinzen gekennzeichnet. Ein Problem, dass auch in der Betrachtung der Entwicklungen in der Provinz Aceh deutlich wird ist, dass es kaum personelle Umwälzungen nach dem Sturz Suhartos gegeben hat. Die Machtverschiebungen nach der beginnenden Transformation waren in den letzten Jahren zwar erkennbar, sie scheinen aber nicht auf allen Gebieten tief greifend. Susan Sim stellt 2001 fest:

> *„… the same old corrupt mayors and district chiefs of Suharto … still control the levers of local government throughout much of Indonesia."*[506]

Wie schon Eingangs erwähnt werden sowohl Friedens- als auch Demokratisierungsprozess in Aceh häufig als uneingeschränkter Erfolg dargestellt. Dass dem nicht so ist wurde in der Arbeit anhand von Problemen wie Korruption, Einschüchterung und Nepotismus veranschaulicht. Besonders die KPA, welche die Reintegration der GAM Kämpfer fördern sollte, wird von vielen Acehnesen als undemokratisch und teilweise sogar als gewalttätig beschrieben.[507] Eine der größten Herausforderung der neu gewählten Regierung wird sein, den Demokratisierungsprozess weiter voranzutreiben. Aber die Ansichten hinsichtlich den Herausforderungen und Problemen im Demokratisierungsprozess sind auch bei hochrangigen Politikern und NGO-Vertretern sehr unterschiedlich. Viele heben vor allem die unvermeidbaren Probleme einer jeden Transition hervor. Kaum einer ist in der Lage die genauen Ziele oder einen Zeitplan der Transition näher zu beschreiben. Dies wirft die Frage auf, inwiefern der Zeitplan für den Übergang von Konflikt zu einer demokratischen Selbstverwaltung, wie er im Helsinkiabkommen dargelegt wird, noch gültig ist. Eine weit verbreitete Ansicht scheint zu sein, dass die politische Transformation bereits erfolgreich war und dass es nun an der Zeit ist die ökonomischen Probleme zu bewältigen. Viele argumentieren aber auch, dass der Nepotismus zunimmt und dass die neue Führung der Provinz alte Verhaltungsmuster übernommen hat. Andere wiederum weisen darauf hin, dass die Zentralregierung weiterhin das größte Problem bleibt, und dass die Behinderung oder Verzögerung von wichtigen Entscheidungen innerhalb des lokalen

[506] Sim 2001, S. 221
[507] Interview B, am 09.04.2009

Parlaments die Arbeit der neuen politischen Exekutive erschwert. Die wenigsten Akteure sehen eine Verbindung zwischen den von ihnen identifizierten Problemen und Defiziten in Demokratie und Good Governance.[508]

Die Hauptakteure sowohl des Friedens- als auch des Demokratisierungsprozesses, die GAM, die indonesisch Regierung und das Militär haben deutlich divergierende Interessen. Während die GAM, bzw. die daraus hervorgegangenen politischen Gruppen wie die Partai Aceh und KPA, die völlige Selbstverwaltung anstrebt und vor allem darauf bedacht ist ihren eigenen Unterstützern Vorteile zu bringen, sieht das Militär seine, in den letzten Jahren in ganz Indonesien schwächer gewordene, Vormachstellung gefährdet.

Die sozioökonomischen und demokratiepolitischen Probleme die einst den gewaltsamen Konflikt anheizten scheinen nur zum Teil gelöst. Allerdings gelang die Transformation des Konflikts, so dass ein Großteil der Akteure auftretende Konflikte auf politischer Ebene zu lösen versuchen. Nach dem Wahlsieg der Partai Aceh, werden aber Konflikte zwischen der Provinzregierung und der Zentralregierung in Jakarta wieder deutlicher. Viele Parlamentsabgeordnete in Jakarta sehen Aceh weiterhin als eine Provinz unter vielen während das regionale Parlament in Aceh auf die Besonderheit der Region und auf die im Helsinkivertrag ausgehandelte Selbstverwaltung besteht. Inwieweit die radikaleren Ansichten der Partai Aceh zu weiteren Konflikten führen bleibt abzuwarten.

Längerfristig ist es vor allem wichtig sicherzustellen, dass weder die Zentralregierung noch die internationale Gemeinschaft Aceh als uneingeschränkten Erfolg hinsichtlich Friedensprozess und Demokratisierung betrachtet. Jakarta muss sich darüber im Klaren bleiben, dass die versprochene Autonomie noch nicht völlig implementiert ist und der GAM muss es gelingen die KPA unter Kontrolle zu bringen. Die Nachhaltigkeit des Frieden scheint erfolgversprechend aber er darf nicht als selbstverständlich betrachtet werden.

[508] Aceh Parcipatory Research Team 2009

6 Literaturverzeichnis

Abu-Nimer, Mohammed (Hg.) (2001): Reconciliation, Justice and Coexistence. Theory and Practice. New York: Lexington.

Acciaioli, Greg (2002): Re-empowering the 'Art of the Elders'. The Revitalisation of Adat among the To Lindu of Central Sulawesi and Throughout Contemporary Indonesia. In: Sakai, Minako (Hg.): Beyond Jakarta: Regional Autonomy and Local Societies in Indonesia. Adelaide: Crawford House Publishing.

Aceh Democracy Network (2006a): An update on the legislative process of the Law on the Governing of Aceh. Online verfügbar unter: www.parlemen.net, zuletzt geprüft am 02.02.2010.

Aceh Democracy Network (2006b): Matriks Perbandingan RUU Pemerintah Aceh Versi DPRD/Masyarakat Aceh dan Versi Pemerintah. Online verfügbar unter: www.parlemen.net, zulezt geprüft am 02.02.2010.

Aceh Participatory Research Team (2009): Frameless Transition? In: Törnquist, Ole; Prasetyo, Stanley Adi; Birks, Teresa (Hg.): Aceh: The role of democracy for peace and reconstruction. Jogjakarta: PCD Press.

Adams, Vincanne (1998): Doctors for Democracy. Health Professionals in the Nepal Revolution. New York: Camebridge Univ. Press.

Adler-Lomnitz, Larissa; Lomnitz-Adler, Claudio; Adler, Ilya (1993): The function of the form: powerplay and ritual in the 1988 Mexican presidential campaign. In: Levine, Daniel H. (Hg.): Constructing Culture and Power in Latin America. Ann Arbor: Univ. Mich. Press. S. 357-401.

Aguswandi (2004): Aceh: Civil Society. The Missing Piece of Peacebuilding. In: Hejmans, Annelies; Simmonds, Nicola (Hg.): Searching for Peace in Aisa Pacific. An Overview of Conflict Prevention and Peacebuilding Activities. Boulder, CO: Lynne Rienner.

Aguswandi (2008): The political process in Aceh: a new beginning? In: Accord Jg. 20, H. 1, S. 51-52.

Amnesty International (1993): Shock Therapy. Restoring Order in Aceh, 1989-1993. (AI Index ASA, 07/21/93).

Anderson, Benedict (2006): Language and power. Exploring political cultures in Indonesia. Jakarta: Equinox.

Anwar, Dewi Fortuna (2001): The transition to Democracy in Indonesia: A historical perspective. In: Liddle, William R. (Hg.): Crafting Indonesian Democracy. Bandung: Penerbit Mizan.

Appadurai, Arjun (2002): Deep Democracy. Urban Governmentality and the Horizon of Politics. In: Public Culture, Jg. 14, H. 1, S. 21–47.

Apter, Andrew (1987): Things fell apart? Yoruba responses to the 1983 elections in Ondo-State, Nigeria. In: Modern African Studies Jg. 25, H. 3, S. 489-503.

Apter, David (1963): Preface. In: Geertz, Clifford (Hg.): The Quest for Modernity in Asia and Africa. New York: Free Press. S. v-viii.

Aspinall, Edward (2005): The Helsinki Agreement. A More Promising Basis for Peace in Aceh. East-West Center Washington. Washington, DC. (Policy Studies, 20).

Aspinall, Edward; Crouch, Harold (2003): The Aceh Peace Process: Why it Failed. East-West Center Washington. Washington, DC. (Policy Studies, 1).

Avonius, Leena (2007a): Aceh Peace Process and Justice. Banda Aceh. (International Confrence of Aceh and Indian Ocean Studies I)

Avonius, Leena (2007b): Waiting for Justice. In: Inside Indonesia Jg. 90, H. Okt-Dez. Online verfügbar unter: www.indideindonesia.org, zuletzt geprüft am 22.02.2010.

Barnett, Michael (2006): Building a Republican Peace. Stabilizing States after War. In: International Security, Jg. 30, H. 4, S. 87–112.

Bojicic-Dzelilovic, Vesna (2002): World Bank, NGOs and the Private Sector in Post-War Reconstruction. In: International Peacekeeping Jg. 9, H. 2, S. 81-98.

Borneman, John (1992): Belonging in the Two Berlins: Kin, State, Nation. Cambridge: Cambridge Univ. Press.

Borneman, John (1997): Settling Accounts: Violence, Justice, and Accountability in Postsocialist Europe. Princeton, NJ: Princeton Univ. Press.

Briggs, Charles L.; Marntini-Brigs, Claire (2003): Stories in Times of Cholera: The Transnational Circulation of Bacteria and Racial Stigmata in a Venezuelan Epidemic. Berkley: Univ. Calif. Press.

BRR (Badan Rehabilitasi dan Rekonstruksi) (Hg.) (2005): Aceh and Nias One Year After the Tsunami. A Joint Report of the BRR and International Partners.

Bunce, Valerie (2000): Comparative Democratization. Big and Bounded Generalizations. In: Comparative Political Studies, Jg. 33, H. 6/7, S. 703–734.

Burawoy, Michael; Verdery, Katherine (1999): Uncertain Transition: Ethnographies of Change in the Postsocialist World. New York: Rowman & Littlefield.

Calhoun, Craig (1993): Civil Society and the Public Sphere. In: Public Culture, Jg. 5, H. 2, S. 267-280.

Calhoun, Craig (Hg.) (1992): Habermas and the Public Sphere. Cambridge: MIT Press.

Call, Charles T.; Cook, Susan E. (2003): On Democratization and Peacebuilding. In: Global Governance, Jg. 9, H. 2, S. 233–246.

Carothers, Thomas (2007): How Democracies Emerge. The “Sequencing” Fallacy. In: Journal of Democracy, Jg. 18, H. 1, S. 12-27.

Clark, Samuel; Palmer, Blair (2008): Peaceful Pilkada, Dubious Democracy: Aceh’s Post-Conflict Elections and their Implications. Indonsian Social Development Paper No. 11. Jakarta: World Bank.

Comaroff, Jean; Comaroff John L. (1997): Postcolonial politics and discourses of democracy in Southern Africa. An anthropological reflection on African political modernities. In: Journal of Anthropological Research Jg. 53, H. 2, S. 123-146.

Comaroff, Jean; Comaroff John L. (2000): Milennial capitalism: first thoughts on a second coming. In: Public Culture Jg. 12, H. 2, S. 291-343.

Connor, Walker (1994): Ethnonationalism. The Quest for Understanding. Princeton, NJ: Princton Univ. Press.

Coombe, Rosemary J. (1997): Identifying and Engendering the Forms of emergent civil societies. New Directions in Political Anthropology. In: PoLAR. Political and Legal Anthropology Review. Jg. 20, H. 1, S. 1-12

Dahl, Robert (1971): Polyarchy, Participation and Opposition. New Haven, Conn.: Yale Univ. Press.

Dahrendorf, Ralf (2001): Es ist uns noch nie so gut gegangen. In: Neue Zürcher Zeitung (NZZ), 12.11.2001.

Dawood, Dayan; Sjafrizal (1991): Aceh: The LNG Boom and Enclave Development. In: Hill, Hal (Hg.): Unity and diversity. Regional economic development in Indonesia since 1970. Singapore: Oxford Univ. Press, S. 107–123.

Dengel, Holk H. (1986): Darul-Islam. Kartosuwirjos Kampf um einen islamischen Staat Indonesien. Stuttgart: Steiner-Verl. Wiesbaden.

Di Tiro, Hasan (1976): Decleration of Independence of Acheh-Sumatra. Online verfügbar unter http://acehnet.tripod.com/declare.htm, zuletzt geprüft am 11.08.2009.

Diamond, Larry J. (1999): Developing Democracy. Toward Consolidation. Baltimore, MD: Johns Hopkins Univ. Press.

Diamond, Larry J.; Plattner, Marc F. (Hg.) (1997): Consolidating the third wave democracies. Regional challenges. Balitmore, MD: The Johns Hopkins Univ. Press.

Drexler, Elizabeth F. (2008): Aceh, Indonesia. Securing the insecure state. Philadelphia, Pa.: Univ. of Pennsylvania Press.

Engström, Jenny (2009): Democratisation and the Prevention of Violent Conflict. Lessons learned from Bulgaria and Macedonia. Farnham: Ashgate Publishing.

European Union (2007): Election Observation Mission Aceh, Indonesia 2006. Final Report. Banda Aceh.

Feith, Herbert; Castles, Lance (Hg.) (2007): Indonesian political thinking, 1945-1965. Jakarta: Equinox Pub.

Feuchtwang, Stephan (2003): Peasants, Democracy and Anthropology. Questions of Local Loyality. In: Critique of Anthropology, Jg. 23, H. 1, S. 93–120.

Fox, Richard G. (1969): From Zamindar to Ballot Box. Community Change in a North Indian Market Town. Ithaca, NY: Comell Univ. Press.

Gal, Susan (2002): Movements of feminism in the circulation of discourses about women. In: Hobson, B. (Hg.): Recognition Struggles. New York: Cambridge Univ. Press.

Gal, Susan; Kligman, Gail (2000): The Politics of Gender After Socialism. A Comparative Historical Essay. Princeton, NJ: Princeton Univ. Press.

Galtung, Johan (2001): After Violence, Reconstruction, Reconcilliation and Resoultion. Coping of Visible and Invisible Effects of War and Violence. In: Abu-Nimer, Mohammed (Hg.): Reconciliation, Justice and Coexistence. Theory and Practice. New York: Lexington. S. 3-25.

Geertz, Clifford (1993): The Interpretation of Cultures. London: Fontana Press.

General Secretariat of the Council of the European Union (Hg.) (2006): ESDP Newsletter. Jg. 1, H. 2, S. 18-23.

Gills, Barry; Rocamora, Joel; Wilson, Richard (Hg.) (1993): Low Intensity Democracy. Political Power in the New World Order. Bolder, CO: Pluto.

Grayman, Jesse Hession (2009): Community Perceptions of the Peace Process in Aceh Three Years after the Helsinki MOU. Banda Aceh. (International Conference on Aceh and Indian Ocian Studies II. Civil Conflict and Its Remedies).

Green, Linda (1999): Fear as a way of life. Mayan widows in rural Guatemala. New York, NY: Columbia Univ. Press.

Gutmann, Matthew C. (2002): The Romance of Democracy. Compliant Defiance in Contemporary Mexico. Berkley: Univ. Calif. Press.

Hadi, Faisal (2008): Human Rights and Justice in Aceh: The Long and Winding Road. In: Accord Jg. 20, H. 1, S. 66-70.

Hall, Kathleen D. (2002): Lives in Translation. Sikh Youth as British Citizens. Philadelphia: Univ. Penn Press

Hann, Christopher M.; Dunn, E. (Hg.) (1996): Civil Society: Challenging Western Models. New York: Routledge.

Hart, Keith (1985): The Social Anthropology of West Africa. In: Annual Review of Anthropology, Jg. 14, S. 243–272.

Hauff, Volker (Hg.) (1987): Unser gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Greven: Eggenkamp Verlag.

Herzog, Hanna (1987): The election campaign as a liminal stage-negotiations over meanings. In: Sociological Review Jg. 35, S. 559-574

Holston, James; Caldeira, Teresa, P. R. (1998): Democracy, law and violence. Disjunctions of Brazilian citizenship. In: Aguero, Felipe; Stark, Jeffrey (Hg.): Fault Lines of Democracy in Post-Transition Latin America. Miami: North-South Centre. S. 263-296

Holtmann, Everhard (2000): Politik-Lexikon. 3. Aufl. München: Oldenbourg.

Huber, Konrad (2004): The HDC in Aceh. Promises and Pitfalls of NGO Mediation and Implementation. East-West Center Washington. Washington, DC. (Policy Studies, 9).

Huntington, Samuel P. (1991): The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century. Norman: Univ. Okla. Press

ICG (Internatioanl Crisis Group) (Hg.) (2008): Indonesia: Pre-Election Anxieties in Aceh. Jakarta/ Brüssel. (ICG Asia Briefing No. 81)

ICG (International Crisis Group) (Hg.) (2001a): Aceh. Why Military Force won't bring lasting Peace. Jakarta/ Brüssel. (ICG Asia Report, 17).

ICG (International Crisis Group) (Hg.) (2001b): Aceh. Can Autonomy Stem the Conflict. Jakarta/ Brüssel. (ICG Asia Report, 18).

ICG (International Crisis Group) (Hg.) (2006a): Aceh. Now for the Hard Part. Jakarta/ Brüssel. (ICG Asia Briefing, 48).

ICG (International Crisis Group) (Hg.) (2006b): Aceh's Local Election: The Role of the Free Aceh Movement (GAM). Jakarta/ Brüssel. (ICG Acia Briefing No. 57)

ICG (International Crisis Group) (Hg.) (2007): Indonesia: How GAM Won in Aceh. Jakarta/ Brüssel. (ICG Asia Briefing No. 61)

IFES (International Foundation for Electoral Systems) (Hg.) (2006): Opinions and Information on the Pilkada Aceh Elections 2006. Online verfügbar unter: http://www.ifes.org/publication, zueltzt geprüft am 04.02.2010.

Jemadu, Aleksius (2004): Democratisation and the Dilemma of Nation-building in Post-Suharto Indonesia. The Cas of Aceh. In: Asian Ethnicity, Jg. 5, H. 3, S. 315–331.

Jones, Sidney (2009): Aceh on a Knife's Edge. In: Inside Indonesia, Jg. 95, H. 1.

Kammen, Douglas (2003): Security Disorders. Sending Troops is not Going to Solve Regional Conflicts. In: Inside Indonesia, Jg. 73, H. Jan-Mar. Online verfügbar unter http://www.insideindonesia.org/content/view/332/29/, zuletzt geprüft am 19.08.2009.

Kammen, Douglas; Widjajanto, Bambang (2000): The structure of military abuse. In: Inside Indonesia. Jg. 70, H. Apr-Jun. Online verfügbar unter: http://insideindonesia.org/content/view/557/29/, zuletzt geprüft am 19.08.2009.

Karlström, Mikael (1996): Imagining democracy. Political culture and deomcratisation in Uganda. In: Africa Jg. 66, H. 4, S. 485-505.

Kell, Tim (1995): The roots of Acehnese rebellion, 1989 - 1992. Ithaca, NY: Cornell Modern Indonesia Project Southeast Asia Program Cornell University.

Kideckel, David A. (2002): The unmaking of an East-Central European working class. In: Hann, Christopher M. (Hg.): Postcolinialism: Ideals, Ideologies and Practices in Eurasia. New York: Routledge

King, Dwight Y.; Rasjid, Ryaas M. (1988): The Golkar Landslide in 1987 Indonsian Elections. In: Asian Survey, Jg. 28, H. 9, S. 916–925.

Kingsbury, Damien (2006): Peace in Aceh. A personal account of the Helsinki peace process. Jakarta: Equinox Pub.

Kühnhardt, Ludger (1991): Die Univeralität der Menschenrechte. Bonn: Bundeszentrale f. pol. Bildung.

Linz, Juan (1998): Autoritäre Regime. In: Nohlen, Dieter (Hg.): Wörterbuch für Staat und Politik. Bonn, Piper.

Linz, Juan; Stepan, Alfred (1996): Problems of Democratic Transitions and Consolidation: Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe. Baltimore, MD: Johns Hopkins Univ. Press.

Mandel, Ruth (2002): Seeding civil society. In: Hann, Christopher M. (Hg.): Postcolinialism: Ideals, Ideologies and Practices in Eurasia. New York: Routledge. S. 279-296.

Mansfield, Edward D.; Snyder Jack (2002): Democratic Transitions, Instiurional Strength, and War. In: International Organization, Jg. 56, H. 2, S. 297–337.

May, Bernhard (2008): The Law on the Governing of Aceh: the way forard or a source of conflicts? In: Accord. Jg. 20, S. 42-46.

McDonald, James H. (1993): Whose history? Whose voice? Myth and resistance in the rise in Mexico. In: Cultural Anthropology Jg. 8, H. 1, S. 96-116.

McDonald, James H. (1997): A fading Aztec sun. The Mexican opposition and the politics of everyday fear in 1994. In Critique of Anthropology Jg. 17, H. 3, S. 263-292.

McGibbon, Rodd (2004): Secessionist Challenges in Aceh and Papua. Is Special Autonomy the Solution. East-West Center Washington. Washington D.C. (Policy Studies, 10).

McGibbon, Rodd (2006): Local Leadership and the Aceh Conflict. In: Reid, Anthony (Hg.): Verandah of violence. The background to the Aceh problem. Singapore: Singapore Univ. Press [u.a.] .

McLeod, James R. (1991): Ritual and rhetoric in presidential politics. Central Issues of Anthropology. Jg. 9, S. 29-46.

Mehler, Andereas; Ribaux, Claude (2000): Crisis Prevention and Conflict Management in Technical Cooperation. Wiesbaden: Universum.

Memorandum of Understanding between the Government of the Republic of Indonesia and the Free Aceh Movement. Helsinki, 15. Aug. 2005. Online verfügbar unter http://www.aceh-mm.org/download/english/Helsinki%20MoU.pdf, zuletzt geprüft am 20.11.2009.

Merkel, Wolfgang (1999): Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. Opladen: Leske u. Budrich.

Merkel, Wolfgang (2008): Democracy through War? In: Democratization, Jg. 25, H. 3, S. 487-508.

Nash, June (1997): The fiesta of the word. The Zapatista uprising and radical democracy in Mexico. American Anthropologist Jg. 99, H. 2, S. 261-284.

Nelson, Diane M. (1999): A Finger in the Wound. Body Politics in Quincentennial Guatemala. Berkley: Univ. Calif. Press.

Newman, Edward; Schnabel, Albrecht (2002): Introduction. Recovering from Civil Conflict. In: International Peacekeeping, Jg. 9, H. 2, S. 1–6.

Nohlen, Dieter (Hg.) (1998): Lexikon der Politik. München: Beck.

Nugent, David (1997): Modernity at the Edge of Empire: State, Individual and Nation in the Northern Peruvian Andes, 1885-1935. Standford, CA: Sanford Univ. Press.

O'Donnell, Guillermo A.; Schmitter, Philippe C.; Whitehead, Laurence (1986a): Transitions form authoritarian rule. Prospects for democracy. Baltimore, MD: Johns Hopkins Univ. Press.

O'Donnell, Guillermo; Schmitter, Phillip C. (1986b): Transitions from Authoritarian Rule. Tentative Conclusions About Uncertain Democracies. Baltimore, MD: Johns Hopkins Univ. Press.

Ong, Aihwa (1999): Flexible Citizenship: The Cultural Logics of Transnationality. Durham, NC: Duke Univ. Press.

Owusu, Maxwell (1970): Uses and Abuses of Political Power. A Case Study of Continuity and Change in the Politics of Ghana. Chicago: Univ. Chicago Press.

Paley, Julia (2001): Marketing Democracy: Power and Social Movements in Post-Dictatorship Chile. Berkeley: Univ. Calif. Press.

Paley, Julia (2002): Toward an Anthropology of Democracy. In: Annual Review of Anthropology, Jg. 31, H. 3, S. 469–496.

Przeworski, Adam (1991): Democracy and the Market. Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America. Cambridge: Cambridge Univ. Press.

Rab, Tabrani (2002): Independence, Autonomy or Federal State. Voice of local people. In: Bhakti, I; Gayatri, I.: Unitary State vs. Federal State. Searching for an Ideal Form of the Future Indonesian State. Bandung.

Rathner, Jürgen; Hazdra, Peter (2007): The Aceh Monitoring Mission - an Innovative Approach to DDR. In: Hazdra, Peter (Hg.): Small Arms - Big Probem. A Global Theat to Peace, Security and Development. Wien (Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie).

Reilly, Benjamin (2006): Political Engineering and Party Politics in Conflict-Prone Societies. In: Democratization, Jg. 13, H. 5, S. 811–827.

Ricklefs, Merle Calvin (2001): A history of modern Indonesia since c.1200. 3rd ed. Basingstoke: Palgrave.

Robinson, Geoffrey (2001): Rawan is as Rawan Does. The Origins of Disorder in New Order Aceh. In: Anderson, Benedict (Hg.): Violence and the State in Suharto's Indonesia. Cornell: SEAP Publications .

Robinson, Geoffrey (2001): Rawan is as Rawan Does: The Origins of Disorder in New Order Aceh. In: Anderson, Benedict (Hg.): Violence and the State in Suharto's Indonesia. Ithaca, NY: Cornell Southeast Asia Program Publications. S. 213-242

Rose, Nicolas (1996) Governing "advanced" liberal democracies. In: Barry, A.; Osborne, T; Rose, N. (Hg.): Foucault and Political Reason: Liberalism, Neo-Liberalism and Rationalities of Government. Chicago: Univ. Chicago Press. S. 37-64

Ross, Michael L. (2005): Resources and Rebellion in Aceh, Indonesia. In: Collier, Paul; Sambanis, Nicholas (Hg.): Understanding Civil War in Africa, Europe, Central Asia, and other regions. Evidence and Analysis. Washington, DC: The World Bank (Understanding civil war, Vol. 2), S. 35–59.

Rüb, Friedbert (1996): Die Herausbildung politischer Institutionen in Demokratisierungsprozessen. In: Merkel, Wolfgang (Hg.): Systemwechsel 1. Opladen: Leske u. Budrich.

Rüb, Friedbert (2002) Hybride Regime – Politikwissenschaftliches Chamäleon oder neuer Regimetypus? In: Bendel, P.; Croissant, A.; Rüb, F.; (Hg.): Zwischen Demokratie und Diktatur. Zur Konzeption und Empirie demokratischer Grauzonen. Opladen: Leske u. Budrich.

Sabloff, Paula L. W. (Hg.) (2001): Modern Mongolia. Reclaiming Genghis Khan. Philadelphia: Univ. Penn. Mus. Archeol. Anthropol.

Sampson, Steven (1996): The social life of projects. Importing civil society to Albania. In: Hann, Christopher M.; Dunn, E. (Hg.): Civil Society: Challenging Western Models. New York: Routledge. S. 121-142.

Sandschneider, Eberhard (1995): Stabilität und Transformation politischer Systeme. Opladen: Leske u. Budrich.

Satori, Giovanni (1992): Demokratietheorie. Darmstadt: Wissenschaftl. Buchgesellsch.

Schaffer, Frederic C. (1997): Political concepts and the study of democracy. The case of demokaraasi in Senegal. In: PoLAR: Political and Legal Anthropology Review. Jg. 20, H. 1, S. 40-49

Schirmer, Jennifer G. (1998): The Guatemalan Military Project. A Violence Called Democracy. Philadelphia: Univ. Penn. Press.

Schröter, Susanne (2007): Fundamentalismen und religiös motivierte Gewalt in Indonesien. In: Kolnberger, Thomas; Six, Clemens (Hg.): Fundamentalismus und Terrorismus. Zu Geschichte und Gegenwart radikalisierter Religion. Essen: Magnus-Verl. .

Schuck, Christoph (2003): Der indonesische Demokratisierungsprozess. Politischer Neubeginn und historische Kontinuität. Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. (Nomos Universitätsschriften Politik, 123).

Schuck, Christoph (2004): Der Bürgerkrieg in Aceh. Konsequenzen für den Weg Indonesiens zur Demokratie. In: WeltTrends, Jg. 12, H. 42, S. 101–111.

Schulte Nordholt, Henk (1994): The making of tradtional Bali. Colonial ethnography and bureaucratic reproduction. In: History and Anthropolgy. Jg. 8, S. 89-127

Sherlock, Stephen (Juni 2003): Conflict in Aceh. A Military Solution. Department of the the Parliamentary Library. Canberra. (Information, Analysis and Advice for the Parliament).

Shore, Chris (2000): Building Europe. The Cultural Politics of European Integration. New York: Routledge.

Sjamsuddin, Nazaruddin (1984): Issues and politics of Regionalism in Indonesia. Evaluating Acehnese Experience. In: Lim, Joo-Jock (Hg.): Armed separatism in Southeast Asia. Singapore: Inst. of Southeast Asian Studies, S. 111–128.

Sjamsuddin, Nazaruddin (1985): The republican revolt. A study of the Acehnese rebellion. Singapore: Inst. of Southern Asian Studies.

Sluka, Jeffrey A. (Hg.) (2000): Death Squad. The Anthropology of Sate Terror. Philadelphia: Univ. Penn. Press.

Sukma, Rizal (2004): Security Operations in Aceh. Goals, Consequences and Lessons. East-West Center Washington. Washington, DC. (Policy Studies, 3).

Tambiah, Stanley (1996): Leveling Crowds. Ethnonationalist Conflicts and Collective Violence in South Asia. Berkley. Univ. Calif Press

Törnquist, Olle (2009): Aceh: From Liberal to Social Democratic Peace. Banda Aceh. (International Conference on Aceh and Indian Ocian Studies II. Civil Conflict and Its Remedies).

Ufen, Andreas (2007): Wahlen in Aceh. Neue Hoffnung auf Frieden. In: Südostasien aktuell - Journal of Current Southeast Asian Affairs, H. 1, S. 107–119.

Uhlin, Anders (1995): Democracy and Diffusion. Transnational Lesson-Drawing among Indonesian Pro-Democracy Actors. Lund Political Studies 88. Lund: Lund Univ. Press.

Urla, Jaqueline (2001): Outlaw language. Creating alternative public spheres in Basque free radio. In: Gal, Susan; Woolard, K. (Hg.): Languages and Publics. The Making of Authority. Northhampton, MA: St. Jerome. S. 141-163.

Verdery, Katherine (1996): What was Socialism, and What Comes Next? Princeton, NJ: Princeton Univ. Press

Warren, Kay B. (2000): Conclusion: Death squads and wider complicities. Dilemmas for the Anthropology of Violence. In: Sluka, Jeffrey A. Death Squad. The Anthropology of State Terror. Philadelphia: Univ. Penn. Press. S. 226-247

West, Harry G. (1998): Traditional authorities and the Mozambican transition to democratic governance. In: Graybill, Lyn; Thompson, Kenneth W.(Hg.): Africa's Second Wave of Freedom: Development, Democracy, and Rights. Lanham, MD: Univ. Press. Am. S. 65-80

West, Harry G.; Koleck-Jenson, Scott (1999): Betwixt and Between. "Traditional Authority" and Democratic Decentralization in Post-War Mozambique. In: African Affairs Jg. 98, H. 4, S. 455-84

Zartman, William I. (2001): The Timing of Peace Initiatives: Hurting Stalemates and Ripe Moments. In: Global Review of Ethnopolitics Jg. 1, H. 1, S. 8-18.

Zeccola, Paul (2009): Humanitarian Action and Conflict Transformation in Aceh, Indonesia. 1998-2008. Banda Aceh. (International Conference on Aceh and Indian Oacan Studies II. Civil Conflict and Its Remedies).

Interviews:

Interview A (2009): Durchgeführt von Sarah Pirker am 06.04.2009 in Banda Aceh.

Interview B (2009): Durchgeführt von Sarah Pirker am 09.04.2009 in Banda Aceh.

Interview C (2009): Durchgeführt von Sarah Pirker am 10.04.2009 in Sabang.

Interview D (2009): Durchgeführt von Sarah Pirker am 12.04.2009 in Banda Aceh.

Interview E (2009): Durchgeführt von Sarah Pirker am 17.04.2009 in Jakarta.

7 Anhang

7.1 Karte von Indonesien

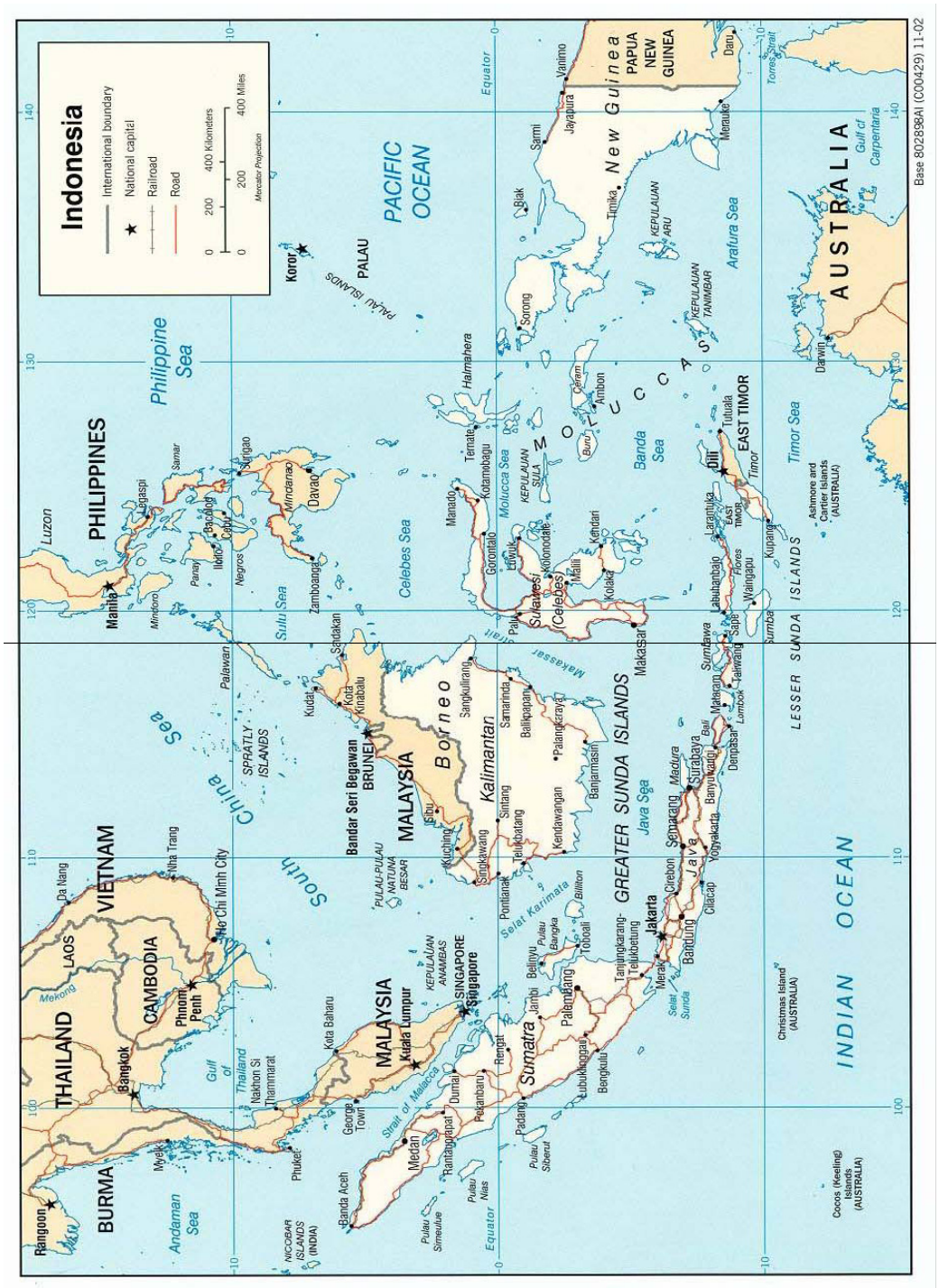

Abb. 1: Indonesien (ICG 2006a)

7.2 Karte von Aceh

Abb.: 2: Aceh (ICG 2009)

Abstract

Diese Diplomarbeit beschäftigt sich mit dem Friedens- und Demokratisierungsprozess in der indonesischen Provinz Aceh, an der nördlichsten Spitze der Insel Sumatra. Nach einem Jahrzehnte andauernden Konflikt zwischen der indonesischen Regierung und der Bewegung Freies Aceh (*Gerakan Aceh Merdeka*, GAM) gelang es im Juli 2005 einen großen Schritt in Richtung eines langfristigen Friedensprozesses zu schließen. Der mit dem Helsinkiabkommen begonnene Prozess war eng an Demokratisierungsstrategien geknüpft. Im Zuge dieser Arbeit werden die verschiedenen Vorstellungen der wichtigsten Akteure des Friedensprozesse näher beleuchtet und die Vorgehensweisen der GAM und der indonesischen Regierung aber auch der acehnesischen Zivilgesellschaft analysiert. Anhand wichtiger politischer Ereignisse werden einerseits die politischen Prozesse und andererseits die Reaktionen und Vorstellungen der Akteure genauer dargestellt.

Die Arbeit gliedert sich in vier Abschnitte, wobei im ersten die theoretischen Hintergründe erörtert werden und im zweiten Teil der historische Konfliktverlauf näher betrachtet wird. In den beiden letzten Teilen der Arbeit werden einerseits die Vorstellungen der Konfliktparteien hinsichtlich der Demokratisierung Acehs, anhand des Helsinkiprozesses analysiert und anderseits die Zusammenhänge zwischen Konflikttransformation und Demokratisierung näher betrachtet. Besonders die regionalen Gouverneurswahlen 2006 und die regionalen Parlamentswahlen 2009 dienen als Beispiele.

Abstract

The thesis analyses the peace and democratisation processes in the Indonesian Province Aceh. Aceh is situated on the northern most tip of the Island Sumatra and has been plagued by a long and violent civil conflict between the Indonesian Government and the rebel movement GAM (*Gerakan Aceh Merdeka*, Free Aceh Movement). It was only in 2005 that a peace accord between the two parties was signed. The process started by the signing of the accord in Helsinki was tied tightly to democratization strategies. Embedded in this framework the thesis canvasses the different approaches of the main actors. Important political events are examined to highlight diverse political processes and the different reactions and ideas. Besides the Indonesian government and GAM other civil society actors, e.g. NGOs are more closely examined.

The thesis is divided in to four parts. The first part discusses different theoretical approaches to the topics of democratisation and peace processes. The second looks at the historical Background of the conflict and looks at the aims and ideas of the different conflict parties. The third and fourth parts examine ideas in context of democratisation and works out the often conflicting strategies of the government of Indonesia, of GAM and of civil society actors.

Lebenslauf

ANGABEN ZUR PERSON

Name	**Sarah Pirker**
Geburtsdatum	**11.07.1985**
Staatsbürgerschaft	**Österreich**
Geburtsort	**Korneuburg**

AUSBILDUNG

seit 2004	**Diplomstudium Kultur- und Sozialanthropologie** (Universität Wien)
seit 2004	**Individuelles Diplomstudium Internationale Entwicklung** (Universität Wien)
2006 - 2007	**Erasmus Exchange Programme** (Universität Kopenhagen, Dänemark)
1999 - 2004	**Vienna Business School, Handelsakademie 2**
1995 - 1999	**Bundesrealgymnasium in Wien 19**

BERUFSPRAXIS

01.04.2009 – 25.04.2009	**Forschungsaufenthalt in Indonesien** (Aceh)
seit November 2008	**Steigflug Consulting GmbH** Assistenz der Geschäftsleitung
14.08.-29.08.2005	**Ahousat Youth Centre** Volontariat in einem First Nation Jugendzentrum in B.C., Kanada
2005 – 2006	**Haus der Musik** Infotrainerin
August 2004	**Arbeiterkammer Wien** Ferialpraxis
März 2002	**Impuls Tanz** Publikumsbetreuerin
August 2002	**Arbeiterkammer Wien** Ferialpraxis
März 2002	**Metro Bureau** Berufspraxis in Reims, Frankreich